PAZ-Weihnachts-Gewinnspiel S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

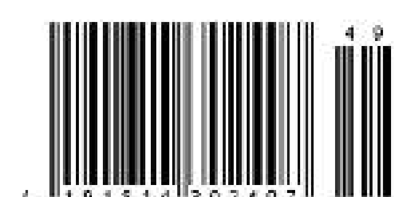
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 49 – 8. Dezember 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Will noch weit mehr Befugnisse an sich reißen: EU-Kommissionspräsident Barroso legt ein brisantes Papier vor Bild: intertopics

Brüssels Machtergreifung

Barroso will noch mehr EU-Zentralismus – Demokratie bleibt auf der Strecke

EU-Europa soll kein demokratischer Rechtsstaat werden. Dies belegen seine höchsten Repräsentanten selbst.

Krisen bergen auch Chancen, und große Krise bergen die Chance, wirklich Epochales zu bewegen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso will die Eurokrise nutzen, um die Eurozone in aller Schnelligkeit zum gigantischen Bundesstaat mit starker zentraler Lenkung umzubauen.

Zu diesem Zweck legte der Portugiese ein 52-seitiges Papier vor. Darin wird neben der Vergemeinschaftung der Schulden auch gefordert, der EU Macht über die nationalen Haushalte, die nationale Besteuerung und die Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedsländer zu geben. Daneben will die EU-Kommission Steuern in den Länder direkt erheben können für ein Budget, das sie eigenständig verwaltet. Bislang ist die EU von den Überweisungen der Mitgliedstaaten abhängig.

Befürworter einer vertieften Zentralisierung der EU argumentieren, dass die EU nicht weniger demokratisch sei als die Nationalstaaten. Somit würden die Rechte der Bürger nicht geschmälert durch mehr Zentralisierung.

EU-Richter schützen Goldman-Banker vor Aufdeckung

Zweifel daran wurden dieser Tage erneut genährt: Während Barroso die Machtübernahme Brüssels vorantreibt, stellt sich EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy Demokratisierungsvorschlägen nämlich offen entgegen. Bestrebungen, den EU-Kommissionspräsidenten und den Ratspräsidenten direkt von den Bürgern wählen zu lassen, erteilte van Rompuy eine schroffe Absage: Das sei „kontraproduktiv“. Damit soll also die Exekutive, die „Regierung“ der EU, dauerhaft von Leuten besetzt bleiben, die nicht vom Volk gewählt, sondern in kleinen Runden von den Mächtigen ausgekungelt werden.

Bleiben Rechtsprechung und Parlament, um der EU demokratisches Leben einzuhauchen. Das Parlament jedoch ist und bleibt eine kaum demokratisch zu nennende Institution: Mehr als elf deutsche Stimmen wiegen bei seiner Wahl nicht mehr als die Stimme eines einzigen Luxemburgers.

Und die Rechtsprechung? Von deren Qualität legte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg dieser Tage selbst Zeugnis ab: Wie bekannt, hat die US-Bank Goldman Sachs Griechenland dabei geholfen, seine Haushaltszahlen zu fälschen, um in den Euro zu gelangen. Bis heute ist nicht völlig geklärt, ob der frühere Goldman-Sachs-Banker und heutige Euro-Notenbankchef Mario Draghi von dem Betrug wusste; er bestreitet dies. Nun hat der EuGH verboten, dass die Akten, die über eine Verwicklung Draghis Aufschluss geben könnten, veröffentlicht werden. Eine Offenlegung untergrabe das „öffentliche Interesse“, so die EU-Richter.

EU-Europa wird ein Rechtsstaat und eine Demokratie sein? Wohl kaum: Van Rompuy und der EuGH haben unübersehbar signalisiert, welch undemokratisches, undurchsichtiges Machtvehikel für die Beherrschung Europas wirklich vorbereitet wird. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Alles nur Wahn?

Wenn jemand unter Wahnvorstellungen leidet, kann er für sich und andere zur Gefahr werden. Dann ist es richtig, ihn in einer entsprechenden Einrichtung betreuen zu lassen. Die Gerichte, die darüber entscheiden müssen, haben keine leichte Aufgabe. Richter verfügen über keine medizinische Expertise und sind daher auf Fachgutachten angewiesen. Empfiehlt ein Gutachter die Einweisung, bleibt den Gerichten kaum etwas anderes übrig, als dieser Empfehlung zu folgen.

In Bayern sitzt seit Jahren ein Mann in einer Heilanstalt, weil er angeblich unter Wahnvorstellungen leidet. Er hatte nämlich einer Bank illegale Geldgeschäfte vorgeworfen. Dafür landete er in der Gummizelle. Dass sich seine Angaben überwiegend als richtig herausgestellt haben, ist für Gutachter und Gericht „unbeachtlich“. So kann es einem also ergehen, wenn man den Falschen in die Quere kommt. Langsam kommt ans Licht, dass in diesem Fall der Proband offensichtlich an einen befangenen Richter, einen willfährigen Gutachter und eine desinteressierte Justiz geraten ist. Nicht weniger kritikwürdig ist das Verhalten der Politik, die die Angelegenheit lange verweigert hat. Doch jetzt kann er wohl zu Unrecht Weggesperrte auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens hoffen. Nicht durch Einsicht der Verantwortlichen, sondern erst auf öffentlichen Druck. Seehofer sollte seine ignorante Justizministerin entlassen und ihr eine neue Aufgabe geben: den Umbau leer stehender Kasernen zu Irrenanstalten. Dahinein könnte der Staat die Millionen sperren, die unter der Wahnvorstellung leiden, dass der Rechtsstaat erodiert, der Euro uns ruiniert und im Winter der Strom ausfallen könnte.

Machtkampf in Kiew

Regierung unter Ministerpräsident Asarow tritt geschlossen zurück

Nach der Wahl ist vor der Wahl, zumindest im ukrainischen Parlament. Vor fünf Wochen wurde erst gewählt. Nun hat Ministerpräsident Mikola Asarow seinen Rücktritt erklärt. Weil das ukrainische Gesetz es so vorsieht, muss das gesamte Kabinett abtreten. Eine neue Regierung kann erst eingesetzt werden, wenn die konstituierende Sitzung nach der Parlamentswahl zusammengekommen ist. So lange werden Asarow und sein Kabinett die Amtsgeschäfte weiterführen.

Die offizielle Erklärung für den Rücktritt lautet, Asarow sei aus „technischen Gründen“ zurückgetreten. Es wird vermutet, dass ein Machtkampf in der ukrainischen Führung tobt. Asarow, der zu Präsident Janukowitschs Vertrauten zählt, vertrete seit Jahren den „Donezker Clan“, eine Gruppe einflussreicher Geschäftsleute um den

Drei Gruppen ringen um Einfluss

Oligarchen Rinat Achmetow, der Viktor Janukowitsch zur Macht verholfen hat. Mit dieser Gruppe konkurrieren Kiewer Machtstrukturen um den Milliardär Dmitrij Firtasch, der als Mitbesitzer des Gaszwischenhändlers Rosukreneergo enge Verbindungen zu Russland unterhält, sich aber auch mit Janukowitsch gut stellt. Als dritte Kraft gilt das Geschäftsimperium um Janukowitschs Sohn Alexander. Der Chef der Zentralbank, Sergej Arbusow, dessen Mutter Chefin einer Bank des Präsidentensohnes ist, wird als neuer Ministerpräsident gehandelt. Alles hängt nun von Janukowitsch ab. Er hat die Wahl zwischen Technokraten, Reformern und Managern.

Zwar soll Noch-Ministerpräsident Asarow sich, wohl um die für die Ukraine überlebenswichtigen Kontakte nach Europa nicht zu verlieren, von Schauprozessen gegen Oppositionelle distanziert haben, es wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass er doch wieder Ministerpräsident wird. *M. Rosenthal-Kappi*

Ungute Nachbarschaft

Schweiz: Eidgenossen sind sauer auf deutsche Neidgenossen

Die Schweizer sind derzeit nicht gut zu sprechen auf ihre nördlichen Nachbarn. Erst lässt die Länderkammer in Berlin das fertig ausgehandelte – und in Bern bereits ratifizierte – Steuerabkommen platzen, dann wird auch das Anfang September unterzeichnete Fluglärmabkommen wieder infrage gestellt. Da fühlt sich so mancher Eidgenosse wieder einmal ganz konkret von Peer Steinbrücks sprichwörtlicher Kavallerie attakkiert.

Der Zorn der Eidgenossen richtet sich vor allem gegen deutsche „Neidgenossen“. In der Tat hat die SPD geschlossen Front gegen den Vertrag gemacht. Die rot oder rotgrün regierten Länder sagten im Bundesrat Nein, die schwarz-roten Koalitionen enthielten sich. Der Vermittlungsausschuss wird daran auch nichts mehr ändern. Denn die Sozialdemokraten brauchen – wie in

SPD benötigt das Thema für die Wahl

dieser Zeitung schon vor Monaten angekündigt – das Thema dringend für den Bundestagswahlkampf. Sie glauben, wenigstens mit einer an „bösen Steuerhinterziehern“ aufgehängten Neidkampagne gegen die schier übermächtige Unionskandidatin Angela Merkel punkten zu können. Womit auch sonst? Die CDU-Chefin hat der SPD nahezu alle linken Themenklassiker weggenommen; nicht nur unter Kabarettisten gilt sie als „erfolgreichste sozialdemokratische Regierungschefin aller Zeiten“.

In der Schweiz weiß man durchaus zu würdigen, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble bis zuletzt versucht hat, das Steuerabkommen zu retten. Ein rot-grüner Wahlsieg aber, so wird befürchtet, würde die bilateralen Beziehungen dauerhaft belasten. Zudem würde die „Weißgeldstrategie“, die den Finanzplatz Schweiz aus der Schusslinie nehmen soll, einen empfindlichen Rückschlag erleiden. *Hans-Jürgen Mahlitz*

(Siehe Kommentar Seite 8)

Zwischenruf

Einfältiger Selbstdemonteur

Seit Beginn der Griechenland-Krise hat die *PAZ* die Politik der Bundesregierung bezüglich der permanenten Rettungsschirme für die Pleitestaaten kritisiert. Hart kritisiert. Täuschung, Wortbruch, Vertragsbruch, Beschädigung des Rechtsstaates und die Spaltung Europas sind Kennzeichen dieser Politik. Ein erheblicher Teil der wissenschaftlichen Wirtschaftselite Deutschlands sieht dies ebenso. Da stellt sich die Frage, welche Alternativen zu dieser Politik die parlamentarische Opposition bietet.

Eine Aufgabe der Opposition ist es, Alternativen zur Politik der Regierung aufzuzeigen. Leider ist da nichts. Im Gegenteil! SPD und Grüne wollen die totale Vergemeinschaftung der Schulden. So schnell wie möglich. Schon im vorigen Jahr forderten sie die Einführung von Eurobonds. Das wäre die totale Transferunion. Bisher ist die Kanzlerin nicht bereit, und hoffentlich ist sie es auch zukünftig nicht, diesen Schritt zu gehen.

Eine totale Unfähigkeit, Alternativen zur derzeitigen Politik der Verschuldungskrise zu formulieren, offenbarte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am vergangenen Wochenende in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Auf die Vorschläge des Leiters des Ifo-Instituts, Werner Sinn, zur Lösung der Krise angesprochen, erging sich Gabriel in einer heftigen Beschimpfung dieses kompetenten Wirtschaftsfachmannes. Gabriel schloss seinen verbalen Rundumschlag mit den Worten, „Was der sagt, stimmt doch alles gar nicht.“ Eine einfältige Selbstdemontage. Die älteste Partei Deutschlands wird derzeit von einem Schwadroneur geführt. Wie alles im menschlichen Leben, ist auch das nicht alternativlos.

Die bisherige Bilanz des Politikers Gabriel: Als niedersächsischer Ministerpräsident gescheitert, als Umweltminister in der Großen Koalition vor den Problemen weggeduckt. Siehe Gorleben-Moratorium. *Wilhelm v. Gottberg*

»Die meisten sind so faul wie ich«

Prozessauftakt im Fall des Ex-Europaabgeordneten Strasser wegen Bestechlichkeit



Geld im Gegenzug dafür, sich für Gesetzesänderungen einzusetzen: 14 Europaabgeordnete zeigten Interesse Bild: mauritius

Mit dem früheren österreichischen Europaabgeordneten Ernst Strasser (ÖVP) steht nun der erste Beschuldigte im so genannten Lobbygate-Skandal vor Gericht. Gegen Zahlung von 100 000 Euro im Jahr soll der Ex-Innenminister Österreichs bereit gewesen sein, die EU-Gesetzgebung im Sinne seiner Auftraggeber zu beeinflussen, so der Vorwurf.

„Die meisten Parlamentarier sind so faul wie ich.“ Es sind derartig freimütige Einlassungen, welche die heimlich gemachten Videoaufnahmen zweier Journalisten der „Sunday Times“ zu einem Lehrstück in Sachen EU-Parlament machen. Als vorgebliche Repräsentanten eines Londoner Beratungsunternehmens hatten die Journalisten im Jahr 2009 60 EU-Parlamentariern lukrative Beraterverträge angeboten: Geld im Gegenzug dafür, dass sich die Parlamentarier für Gesetzesänderungen einsetzen. Immerhin 14 Abgeordnete zeigten am Angebot ein generelles Interesse, von denen drei so weit aktiv wurden, dass Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechlichkeit die Folge waren.

Drei Jahre nach den heimlich gefilmten Verhandlungen zwischen den vermeintlichen Lobbyisten und Strasser wird nun in Wien gegen ihn verhandelt. Dank der vorliegenden Videoaufnahmen sind die brisanten Details der Treffen nicht wegzudiskutieren. Gegen Zahlung von 100 000 Euro jährlich hatte Strasser seine Bereitschaft erklärt, die Gesetzgebung im Europäischen Parlament zu beeinflussen. Einigermaßen überraschend ist sein Erklärungsversuch: Er haben den Verdacht gehabt, dass ein Geheimdienst ihn in eine Falle locken wolle, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit sei nichts anderes als der Versuch gewesen, Beweise für die Machenschaften gegen ihn zu sichern, so Strasser. Nicht ganz in die Verteidigungsstrategie scheint freilich zu passen, dass Strasser tatsächlich aktiv geworden ist. Konkret kann sich etwa der EU-Abgeordnete Karl-Heinz Florenz erinnern, dass Strasser versucht habe, eine Richtlinie für Elektroschrott zu Lasten der Verbraucher zu verwässern. Dass er mit seinem Verdacht einer Geheimdienstfalle nicht zur Polizei ging, wird vom Ex-Innenminister Strasser mit schlichtem Zeitmangel begründet: Er sei hauptsächlich in Brüssel gewesen, einen Kontakt zu den österreichischen Behörden habe er zwar geplant, er sei aber nicht mehr dazu gekommen.

> Einfluss auf die Gesetzgebung für 100 000 Euro im Jahr

Unabhängig davon, wie das Gericht am Ende diese Erklärungsversuche bewerten wird, die aufgezeichneten Gespräche Strassers mit den vermeintlichen Lobbyisten geben tiefe Einblicke in die Institution EU. Aufschlussreich ist etwa Strassers Einschätzung der Machtfülle des EU-Binnenmarktkommissars Michel Barnier: „Ich glaube, niemand außer dem Papst und einigen anderen können mit dem sprechen.“ Strasser war nicht der einzige, der den Journalisten mit ihrem Lockangebot in die Falle ging. Außer ihm sehen sich noch der Slowene Zoran Thaler und der Rumäne Adrian Severin - beide von der sozialdemokratischen EU-Fraktion – dem Vorwurf der Bestechlichkeit ausgesetzt. Während gegen Strasser bereits ein Prozess läuft, wird in Slowenien immer noch gegen Thaler ermittelt. Nicht viel besser sieht es im Fall Severin aus. Auch gegen ihn laufen immer noch die Ermittlungen, obwohl bei ihm die Beweislage wohl am eindeutigsten ist. Der Ex-Außenminister Rumäniens hatte einen von den angeblichen Lobbyisten bestellten Änderungsantrag nicht nur im EU-Parlament eingebracht, sondern auch noch prompt die Überweisung von vereinbarten 12 000 Euro eingefordert. Selbst nachdem die Journalisten ihre wahre Identität aufgedeckt hatten, war sich Severin nicht bewußt, etwas Illegales getan zu haben: Bis heute ist er Abgeordneter im EU-Parlament. Damit nicht genug: Gegen Severin – der im Jahr 2009 sogar ernsthafte Chancen hatte, statt Catherine Asthon EU-Außenbeauftragter zu werden – ist im vergangenen Jahr sogar noch ein zweites Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Mit Hilfe von fingierten Rechnungen soll er über 400 000 Euro an EU-Fördergeldern kassiert haben. Ihm wird vorgeworfen, zwischen 2007 und 2010 mit gefälschten Belegen angeblich erbrachte Beratungsleistungen der EU in Rechnung gestellt zu haben.

> Gegen weitere Parlamentarier wird noch ermittelt

Norman Hanert

Die Schulden-Uhr:

Glaube und Wirklichkeit

Vier von fünf Bundesbürgern glauben, dass der Staat nicht verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehe. Nur 16 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Am ehesten vertrauen die Deutschen mit 22 Prozent der Union, die SPD kommt auf 15 Prozent. Zu diesem Ergebnis einer Forsa-Umfrage passt die Antwort auf eine Anfrage des EU-Abgeordneten Martin Ehrenhauser. Für EU-Kommission und Europäischen Rat wurden dieses Jahr alleine 43 000 Euro für Spirituosen ausgegeben. 42 798 Flaschen Wein und Champagner sowie fast 2000 Flaschen Hochprozentiges stehen für die beiden EU-Gremien bereit. *M.R.*

2.060.114.237.193 €

Vorwoche: 2.059.298.564.552 €
Verschuldung pro Kopf: 25.185 €
Vorwoche: 25.175 €

(Dienstag, 3. Dezember 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Haus Doorn vor der Schließung

Die niederländische Regierung stellt die Zuschüsse für den Museumsteil an Kaiser Wilhelms II. Exilwohnsitz ein

Der Beginn des Ersten Weltkrieges ist bald 100 Jahre her. Ausgerechnet zu dieser Zeit steht Haus Doorn, der letzte Wohnsitz des deutschen Kaisers Wilhelm II. im niederländischen Exil, kurz vor der Schließung. Das Schloss in Utrecht ist derzeit als Museum für Besucher zugänglich.

Wegen der vom niederländischen Staatssekretär für Kultur angekündigten Halbierung staatlicher Subventionen für das Museumshaus wird dessen Betreibung in Zukunft nicht mehr rentabel sein. Die gekürzten staatlichen Zuschüsse beziehen sich nunmehr lediglich auf die Verwaltung und Instandhaltung des Anwesens. Damit gefährdet die Regierung die Existenz eines einzigartigen Museums. Auf der offiziellen Internetseite des Hauses Doorn wird angekündigt, dass die Verwaltung des Museums Berufung gegen diesen Beschluss einlegen wird.

Wilhelm II. flüchtete im November 1918 mit seiner Ehegattin Kaiserin Auguste Viktoria nach seiner Abdankung als deutscher Kaiser und preußischer König in die Niederlande. Im Mai 1920 fand er sich in Utrecht im Schloss Doorn ein, wo er bis an sein Lebensende bleiben sollte. Er ließ sich seine Möbel, die beachtlich umfangreiche Uniformsammlung und seine anderen persönlichen Einrichtungsgegenstände noch im selben Jahr mit insgesamt 59 Eisenbahnwaggons nachsenden.



Bild: Heitmann

Die Ausstellung, wie sie heute ist, besteht aus der originalen zeitgenössischen Einrichtung des Anwesens mit detailgetreuen Ausschmückungen jedes einzelnen Raumes. Sie weicht vom klassischen Museumsbild der in Vitrinen zur Schau gestellten möglichst vielfältigen Ansammlung historischer Artefakte aus den verschiedensten Gebieten ab, indem das Haus und seine Einrichtung selbst die Sehenswürdigkeiten darstellen. Haus Doorn besteht aus einer Ansammlung der wichtigsten Gegenstände aus dem Leben Kaiser Wilhelms II., die er selbst zusammenstellte. Durch diesen Umstand erweist es sich als wohl passendste Auswahl einer historischen Stelle zur Beschreibung der Persönlichkeit des Kaisers, da die Räume sehr authentisch erhalten sind. Dies trägt außerdem zu einer treffenden Inszenierung eines zeitgenössischen preußischen Fürstendaseins bei.

Doch nicht bloß die zur Schau gestellte häusliche Einrichtung des Kaisers ist Grund für die jährlich etwa 26 000 Besucher. In der 25 Hektar großen Parkanlage des kleinen Schlosses befindet sich ein weißes Mausoleum, in dem, dessen letzten Willen entsprechend, die sterblichen Überreste des Kaisers seit seinem Tod im Jahre 1941 bestattet liegen. Es wurde von seinem Sohn in Auftrag gegeben. Dieses bleibt jedoch für Besucher verschlossen. Man kann es von außen betrachten und durch verdunkelte Fenster in der Mitte des steinernen Raumes die Silhouette eines aufwändig gefertigten Sarkophags ausmachen.

Bereits seit der Jahrtausendwende befindet sich die Verwaltung Haus Doorns in finanziellen Schwierigkeiten und erwog auch damals eine Schließung. Interessiert am Anwesen zeigte sich im Jahre 2001 ein US-amerikanischer Investor mit der Idee, das Schloss zu einer Art Geschichtspark umzugestalten. In den USA gibt es bereits solcherlei Orte, an denen die Inszenierung der Geschichte Vorrang vor der Vermittlung von deren Inhalten hat. In Amerika werden diese Parks vom Staat finanziert, dessen Interesse in der Erhaltung historischer Schauplätze liegt. Bei einem Privatinvestor dürfte das Geschäft erste Priorität haben, weshalb das Angebot damals ausgeschlagen wurde. Es wurde die Besorgnis geäußert, dass das Anwesen durch eine touristenfixierte Aufbereitung die Seriösität der historischen Stätte einbüßen würde. Wie jedes andere etwas ausgefallene Museum wird auch Haus Doorn von Kritikern mit Skepsis betrachtet. Sie bemängeln, dass Kaiser Wilhelm zu positiv dargestellt werde und man mehr über den Privatmenschen als den Monarchen erfahre. Die Kritiker gehen jedoch von einem anderen Museumsmodell aus. Haus Doorn hat keine kriegsdokumentierenden oder -bewertenden Aspekte an sich. Es ist eben der Wohnsitz Wilhelm II., so originalgetreu, als sei dieser bloß draußen zum Holzhacken.

Melinda Heitmann

Advent, Advent ...

Von VERA LENGSFELD

... ein Lichtlein brennt. Nein, nicht eins, Tausende. Berlin ist zwar arm, aber an der vorweihnachtlichen Festbeleuchtung wird nicht gespart. Nur „Unter den Linden“ ist es dunkler als in den Jahren zuvor, als es die mit Lichterketten geschmückten Baumreihen bis in die kasachischen Nachrichten geschafft hatten. Allzu viele Bäume mussten den Bauarbeiten für die U-Bahnlinie weichen, die den Hauptbahnhof mit dem Alexanderplatz verbinden soll.

Pünktlich zum ersten Advent fiel der erste, wenn auch nasse Schnee. Immerhin reichte es für eine romantische Überzuckerung von Häusern, Grünanlagen und Weihnachtsbäumen, die überall in der Stadt stehen.

Und dann ist es wieder da, das besondere Gefühl, das die meisten Menschen in der Vorweihnachtszeit beschleicht: der Wunsch nach Frieden und Wohlergehen für alle.

Das wissen auch die vielen fleißigen Helfer, die für die unterschiedlichsten Verbände und Institutionen Spenden sammeln. Sie stehen mit ihren Tischchen an praktisch jeder Ecke der Stadt, versperren die Zugänge zu den Kaufhäusern und den Weihnachtsmärkten.

Es ist unmöglich, einfach nur den Weihnachtstrubel genießen zu wollen. Auf Schritt und Tritt wird man gefragt, ob man nicht dieses Tier retten, jene Flüchtlingshilfeorganisation unterstützen oder die Arbeit des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerkes, der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt fördern will. Manchmal muss man besonders engagierte Spendensammler regelrecht abschütteln. Es hilft nicht, den einen oder anderen Euro zu opfern, denn an der nächsten Ecke geht es von vorn los.

Angesichts der Vielzahl von Wohlfahrtsverbänden, Umweltschutzorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und anderen Vereinen fragt man sich unwillkürlich, warum die Probleme, um die sich selbige Organisationen kümmern, nicht weniger werden. Wer bezahlt die vielen Leute, die oft in extra für den Verein hergestellter Kleidung ihrem Geschäft nachgehen?

Mit den Ehrenamtlichen, die früher mit einer Sammelbüchse dezent an einer Ecke standen, hat diese Geldeintreiberei nichts mehr zu tun. Der moderne Spendenakquisiteur ist professionell geschult und scheint auf Erfolgsbasis bezahlt zu werden. Sie verstehen es, allen, die nichts geben wollen, ein schlechtes Gewissen zu machen. Ein ungestörter Vorweihnachtsbummel ist kaum noch möglich. Bei jedem Glühwein soll man abwägen, ob das Geld nicht besser für die Rettung der wachsenden Eisbärenpopulation in der Arktis oder die Sicherung der Arbeitsplätze in der Wohlfahrtsindustrie angelegt ist.

Zum Glück gibt es das schöne Berliner Umland. Wer dem Rummel satt hat, fährt nach Nikolskoje, steht an der kleinen Kirche, blickt über die Havel und freut sich an der Stille.

Flughafenchaos mit Vorkasse

Gutachten zum BER schockt Berliner: »Nach einem Jahr wird alles zusammenbrechen«



Im Kummer vereint: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD, l.) und BER-Chef Rainer Schwarz üben sich weiter in Beschönigungen

Bild: Michael Gottschalk/dapd

Er werde nicht nur teurer und später fertig, der Flughafen BER werde gar nicht funktionieren, sagt ein Gutachter. Das einstige Prestigeprojekt wird für die Politik in Berlin und Brandenburg zunehmend zum Albtraum.

Wegen Fehlern beim Brandschutz und weiterer Mängel hat sich die Eröffnung des Hauptstadtflughafens BER inzwischen mehrmals verschoben. Der nun für den 27. Oktober 2013 geplante Start ist nach Bekanntwerden neuer Mängel und eines unabhängigen Gutachtens ebenfalls kaum noch zu halten, 2014 als Eröffnungszeitraum in Sicht. Laut „Tagesspiegel“ zweifeln Baufirmen inzwischen die Zahlungsfähigkeit der Betreibergesellschaft an, legten zeitweilig die Arbeit nieder. Solche Baustopps, ständige Mehrkosten und die Erfolge der Nachtfluggegner bei der Anbahnung eines Volksbegehrens schieben BER in eine Parkposition als überteuerter, chaotischer Provinzflughafen.

Mit mehr als 27 Jahren Berufserfahrung hat Dieter Faulenbach da Costa weltweit Flughäfen von Breslau bis Karachi geplant und ist daher auch in Metropolen wie New York gefragt. Er legte nun ein 75 Seiten starkes Gutachten zum Großprojekt BER vor. Seine auf einem Vergleich mit dem Flughafen Frankfurt beruhende Studie stellt neue BER-Mängel vor und beschreibt ein Horrorszenario: 3,3 Milliarden Euro weitere private Investitionen seien nötig, um Engpässe, Verspätungen und Chaos wegen zu klein ausgelegter Anlagen zu verhindern, Geld, das unter anderem in die Regionalflugplätze Cottbus und Neuhardenberg fließen müsse. Nur bei deren Ausbau könne der Billigflugverkehr aufgefangen werden. Denn das „Kardinalproblem“ des neuen Standorts BER sei das Nebeneinander von Billig- und Premiumanbietern, das die Preise ruiniere. Als Manager des Baukonzerns Hochtief war er an der BER-Ausschreibung beteiligt. Noch 2007 hatte er dessen angeblich zu große Ausmaße bemängelt. Damals sprach er sich für eine Verkleinerung der Abfertigungshalle aus, um zu sparen. Laut SPD-Fraktionschef Ralf Holzschuher ist das aktuelle Gutachten daher „Satire vom Allerfeinsten“.

Flughafenchef verbreitet weiter Optimismus

Doch Faulenbach da Costa kontert, damals sei man noch vom Planfeststellungsbeschluss ausgegangen – wäre es dabei geblieben, wäre BER jetzt nicht zu klein. Der Experte bilanziert, dass die Versäumnisse von Betreibergesellschaft und Senat so umfangreich seien, dass „die Servicestandards unter denen von Tegel liegen werden“. Eine zu schwache Auslegung mit 118 Schaltern und acht Gepäckbändern ist demnach schuld, wenn BER einer der „unpünktlichsten Flughäfen Deutschlands“ würde.

„Schon anhand dieser oberflächlichen Analyse kann festgestellt werden, dass die für den ersten Bauabschnitt am Flughafen BER geplanten betrieblichen Anlagen (Terminal und Flugbetriebsflächen) kein Wachstum zulassen“, heißt es in dem Papier weiter, das verschiedene Szenarien berücksichtigt. Ein Drehkreuzverkehr als Jobmotor wird sich laut Faulenbach da Costa daher „nicht etablieren“, da schon der Eigenbedarf der Region „des Jahres 2015 mit den im Herbst 2013 in Betrieb gehenden Anlagen nicht abgefertigt“ werden könne. Nach der Eröffnung wird BER demnach geschätzte 27 Millionen Passagiere im Jahr bewegen müssen. Ausgelegt sei er aber nur für 17 Millionen im „weitgehend störungsfreien“ Betrieb. BER wäre damit nicht nur zu klein, was eine Weiternutzung des alten Standorts Schönefeld nötig mache. Der Neubau sei auch unrentabel.

So rechnet der Experte dem Senat einen Bedarf von 190 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss pro Jahr vor. Fehlgeplant seien neben zu wenig Schaltern und Kofferbändern auch die 24 provisorischen Schalter außerhalb der Halle. Verspätungen würden Flüge in die Nachtzeit verschieben, so das Gutachten – eine Steilvorlage für die Nachtfluggegner, die diese Woche die erforderliche Menge von Unterschriften für ein Volksbegehren im Land Brandenburg vorgelegt haben. Zwischen 22 Uhr und 6 Uhr wollen sie die Flieger am Boden halten. Es wäre ein weiterer Rückschlag für den Flughafen, warnen Politik und Planer. Doch selbst vom Luftfahrtexperten Richard Vahrenkamp bekommen die Nachtfluggegner Rückenwind: Er erfragte bei Berlins 20 führenden Industrieunternehmen den Luftfrachtbedarf. Bei den verarbeitenden Firmen herrscht demnach praktisch kein Bedarf an Luftfracht und so auch nicht an nächtlichen Flügen, was die Pläne der Politik vom Drehkreuz untergräbt.

Flughafenchef Rainer Schwarz wies die geballte Kritik zurück. Der Flughafen werde bedarfsgerecht für 27 Millionen Passagiere gebaut, Erweiterungen ließen 45 Millionen Gäste zu. Wie, ließ er offen.

Die nötigen 312 Millionen Euro, die der Bund zu BER beitragen will, bleiben indes weiter gesperrt. Die Politik Berlins und Brandenburgs gerät nun nicht nur an finanzielle Grenzen. Sie hat sich mit ihrem Planungsversagen erpressbar gemacht. Das zeigt der aktuelle Streit um Baustopps, den Schwarz und die Baufirmen offenbar hinter den Kulissen führen. Faulenbach da Costas Gutachterfazit, dass ohne Satelliten-Flughäfen und viel weiteres Geld der Kollaps drohe, kommt dem Interesse der Branche an weiteren Aufträgen entgegen. Einige baubeteiligte Firmen verlangen Zeitungsberichten zufolge inzwischen „Vorkasse“, bevor sie arbeiten. Das Gutachten empfiehlt als Lösung, BER „ausschließlich als Qualitätsairport“ anzubieten. Doch der Weg hat sich die Politik mit Schließungen bisheriger Standorte und dem eigenen Anspruch an das teuer steuerfinanzierte Großprojekt verstellt. *Sverre Gutschmidt*

Hetzjagd auf Staatssekretär

Wegen Burschenschaft: Linke und Grüne attackieren Michael Büge

Michael Büge (CDU), Berliner Sozialstaatssekretär, ist Mitglied einer Burschenschaft. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ist das auch. Am Beispiel Büges soll aber nun offenbar der Versuch unternommen werden, die Mitgliedschaft in einem solchen Studentenbund zu kriminalisieren. Die Akteure sind ganz links zu verorten.

Lucius Teidelbaum tritt gelegentlich beim linksextremen Jugendverband „Solid“ der Linkspartei auf und lässt sich als Historiker und „Rechtsextremismus-Experte“ bezeichnen. Dieser Tage gab er der linken Tageszeitung „taz“ ein Interview, in dem er Büge den Rücktritt nahelegt. Büge wird seit Tagen von linken und linkradikalen Politikern angefeindet. Am vorvergangenen Wochenende hatte der Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ zwar auf seinem Burschentag in Stuttgart einen Beschluss zur Abgrenzung von rechtsextremem Gedankengut gefasst (die *PAZ* berichtete). Doch Linkspartei und Grüne in Berlin pflegen dessen ungeachtet den von ihnen gemeinsam mit einigen linken Medien in Szene gesetzten „Skandal“. Teidelbaum thematisierte in seinem Interview auch gleich noch die Mitgliedschaft des Berliner Innensenators Frank Henkel (CDU) in einer anderen schlagenden Verbindung. Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl hatte noch 1999 den Burschentag besucht.

Angriffe kommen vor allem aus der extremistischen Ecke

Clara Herrmann von den Grünen diffamiert Büges studentisches Engagement als „gruselig“. „Er sollte sein Demokratieverständnis überprüfen“, ätzt sie. Linken-Fraktionschef Udo Wolf forderte indirekt vom zuständigen Senator Mario Czaja (CDU) die Entlassung Büges. Der in der „taz“ behauptete Auftritt des früheren Links- und späteren Rechtsextremisten Horst Mahler bei Büges Burschenschaft stellte sich indes als Lüge heraus.

Mit Blick auf den vergangenen Burschentag in Stuttgart verteidigt sich Büge: „Selbstverständlich distanziere ich mich von jeglichem rechtsextremen Gedankengut. Auch innerhalb meiner Verbindung wird solches Gedankengut nicht akzeptiert.“ Das Boulevardblatt „Berliner Kurier“ macht gegen Büge mit der gewalttätigen Schlagzeile mobil: „Jetzt gibt's auf die Mütze, Bursche!“ Solche Ermunterungen kommen an in gewissen Kreisen: Am vorvergangenen Wochenende in Stuttgart hatten Linksextremisten auf dem Burschentag tatsächlich Gewalt gegen Sachen und auch Menschen geübt. *Theo Maass*

Auch für Moslems

Friedhöfe sollen sich für andere Riten öffnen

Der Landesbischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, kündigte nach einem Gespräch mit Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) an, künftig auf evangelischen Friedhöfen Beerdigungen nach islamischem Ritus zuzulassen. Es gäbe zwar „keine entsprechenden Anfragen“. Doch der Bischof sieht seine Verlautbarung „vorausschauend“.

Bischof Dröge: Noch keine Anfragen

Auch auf den städtischen Friedhöfen werden islamische Bestattungen vorbereitet. Die Verwaltung erarbeitet entsprechende Regelungen. Die islamischen Organisationen haben allerdings eher Interesse daran bekundet, eigene Bestattungsfelder einzurichten, dies möglichst in zentraler Lage. Das Bestattungsunternehmen ADA Cenaze aus Neukölln sagte dazu: „Es ist zwar möglich, dass ein Muslim auf einem kirchlichen oder städtischen Friedhof beigesetzt wird, aber wo immer es möglich ist, sollte ein islamischer Friedhof vorgezogen werden.“ Die Forderung moslemischer Verbände, ein eigenes Bestattungsfeld auf dem stillgelegten Flughafen Tempelhof zu erhalten, war von der Senatsverwaltung abgelehnt worden. Schon seit 1988 steht Moslems in Gatow ein Gelände zur Bestattung zur Verfügung. Damit sind diese aber nicht zufrieden, weil es nicht in der Innenstadt liegt.

Der frühere rot-rote Senat hatte das Bestattungsrecht in Berlin dahingehend geändert, dass es den moslemischen Vorstellungen entgegenkommt. Beispielsweise kennt Berlin seither keine Sargpflicht mehr. Moslems lassen sich lieber mit einem Leichentuch beerdigen. *Hans Lody*

Steine gegen »deutschen Mob«

Mit Steinen und Teerbomben haben Linksextreme die Gaststätte "Postkutsche" in Berlin-Mitte verwüstet. Es war schon der zweite Angriff in fünf Wochen. In dem Lokal verkehren viele Ausländer, auch die örtliche CDU tagt dort. Jüngst hatte indes auch das „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk“ dort einige Veranstaltungen abgehalten. Die 70-jährige Wirtin: "Ich kann die doch nicht an ihren Gesichtern erkennen." Das „Bildungswerk“ wurde seinerzeit in Berlin von den „Republikanern“ gegründet, soll aber in jüngerer Zeit zunehmend unter den Einfluss einiger NPD-naher Akteure geraten sein. Auch Grünen-Politiker Daniel Gollasch hatte gegen das Lokal verbal mobil gemacht. Zum Überfall heißt es auf einer linken Internet-Plattform: "Wir haben ... die Kneipe der CDU-nahen Wirtin Karin Ruch, Postkutsche am Nettelbeckplatz, mit Steinen angegriffen und ihre Scheiben zerstört. Ob CDU oder NPD, dem deutschen Mob keine Gnade." *H.L.*

Zeitzeugen



Sergej Koroljow – Korolew gilt als der Gründer der sowjetischen Raumfahrt. Er kam 1907 in Schitomir in der Ukraine zur Welt und studierte in der jungen Sowjetunion Flugzeugbau. Er war die Schlüsselfigur bei der Entwicklung von Interkontinentalraketen, später der bemannten Raumfahrt. Er starb 1966 an Krebs.

Harrison Schmitt – Schmitt ist der bisher einzige Wissenschaftler, der den Mond betreten hat. Geboren 1935 in New Mexico, studierte er Geologie am California Institute of Technology. Er entwickelte geologische Arbeitsmethoden für das Mondprogramm, bevor er 1965 selbst Astronaut wurde. Schmitt war zwischen 1975 und 1982 Senator, lehrte Ingenieurswissenschaften und setzt sich bis heute für die Erschließung des Mondes ein.



Qian Xuesen – Der Vater des chinesischen Raumfahrtprogramms wurde 1911 in Hangzhou geboren. Er studierte in Shanghai und Kalifornien. Ab 1939 arbeite er für die US-Armee und war 1945 in Deutschland, um die Raketenforscher um Wernher von Braun zu befragen und ihre Arbeit zu bewerten. 1955 kehrte er nach China zurück. Er baute die ersten chinesischen Langstreckenraketen. Seine Vorarbeiten führten zu den erfolgreichen chinesischen Missionen der Gegenwart. Er starb 2009.

Sigmund Jähn – Der 1937 in Sachsen geborene Kosmonaut flog im August 1978 an Bord von Sojus 31 zur sowjetischen Raumstation Saljut 6. Er war der erste Deutsche im All und blieb sieben Tage auf der Station. Jähn war stellvertretender Leiter der DDR-Kosmonautenausbildung. Seit 1990 berät er deutsche und europäische Astronauten, welche die russische Ausbildung durchlaufen.



Eugen Sänger – Der 1895 im böhmischen Preßnitz geborene Ingenieur und Raumfahrtpionier entwickelte die Technik zur Kühlung der Raketendüse mit dem eigenen Treibstoff, die bis heute weltweit genutzt wird. Sänger konzipierte den Antipodenbomber, ein Raumflugzeug, das Amerika angreifen sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete der Deutsche an den Raumtransporter-Projekten von Junkers mit. Er starb 1964 in Berlin.

Wie geht es weiter?

Vier Jahrzehnte nach dem letzten bemannten Mondflug

Vor 40 Jahren fand mit Apollo 17 der elfte bemannte Flug des Apollo-Programms statt. Die Apollo-17-Mission vom 7. bis zum 11. Dezember 1972 war nicht nur der bislang letzte bemannte Mondflug, sondern auch der der erste mit einem Wissenschaftsastronauten an Bord. Mit dem Ende der Apolloflüge war die bemannte Raumfahrt nicht am Ende. Aber die immensen Kosten, rund 500 Millionen US-Dollar pro Flug, hatten gezeigt, wo die Grenzen lagen. Fortan konzentrierten sich die Aktivitäten auf den erdnahen Weltraum.

Der Verlierer des Wettlaufs nach dem Mond und Gegner der USA im Kalten Krieg, die zweite Supermacht Sowjetunion, hatte zwar auch ein Mondprogramm verfolgt und sogar eine Landefähre im All erprobt. Aber der unerwartete Tod Sergej Koroljows, des maßgeblichen Kopfs der sowjetischen Raumfahrt, und der Fehlschlag der von ihm entwickelten Mondrakete N-1 hatte die Sowjets ins Hintertreffen gebracht. Also folgten die Verantwortlichen dem US-amerikanischen Beispiel. Beide Supermächte kooperierten bei gemeinsamen Missionen und schickten bemannte Raumstationen hinauf.

Seit Anfang dieses Jahrhunderts haben die USA, Russland, China, Europa und auch Japan und Malaysia bemannte Mondflüge angekündigt. 2004 erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush, im Rahmen des „Constellation"-Programmes vier Astronauten zum Mond zu schicken. Sie sollten 2018 auf dem Erdtrabanten landen. 2006 folgte dann die Ankündigung einer permanent bemannten Mondstation. Allerdings blieb dieses 104 Milliarden Dollar schwere Programm ebenso Makulatur wie die Marsflüge. Schon die Regierung Bush stellte nie das benötigte Geld bereit, und Präsident Obama legte alles im Februar 2010 endgültig zu den Akten. 2011 ließ er eine Variante wieder aufleben, aber nur mit bemannten Flügen zur ISS und zu erdnahen Asteroiden. Die neue große Trägerrakete soll nun 2017 starten. Ob die USA in der gegenwärtigen Finanzlage wirklich ihre bemannte Raumfahrt wieder aufnehmen werden, bleibt abzuwarten.

> Es gibt viele Interessierte, aber die Kosten sind hoch

Nicht weniger ehrgeizig sind Russlands Pläne, ab 2028 eine ständige bemannte Mondstation zu betreiben. Hinzu kommen eine eigene Raumstation und ein Nachfolger für die Sojus-Schiffe. Sonden und Robotfahrzeuge sollen vor einer erneuten Landung den Mond erkunden.

China hat sich mit der erfolgreichen Landung einer Sonde 2007 bereits in den Kreis der Mondmächte eingereiht. 2024 könnten dann chinesische Taikonauten landen. Japan will mit einem eigenen Mondprogramm und einer Forschungsstation um 2030 gleichziehen, und sogar Malaysia möchte 2020 einen Astronauten zum Mond entsenden.

Europa mag nicht zurückstehen und verfolgt im „Aurora"-Programm das Vorhaben, bis 2024 Astronauten zum Mond zu schikken. Hierzu müsste eine komplette Familie von Raumfahrzeugen, Landefähren und Trägerraketen gebaut werden. Machbar wäre aber auch, die Ariane 5 und den Raumtransporter ATV weiter zu entwikkeln. Die Studien sind mittlerweile abgeschlossen, aber eine konkrete Entscheidung zum Programmstart gibt es nicht.

So werden möglicherweise Chinesen oder die Mannschaft eines kommerziellen Schiffs die nächsten sein, die auf dem Mond landen. Den USA fehlt das Geld, die russische Industrie ist veraltet, und die Europäer zuckten, wie früher schon beim Raumgleiter „Hermes" oder einer eigenen Raumstation, zurück, wenn es darum ging, viel eigenes Geld auszugeben. Wer immer also ein Mondschiff losschickt, kann mit zahlenden Kunden von der ESA rechnen. *Friedrich List*



Erster Wissenschaftler auf dem Mond: Harrison Schmitt inspiziert im Mondvehikel die Oberfläche des Planeten Bild: pa

Was die Mondflüge brachten

Apollo 17 war, von kleinen Malheurs abgesehen, ein voller Erfolg. Alle Missionsziele wurden erreicht. Zu den Funden, die nur ein Mensch an Ort und Stelle machen kann, gehörte der „orange soil". Das sind kleine orangefarbene Kugeln, die überwiegend aus Glasfragmenten bestehen und etwa drei Milliarden Jahre alt sind. Forscher sehen in diesen Kügelchen ein Indiz für starke vulkanische Aktivitäten in der Vergangenheit des Mondes. Die Kameras im Apollo-Raumschiff lieferten tausende von hochauflösenden Fotos der Mondoberfläche. Außerdem brachten die Astronauten genug Bodenproben zurück, um Wissenschaftler auf Jahre mit der Analyse zu beschäftigen.

> Apollo 17 war ein voller Erfolg

Der wissenschaftliche Ertrag der Apollo-Flüge beendete Spekulationen und Diskussionen über die Zusammensetzung und Geschichte des Mondes. Er ist ein, wenn auch kleiner, terrestrischer Himmelskörper mit einem Schichtenaufbau ähnlich dem der Erde. Er besteht aus drei Gesteinsschichten und – wahrscheinlich – einem kleinen Eisenkern. Dort oben findet man geologische Hinweise auf die Frühzeit des Sonnensystems in der ersten Jahrmilliarde seiner Existenz. Die Geschichte seiner Oberfläche, etwa der Kraterbildung, aber auch der Vulkanismus in der Frühzeit, erlaubt Rückschlüsse auf die planetologische Entwicklung unserer Nachbarn – besonders Mars, Venus und Merkur.

Mond und Erde haben sich aus derselben Staub- und Gesteinswolke gebildet; der Mond ist also kein Zugereister. Aus dem Oberflächenmaterial, dem Regolith, lassen sich die zyklischen Veränderungen in der Strahlungsintensität der Sonne ableiten, was wichtig für die Erforschung des Erdklimas ist. *F.L.*

Wissenschaftler an Bord

Zur Crew von Apollo 17 gehörte auch ein Geologe

Die letzte Apollo-Mission im Dezember 1972 fand fast ohne Publikum statt – unverdienter Weise. Denn dieser Flug war der erste Mondflug, der einen Wissenschaftler, den Geologen Harrison ‚Jack' Schmitt, zum Erdtrabanten brachte.

Neben Schmitt gehörten Eugene Cernan als Kommandant und Ron Evans als Pilot der Apollo-Kapsel zum Astronautenteam. Harrison Schmitt verdankte seinen Part der Überzeugungsarbeit vieler Wissenschaftler, die endlich einen der Ihren auf dem Mond sehen wollten. Apollo 17 startete am 7. Dezember 1972 um 5.33 Uhr Ortszeit von Cape Canaveral – der einzige Nachtstart des Apolloprogramms.

Apollo 17 hatte den östlichsten Landeplatz aller Missionen zugewiesen bekommen. Daraus ergaben sich der längste Transferflug zum Mond und ein komplexer Wechsel von Kreisbahnen um den Mond, bis das Tandem aus Apollo-Raumschiff und Mondfähre den Zielorbit erreichen konnte. Am 11. Dezember landeten Schmitt und Cernan in den Ausläufern des Mare Serenitatis, unweit des Littrow-Kraters. Die NASA-Planer hatten den Platz ausgewählt, damit die Astronauten Proben des teilweise ungewöhnlich dunklen Mondgesteins zur Erde bringen konnten.

Beim ersten Außeneinsatz bauten Cernan und Schmitt bei der Landefähre eine Station mit zahlreichen Experimenten und Messgeräten auf, die unter anderem die tektonische Aktivität des Mondes, die Temperaturschwankungen im Mondboden, die Strahleneinwirkungen vor Ort aufzeichnen sollten. Außerdem montierten sie ein Mondauto, wie es bereits bei früheren Flügen benutzt worden war und fuhren umher, um Proben zu sammeln und interessante Bodenformationen zu fotografieren. Leider beschädigte Cernan einen Kotflügel. Um nicht blind in einer Staubwolke zu fahren, klebte er ein paar Karten und Klammern aus der Landefähre zusammen. Nach rund sieben Stunden beenden die Astronauten ihren ersten Außeneinsatz.

> Mondbesuch zwischen dem 11. und 14. Dezember 1972

Auch die beiden folgenden Exkursionen dauerten etwa sieben Stunden. In den drei Tagen und drei Stunden Aufenthalt auf dem Mond legten Schmitt und Cernan 34 Kilometer zurück, inspizierten mehrere Krater und einen Ausläufer des Taurus-Gebirges und sammelten rund 110 Kilogramm Mondgestein. Während seine Teamkollegen unterwegs waren, ließ Apollo-Pilot Ron Evans die Kameras und Sensoren in der Instrumentenbucht des Raumschiffs laufen.

Am 14. Dezember 1977, um 5.40 Uhr verließ Cernan als bislang letzter Mensch den Mondboden. Das Besatzungsmodul der Mondfähre brachte ihn und Schmitt sicher zum Rendezvous mit dem Apollo-Raumschiff. Auf dem Rückflug stieg Evans aus und brachte die Filmrollen in die Apollokapsel, da das Modul mit den Instrumenten und dem Triebwerk nach dem letzten Bremsmanöver abgesprengt werden würde. Am 19. Dezember wasserten die drei Astronauten im Pazifik. Der vorerst letzte bemannte Mondflug war beendet. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6412**

CDU: Die Relativitäts-Partei

Beim Parteitag in Hannover spielte Angela Merkel unangefochten die Hauptrolle

Von der Physikerin Angela Merkel darf man annehmen, dass sie weiß, dass es im All keine Fixpunkte gibt. Ähnlich scheint ihr politisches Weltbild zu sein: Da sie kein festes Wertefundament hat, macht sie in Relativitäts-Partei. Das heißt, wichtig ist lediglich, dass die CDU die relativ stärkste Partei bleibt und nicht gegen sie regiert werden kann. Mit welchen Inhalten das erreicht wird, ist nachrangig.

Erst regierte Merkel vier Jahre lang mit der SPD, die nach der wirtschaftspolitisch dringend nötigen Agenda 2010 auf Zwergenmaß geschrumpft war und an der Seite Merkels nochmals schrumpfte. Dann regiert(e) Merkel vier Jahre lang mit der FDP, die wegen der vorherigen Oppositionsrolle anfangs wie ein aufgepumpter Riese wirkte, dem aber an der Seite Merkels gründlich die Luft abgelassen wurde. Und dann?

Derzeit scheint im Sinne des Machterhalts nichts unmöglich, sogar ein Bündnis mit den Trittin-Grünen, die soeben ein Wahlprogramm verabschiedet haben, das voller Umverteilungen, Steuererhöhungen und neuen sozialistisch-staatlichen Wohltaten den Spielraum aller Leistungsträger unverantwortlich einschränken würde. Dazu passt das Reformprogramm, das Großstadt-Vertreter der CDU verordnen wollen, und das die CDU nicht nur – wie in den vergangenen Jahren – zur besseren SPD machen soll, sondern sogar zu den besseren Grünen.

In der CDU gilt es bereits als Zugeständnis an die Konservativen, dass Merkel sich „persönlich" gegen ein Ehegattensplitting für Homopaare ausspricht, weil der Begriff „Ehe" im Grundgesetz eng an den Begriff „Familie" gekoppelt sei. Dabei muss man sich schon grundsätzlich wundern, dass eine christliche Partei so ein abstruses Thema überhaupt auf die Agenda setzt. Vielmehr sollte man, wenn man die CDU frührer Tage im Hinterkopf hat, eigentlich erwarten, dass die CDU aufsteht und der babylonischen Sprachverwirrung ein Ende macht. Denn die Linken reden ja permanent von „Homo-Ehe" und „Patchwork-Familien" und manipulieren damit bewusst diese klassischerweise eindeutig besetzten Begriffe.

Die konservativen Beobachter wundern sich. Denn das Thema müsste gar nicht diskutiert werden, wenn die CDU noch auf dem Boden ihrer eigenen nüchternen Tradition stünde und die Koordinatenverschiebung nicht schon bei ihr eingesetzt hätte. Man darf vielleicht daran erinnern, dass der verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie sowie das Ehegattensplitting nicht irgendwelche reaktionären Relikte aus der Kaiserzeit sind, sondern dem Schutz des biologischen Weiterbestehens der Menschheit dienen. Was diesem dient, ist förderungswürdig, was ihm widersteht, eben nicht. Christlich gewendet könnte man sagen, die sogenannte Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften widerspricht der vom Herrgott gesetzten Trias aus Mama, Papa, Kind. In der Bibel, vor allem im Alten Testament, finden sich eindeutige Verurteilungen der Homosexualität. An diese Verurteilungen ist der heutige moderne Staat natürlich nicht gebunden, aber ob er die Homosexualität auch noch steuerlich fördern sollte, diese Frage sollte eine christliche Partei schon klar mit Nein beantworten können. Tut die CDU aber nicht.

> Im Sinne des Machterhalts scheint nichts unmöglich

Auch das Thema Frauenquote in der Wirtschaft ist nicht gerade dazu geeignet, Konservative wieder für die CDU zu begeistern, wird dadurch doch das bisher konstitutive Leistungsprinzip eingeschränkt. Ohnehin hat diese Regierung nichts dazu getan, die unter Rot-Grün eingeführte und über den Ressorts schwebende General-Ideologie der Bundesregierung, das widernatürliche „Gender Mainstreaming", abzuschaffen. Die heutige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hatte 2009, noch als Kristina Köhler und noch als führende Vertreterin der Jungen Union, auf dem JU-Deutschlandtag in Münster in der „Münsteraner Erklärung" die Abschaffung dieser Ideologie gefordert. Wenig später wurde sie Ministerin – aber von Umsetzung ihrer eigenen Forderung keine Spur.



Hat gut lachen: Angela Merkel hat ihre Macht gefestigt und steht im Mittelpunkt Bild: pa

Auf dem CDU-Parteitag in Hannover wurde Merkels Strategie klar: Die Partei an sich ist zweitrangig und vor allem als Kanzlerwahlverein zu gebrauchen. Inhaltliche Fragen sind ebenso nachrangig, weil in Merkels Weltbild ja ohnehin die Regierung pragmatisch die Richtung vorzugeben hat – und da ist es gut, flexibel zu bleiben, damit die berühmten „alternativlosen" Entscheidungen nicht von allzu viel eigenen Grundsätzen behindert werden können. Die kräftigen Töne Merkels gegen die Steuerpläne von SPD und Grünen („Mittelstandsgefährdungsprogramm") sind zwar sachlich völlig berechtigt, werden sie aber im Fall des Falles nicht von Koalitionen mit ebenjenen, SPD oder Grünen, abhalten. Merkels großes Plus ist die persönliche Beliebtheit in den Umfragen, was der CDU die Position als stärkste Kraft sichern dürfte.

In der Partei ist sie unangefochten. Kaliber wie Roland Koch, Friedrich Merz, Wolfgang Schäuble, vielleicht auch Volker Kauder, sind entweder im Polit-Ruhestand oder auf Merkels Seite konvertiert. Die Totalversager Norbert Röttgen und Annette Schavan sind aus der Stellvertreterriege ausgeschieden. Aber auch die nachgekommenen Figuren, Armin Laschet aus Nordrhein-Westfalen, Julia Klöckner aus Rheinland-Pfalz und Thomas Strobl aus Baden-Württemberg, haben allesamt noch keine Wahl gewonnen. Und – notabene – sie alle bemühen sich mehr oder minder, innerparteilich nicht mit Konservatismus in Verbindung gebracht zu werden. Etwa Strobl als früherer Südwest-General unter Oettinger und Mappus übt heute die neulinken Flötentöne à la ökologische Marktwirtschaft und Frauenquote. Vom Integrationsromantiker Laschet muss man aus konservativer Sicht gar nicht reden, auch wenn er sich in letzter Zeit als Wirtschaftsversteher gibt. Die meisten Hoffnungen verbinden sich wohl mit der jovial-frisch-frechen rheinland-pfälzischen Oppositionsführerin Julia Klöckner, die zumindest aus einem konservativen Umfeld stammt: Winzerstochter, Deutsche Weinkönigin, Redakteurin einer Weinzeitschrift, studierte Theologin, katholische Religionslehrerin. Man darf gespannt sein, ob sie diese Hoffnungen erfüllt.

Anton Heinrich

MELDUNGEN

Falsche Prognosen

Berlin – Die Bundesregierung hat ihre Prognosen zur deutschen Wirtschaftsentwicklung wohl zu optimistisch aufgestellt. Sie hatte ein Wachstum von einem Prozent für 2013 vorausgesagt. Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hingegen am Dienstag vergangener Woche mitteilte, sei im kommenden Jahr für Deutschland bloß ein Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent zu erwarten. Im jetzigen Quartal werde die Wirtschaft sogar um 0,2 Prozent schrumpfen, heißt es in dem Ausblick. Außerdem werde der Anteil der Langzeitarbeitslosen leicht ansteigen. Die Euro-Krise sei der Hauptauslöser für wirtschaftliche Schwierigkeiten. Damit bestätigt sich die Kritik an der Euro-Politik der Bundesregierung. *M.H.*

Neue Leitung für Suchdienst

Genf – Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) gibt die Leitung des Internationalen Suchdienstes (ISD) mit Sitz in Bad Arolsen in die Hände des deutschen Bundesarchives. Neue Direktorin wird die US-amerikanische Geschichtsprofessorin Rebecca Boehling. Der ISD besteht seit 1943 und verfügt über Archive, in denen Daten von zivilen Gefangenen in Konzentrations- und Arbeitslagern, Deportierten und Flüchtlingen verzeichnet sind. Insgesamt beinhalten die Archive über 50 Millionen Daten, die Informationen über mehr als 17,5 Millionen Menschen liefern. Ab 2013 sollen erweiterte Aufgaben wie Forschungsarbeiten hinzukommen. Der ISD ist nicht identisch mit dem DRK-Suchdienst, der seit über 65 Jahren Nachforschungen über deutsche Kriegs- und Zivilgefangene, Wehrmachtsvermisste, Zivilverschleppte und während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangene Kinder betreibt. *M.H.*

Heilmanns Päckchen

Berlins Justizsenator will Jugendkriminalität besser bekämpfen

Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) will die Jugendkriminalität effektiver bekämpfen. Das hatte er schon in der Talkshow Maybritt Illners zum Fall Jonny K. angekündigt. Nun stellte er auf einer Pressekonferenz ein „Maßnahmenpaket 1" zur Bekämpfung der Jugendkriminalität vor. Bei näherem Hinsehen handelt es sich jedoch nur um ein kleines Päckchen. Die Jugendstrafverfahren sollen beschleunigt werden – das hört man seit Jahren. Drogenkonsumenten sollen intensiv behandelt und pädagogische Maßnahmen verbessert werden – wie schön. Die Plätze für den Jugendarrest wurden von 33 auf 60 erhöht - immerhin. Früher wurden viele Jugendliche, die ihren Arrest antreten wollten, wieder abgewiesen, weil es gar keine Plätze für sie gab. Doch sind 60 Arrestplätze für Berlin genug?

Die Wirksamkeit von Maßnahmen der Jugendgewalt-Prävention soll besser erforscht werden. Dafür werden 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Das wird weitere Gutachter und Papierproduzenten freuen. Einer der bisherigen Gutachter, der Kriminologe Claudius Ohder, hatte gerade erst in einem Interview verkündet, Berlin sei „eine sichere Stadt im Vergleich auch mit anderen deutschen Städten". Das spricht der Realität zwar Hohn, schließt weitere Gutachten jedoch nicht aus. Die Lage in den besonderen Problembezirken der Stadt erwähnte der Professor erst gar nicht. Auch meinte er, man könne sich „in Berlin eigentlich zu allen Tageszeiten an allen Orten aufhalten" – die Abend- und Nachtzeiten ließ er weg. Dafür hatte der Wissenschaftler eine Phrase parat: „Es gibt in Berlin keine Orte, die rechtsfrei sind." Nun gilt zwar überall in Deutschland das deutsche Recht, in Wedding, Gesundbrunnen oder Neukölln aber auch noch zusätzlich häufig das Faustrecht. Die meisten Täter in Berlin werden dabei von der Polizei sowieso niemals gefasst. Erst Wochen nach dem Tod von Jonny K. und weiteren Gewaltvorfällen auf dem Alexanderplatz steht dort jetzt endlich auch eine „mobile Wache".

> Mitmaßlicher Täter Onur U. lässt abmahnen

Bezüglich krimineller Angehöriger von Araberclans zeigte sich Heilmann ratlos. Täter aus diesem Personenkreis gingen auch ungerührt in den Knast. Die Frage der *PAZ*, ob der nach dem gewaltsamen Tod von Jonny K. in die Türkei geflüchtete mutmaßliche Täter Onur U. vielleicht bereits vor der Tat die türkische Staatsbürgerschaft zusätzlich zu seiner deutschen Staatsbürgerschaft erworben habe, konnte der Justizsenator nicht beantworten. Er konnte dies ebenso wenig ausschließen wie die Möglichkeit, dass Onur U. noch nach der Tat die türkische Staatsbürgerschaft erhält, falls er nach türkischem Recht einen Anspruch darauf hat. Eigene Staatsbürger liefert die Türkei nicht aus. Onur U. gab bereits der „Bild"-Zeitung in Istanbul ein Interview und läuft dort anscheinend weiter unbehelligt herum. Von deutschen Anwälten in Berlin wird er zugleich offensiv vertreten. Der Kolumnist der „Berliner Zeitung", Gunnar Schupelius, teilte mit: „Ich schoss über das Ziel hinaus, indem ich den gesuchten Onur U. zum Täter machte, ohne dass er bisher verurteilt wurde oder gestanden hat. Daraufhin meldete sich eine renommierte Berliner Anwaltskanzlei bei der B.Z. Ihr Mandant Onur U. habe sie beauftragt, uns abzumahnen."

Michael Leh

Russland bittet zur Kasse

Deutschland muss für Abzug aus Afghanistan zahlen

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beschlossen. Sobald der Bundestag in den nächsten Wochen zustimmt, werden bis Ende 2013 rund 3300 von 4900 Soldaten vom Hindukusch zurückkehren. Der Rest folgt 2014, wenn die Nato alle Truppen abzieht. „Die Nato wiederholt alle unsere Fehler und macht weitere, auf die wir kein Copyright haben", lästerte 2008 Samir Kabulow, damals allseits angesehener russischer Botschafter in Kabul. Seit 2010 ist er Wladimir Putins Afghanistan-Berater und an führender Stelle in den Nato-Abzug involviert, den er als kommerzielles Geschäft sieht: „Wir verdienen daran eine Milliarde Dollar jährlich."

Vor zehn Jahren entstand der Nato-Russland-Rat, der seit April 2012 mit dem geplanten Abzug von rund 130 000 Mann ein wichtiges Thema hat, da dieser größtenteils über Russland erfolgen wird. Kabulov gibt, anders als sein Präsident Putin, offen zu, dass er die Nato lieber noch Jahre in Afghanistan sehen würde. Ohne sie wächst die Instabilität in Russlands Nachbarschaft durch Terrorismus und Drogen, deren Produktion seit 2001 um das 40-fache anstieg. Dennoch dürfe die Nato nicht durchs Hintertürchen militärischer Stützpunkte zurückkehren, warnt Kabulow.

Russland liefert die Infrastruktur für den Abzug, der größtenteils per Flugzeug, Bahn und Schiff über den Wolga-Freihafen Uljanowsk-Ost ablaufen wird. Dort unterhält das Werk Aviastar-SP, das mit der „An-124-Ruslan" das größte Transportflugzeug der Welt baut, eine fünf Kilometer lange Start- und Landebahn. Hinzu kommen leistungsfähige Bahnverbindungen nach Riga und weiteren Ostseehäfen, über die der Transport der Soldaten, ihrer 120 000 Container und ihrer 70 000 Fahrzeuge erfolgen soll. Die Nato darf den Transport nicht selbst durchführen, das besorgt das russische Transportunternehmen Osnova, das dafür kräftig kassiert. Auch der russische Zoll geht nicht leer aus. Allein Deutschland wird für die Rückführung von Personal und Material auf diesem Wege über eine Milliarde Euro zahlen.

> Transport erfolgt über den Wolgahafen Uljanowsk-Ost

Für die Bundeswehr ist der Abzug über Uljanowsk, den Geburtsort Lenins, eine Art Heimspiel, wie im Herbst 2011 beim dortigen Allrussischen Festival der Russlanddeutschen deutlich wurde. Uljanowsk unterhält beste Beziehungen nach Thüringen, die Bundeswehr fliegt die Stadt seit Jahren dank ihres Transitabkommens mit Russland an: Trainierte Normalität, die nun dem reibungslosen Abzug von Soldaten, 1700 Fahrzeugen und 6000 Container nützt.

Und dann? Dann beginne alles Übel neu, befürchtet Kabulov. Die Nato komme 2015 als „Ausbilder" wieder, die Afghanen fielen in ihre aggressive Allergie gegen Fremdherren zurück. Davor warnte 1927 auch der Deutsche Emil Trinkler in seinem Afghanistan-Buch: „Ganz verfehlt war bei den auf ihr Land und ihre Vergangenheit so stolzen Afghanen der europäische Herrenstandpunkt." Als die deutschen Soldaten vor über zehn Jahren nach Afghanistan kamen, begrüßte man sie freudig als Urenkel genialer Erbauer von Straßen, Staudämmen und Schulen, wovon buchstäblich nichts blieb.

Wolf Oschlies

MELDUNGEN

US-Soldaten in Polen

Warschau – Zehn Jahre nach dem Beschluss zur Nato-Osterweiterung hat die US-Luftwaffe mit der Stationierung von Soldaten in Polen begonnen. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Lask ist ein Vorauskommando von zehn US-Soldaten eingetroffen, dem kommendes Jahr weitere 240 Soldaten folgen sollen. Geplant ist neben der Stationierung von US-Jagd- und Transportflugzeugen auch die Ausbildung polnischer Piloten am US-Kampfflugzeug F 16, dessen Anschaffung Polen statt europäischer Konkurrenzmodelle beschlossen hat. Weitere US-Truppen werden ab 2015 als Bedienmannschaften für das US-Raketenabwehrsystem erwartet, das bis 2018 installiert werden soll. *N.H.*

Flüchtlingsstrom reißt nicht ab

Ankara – Die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei spitzt sich weiter zu. Nach Angaben der türkischen Hilfsorganisation Roter Halbmond leben derzeit 225 000 Bürgerkriegsflüchtlinge in 14 Flüchtlingslagern. Weitere 130 000 halten sich im Grenzstreifen zu Syrien und in grenznahen türkischen Ortschaften auf. Dort leisten ihnen 3700 Personen humanitäre Hilfe. Die Versorgung der Flüchtlinge kostet pro Tag knapp eine Million Euro, die überwiegend vom Roten Halbmond und dem UN-Flüchtlingswerk aufgebracht werden. Derzeit werden in türkischen Krankenhäusern fast 10 000 syrische Patienten behandelt, darunter 203 Kriegsverwundete. Seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges wurden 427 000 Patienten behandelt und 5800 Operationen durchgeführt. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat die EU um Unterstützung gebeten. Bisher leistet nur Deutschland einen nennenswerten Beitrag. *J.H.*

Unregierbar statt unabhängig

Loslösung Kataloniens von Spanien trotz Wahlniederlage der Separatisten noch nicht vom Tisch

Rückschlag, aber keine Niederlage: Noch ist die Sonne der Freiheit für Katalonien nicht untergegangen Bild: mauritius

Mit der Wahlschlappe des Separatisten Artur Mas bei den katalanischen Regionalwahlen scheinen die Pläne für eine Loslösung Kataloniens von Spanien erst einmal vom Tisch zu sein. Die Freude Madrids über den Wahlausgang könnte allerdings etwas voreilig sein.

„Kataloniens Abspaltung rückt in weite Ferne", so oder ähnlich sahen die Schlagzeilen aus, nachdem am Abend des 25. November die ersten Ergebnisse der katalonischen Regionalwahlen bekannt geworden waren. Auf den ersten Blick scheint die Gefahr für Spanien zu zerfallen mit dem Wahlergebnis tatsächlich gebannt zu sein. Artur Mas und seine bürgerliche Partei Convergència i Unió (CiU), die bei den vorgezogenen Neuwahlen alles auf die Karte einer Abstimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens gesetzt hatten, sind die großen Verlierer der Wahl. Von bisher 62 Sitzen im Parlament sind nur noch 50 übrig geblieben, die erhoffte absolute Mehrheit, mit der ein Referendum über Kataloniens Unabhängigkeit beschlossen werden sollte, scheint damit weiter entfernt als bisher.

Damit nicht genug: Die separatistische CiU bleibt zwar stärkste Kraft im Regionalparlament, ein passender Koalitionspartner, um regierungsfähig zu werden, ist allerdings nicht in Sicht. Mit dem großen Wahlsieger des 25. November der separatistischen Linkspartei Esquerra Republicana (ERC), wäre zwar volle Übereinstimmung in der Frage des Referendums möglich, ansonsten sind die beiden Parteien aber wie Feuer und Wasser. Während Mas seine drastischen Sparmaßnahmen fortsetzen will, um die endgültige Pleite Kataloniens abzuwenden, tritt die linksradikale ERC vehement für ein Ende dieses Kurses ein. Zustimmung für seine Wirtschaftspolitik würde Mas hingegen von der Volkspartei (PP) des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy erhalten – wäre da nicht die Frage der katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Rajyoys Volkspartei versteht sich als die gesamtspanische Partei schlechthin, das Verhältnis zur katalanischen Convergència i Unió gilt als geradezu vergiftet. Sollte Mas in der Frage des Unabhängigkeitsreferendums einknicken, um eine Koaltion mit der Volkspartei zustande zu bringen, dann käme das wiederum einem politischen Selbstmord gleich. Zu weit hat Mas sich mit seiner Partei für eine Loslösung von Spanien ins Zeug gelegt, als dass ihm seine Wähler ein Einlenken in der Frage verzeihen würden. Als Notlösung aus dieser Situation bleibt eine Koalition der Wahlverlierer, ein Bündnis mit Kataloniens Sozialisten (PSC). Die einst stärkste Partei in der Region ist nur noch ein Schatten ihrer selbst, aber immerhin würden die Sozialisten mit ihren 20 Mandaten Mas eine Regierungsmehrheit verschaffen. Nebenbei bringen Kataloniens Sozialisten aus der Sicht von Mas noch einen weiteren Pluspunkt mit: Sie sind zwar für einen Verbleib in einem föderalisierten Spanien, haben aber auch keine Einwände gegen eine Abstimmung in der Frage der Unabhängigkeit. Kommt ein derartiges Bündnis zustande, dann könnte die Freude Madrids über ein vorläufiges Ende der katalonischen Unabhängigkeitsträume zu früh gekommen sein. Aufmerksam beobachtet werden die Vorgänge in Katalonien nicht nur in Schottland, wo für Herbst 2014 ein Referendum über die Trennung von Großbritannien angesetzt ist, sondern auch im Norden Italiens. Luca Zaia, Präsident der an Österreich grenzenden Region Venetien, räumte in einem Interview ein, dass er mit einem „Ja" stimmen würde, wenn bei einem Referendum über die Unabhängigkeit seiner Region abgestimmt werden würde. „Ich bin für die Unabhängigkeit, weil Venetien bestimmte Werte verteidigen und fördern will. Wir fühlen uns Bayern näher als Kalabrien", so der Spitzenpolitiker der Lega Nord. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein derartiges Referendum eines Tages tatsächlich stattfindet, nimmt zu. „Independenza Veneta" nennt sich eine separatistische venezianischen Bewegung, die erst im Mai dieses Jahres gegründet wurde und immer stärkeren Zulauf erhält. Lodovico Pizzati, Gründer der Organisation, die in der Abspaltung Venetiens von Italien ihr Ziel sieht, bezeichnet die Entwicklung in Schottland als Vorbild. So ungewohnt der Gedanke eines selbständigen Venetien mit rund sechs Millionen Einwohnern erst einmal klingt, Pizzati dürfte wissen, wo die Chancen und Risiken einer Loslösung von Italien liegen. Der Professor für Wirtschaftspolitik hat acht Jahre bei der Weltbank gearbeitet und sich dort intensiv mit europäischen Fragen beschäftigt. Umfragen bescheinigen dem Vorhaben ernsthafte Erfolgsaussichten: 53 Prozent der Bewohner Venetiens gaben bei einer Umfrage, die von „Independenza Veneta" selbst in Auftrag gegeben worden war, an, mit „Ja" stimmen zu wollen. Eine Umfrage der Tageszeitung „Corriere della Sera" kam im September sogar auf 80 Prozent Zustimmung. *Hermann Müller*

Chance für ein Referendum in Venetien gewachsen

Punkten mit EU-Kritik

Britische Unabhängigkeitspartei legt in Umfragen weiter zu

Charisma und Rückgrat hat der Mann, der alle britischen Parteien und die EU zum Gegner hat. Nigel Farage, Chef der britischen Unabhängigkeitspartei (UKIP), lässt sich jedoch das Lachen nicht verbieten, da die Mehrheit der britischen Bevölkerung inzwischen seinen EU-skeptischen Kurs und viele seiner Anliegen unterstützt.

Gleich zwei Umfragen ergaben in den vergangenen Wochen, dass eine klare Mehrheit der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union votieren würde, wenn dadurch die Handelsbeziehungen unberührt blieben. Das gibt der UKIP Auftrieb. Mit europakritischen Positionen gewann die Partei bereits zwölf Sitze im Europaparlament und bei der nächsten Europawahl 2014 werden weitere Zuwächse vorhergesagt. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts ist die Partei allerdings im britischen Unterhaus nicht vertreten. Punkten konnte sie jedoch schon bei Nachwahlen. Landesweite Umfragen sehen sie derzeit mit sieben bis elf Prozent vor den mitregierenden, EU-freundlichen Liberaldemokraten. Damit ist die UKIP zu einem wichtigen Faktor des politischen Lebens geworden.

Die zunehmende Attraktivität der Partei, die ihre drei Gegner (Tories, Labour, Libdems) als „sozialdemokratisch" tituliert, liegt primär in der Person Farages begründet. In England bewahrheitet sich die politische Regel, dass nicht zuerst Programme, sondern Personen für Erfolge sorgen. Nigel Farage tritt im Fernsehen mit Selbstironie und Humor auf; der als „Rechtspopulist" Diffamierte trägt ein scheinbar unerschütterliches Selbstbewusstsein zu Tage. Farage „labere" nicht, sondern antworte klar auf Fragen, konzedieren ihm selbst seine Gegner. Der konservative Premier David Cameron, der die UKIP als „Partei von Spinnern und Klo-Rassisten" diskreditierte, sieht sich in jüngster Zeit offenbar gezwungen, auf die UKIP zuzugehen, weil seine eigenen Abgeordneten ihm die Gefolgschaft in Sachen EU verweigern. Die Botschaft von Farage, dass die EU für die meisten Probleme Britanniens verantwortlich sei, zündet auch bei vielen Parlamentsabgeordneten der Tories. Ähnlich wie die UKIP machen nun auch Konservative die EU für die Probleme in der lahmenden britischen Wirtschaft, mit ausländischen Straftätern oder in Steuerfragen verantwortlich. Die Netto-Zahlungen an die EU, immerhin über fünf Milliarden Euro jährlich, sind vielen Briten ein Dorn im Auge und die Blockierung des EU-Haushaltes für die nächsten sieben Jahre daher ein populäres Projekt.

Premier Cameron kommt zunehmend in Bedrängnis

Ob die UKIP und die Tories bei der nächsten Unterhauswahl 2015 eine Koalition eingehen werden, ist derzeit offen. Einen „Nicht-Angriffspakt" schlug vor drei Wochen der konservative Wahlberater und Abgeordnete Michael Fabricant vor, um eine konservative Mehrheit der Sitze zu erringen. Doch bei vielen Tories ist Farage, der die Tories erst 2006 verließ, tief verhasst. Hinzu kommen seine radikalen Konzepte zur Begrenzung der Einwanderung, für ein vereinfachtes Steuerrecht und gegen die Legitimierung homosexueller Lebenspartnerschaften, die ein Zusammengehen der beiden Parteien erschweren. Bewegung kommt in die Frage der Kooperation derzeit durch die Nachricht, dass acht Tory-Abgeordnete kurz vor dem Überlaufen zur UKIP stünden, womit die Partei im Parlament vertreten wäre. *Hinrich E. Bues*

Deutsche als Feindbild

Kaczynski-Partei PiS hetzt gegen Minderheit in Polen

Hier ist Polen." Unter diesem Motto hat die Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) von Jaroslaw Kaczynski zu einer Demonstration im Januar im schlesischen Oppeln aufgerufen. „Mit dem Marsch wollen wir zeigen, dass hier nicht Deutschland ist", so der PiS-Parteisekretär für das Oppelner Land, Arkadiusz Szymanski, gegnüber der „Gazeta Wyborcza". Nach Angaben der Zeitung wurde die Idee zu der Demonstration auf einem Treffen geboren, zu dem sich der Vizepräsident des polnischen Parlaments, Marek Kuchcinski, PiS-Spitzenfunktionäre und Sympathisanten der Partei zusammengefunden hatten. Nichts weniger als ein „zweites Kosovo in Polen" drohe, falls gegen die Bestrebungen der deutschen Volksgruppe und der schlesischen Partei RAS, der Autonomiebewegung Schlesiens, nichts unternommen werde, so eine der Aussagen, die auf dem Treffen gefallen sein sollen.

Einen Grundstein für die Eskalation der Lage dürfte allerdings Parteichef Kaczynski selbst gelegt haben. Zur geplanten Demonstration hat er ausgerechnet das Nationalradikale Lager (ONR) eingeladen. Anhänger der rechtsextremen Organisation hatten zuletzt am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag, für Schlagzeilen gesorgt, als sie sich mit der Polizei schwere Straßenschlachten lieferten. Bis zur geplanten Demonstration im Januar dürfte die antideutsche Stimmungsmache der PiS unvermindert weitergehen. Einer der immer wiederkehrende Punkte der deutschfeindlichen Propaganda: die zweisprachigen Ortsschilder, vor allem in der Oppelner Gegend, in der eine beachtliche Zahl von Deutschen wohnt.

Stimmungsmache erfolgt wohl kalkuliert

Im Einklang mit EU-Vorgaben sehen selbst die polnischen Regelungen vor, dass jede Gemeinde mit mehr als 20 Prozent Minderheitenanteil das Recht auf zwei- oder gar dreisprachige Tafeln hat. Die von der PiS herangezogenen Argumente gegen die Ortschilder sind so vielfältig wie absurd. Ein auswärtiger Besucher könne meinen, er halte sich in Deutschland auf, so ein Einwand der PiS gegen das Minderheitenrecht. Polen, die nach dem Krieg aus den „polnischen Ostgebieten" ausgesiedelt worden seien, würden sich an den deutschen Inschriften stören, wird als weiteres Argument angeführt. Der Oppelner PiS-Bezirkssekretär Arkadiusz Szymanski wiederum macht Kostengründe geltend: „Das ist völlig unnötige Verschwendung von Steuergeldern zur Erfüllung von Wünschen der deutschen Minderheit." Noch mehr unter die Gürtellinie geht der Vorwurf des schlesischen Regionalchefs der Kaczynski-Partei, Slawomir Klosowski, die deutsche Volksgruppe sei ein „Parasit", der „den polnischen Staat wie eine Kuh melkt". Als Beleg führt Klosowski die finanziellen Zuwendungen des Bildungsministeriums für Schulen der deutschen Volksgruppe an.

Das aktuelle Hochfahren der antideutschen Stimmungsmache der Kaczynski-Partei dürfte wohl kalkuliert sein. Nach einem Umfragehoch sind die Zustimmungswerte für die Partei wieder eingebrochen. Noch wichtiger ist allerdings eine andere Entwicklung: Der PiS droht neue Konkurrenz. Nach den Krawallen am Nationalfeiertag haben das Nationalradikale Lager (ONR) und die Allpolnische Jugend die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Vermutet wird, dass diese sich stark an der ungarischen Jobbik orientieren wird. Die Partei ist mittlerweile die drittstärkste politische Kraft im Budapester Parlament, gleichzeitig radikalisiert sie aber die ungarische Gesellschaft immer mehr. *N.H.*

Hollandes halbe Kehrtwende

Ein halbes Jahr nach dem Machtwechsel wird Frankreich immer mehr zum wirtschaftlichen Problemfall



Protest gegen Schließungsabsichten: Arbeiter blockieren die Zufahrt zum Stahlwerk Arcelor Mittal im lothringischen Flörchingen (Florange) Bild: pa

Nicht einmal ein halbes Jahr hat es gedauert, bis Frankreichs neuer Präsident eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik einleiten muss. Allem Anschein nach kommt die Wende bereits zu spät, Frankreich wird immer mehr zum Problemfall in der Euro-Zone.

Als Frankreichs Präsident François Mitterand im Frühjahr 1983 seine „Tournant de la rigueur", „die Wende zur Sparpolitik" verkündete, war dies der Schlusspunkt eines zweijährigen Ernüchterungsprozesses. Gestartet mit einem lupenreinen sozialistischen Wirtschaftsprogramm, blieb ihm nur noch die Notbremsung, um den völligen Ruin Frankreichs zu verhindern. Beim jetzigen Präsidenten François Hollande beginnen die Pariser Medien bereits nach einem halben Jahr Amtszeit von einer Kehrtwende zu sprechen. Dem ersten Anschein nach zu Recht. Statt weiterer Belastungen sollen zum Beispiel nun die Unternehmen mit Steuerrückerstattungen entlastet werden. Zur Finanzierung soll kurzerhand die Mehrwertsteuer angehoben worden. Noch im September wollte ein Regierungssprecher schwören, es gebe „kein solches Projekt". Genauso vergessen zu sein scheint inzwischen auch so manch andere Ankündigung Hollandes. Noch zum Machtantritt im Mai galt etwa die Parole, die EU-Sparpolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel müsse durchbrochen werden. Inzwischen ist in der französischen Nationalversammlung mit breiter Mehrheit der EU-Fiskalpakt gebilligt worden. Der im Gegenzug geforderte Wachstumspakt besteht jedoch im Wesentlichen aus Luftbuchungen im EU-Haushalt. Mit den lange Zeit geforderten „Wachstumsinitiativen" ist noch eine andere Lieblingsidee Hollandes sang- und klanglos aus der politischen Diskussion verschwunden: die Euro-Bonds.

Parolen aus Wahlkampfzeiten sind vergessen

Gemessen an dem, was im Wahlkampf verkündet wurde, ist Hollandes Kehrtwende spektakulär. Wahrscheinlich kommt sie aber bereits zu spät. Zweifel, dass die Mannschaft um Hollande wirklich verstanden hat, wie Wirtschaft funktioniert, kommen hinzu. Die 35-Stunden-Woche – wahrscheinlich Wettbewerbsnachteil Nummer Eins für Frankreichs Unternehmen – gilt immer noch als unantastbar. Als Premierminister Jean-Marc Ayrault vor kurzem das kostspielige Relikt in Frage stellte, war die Gegenreaktion selbst in den eigenen Reihen so heftig, dass ihm nur ein sofortiges Zurückrudern blieb.

Noch fragwürdiger wird Hollandes „Wende" allerdings durch den Aktionismus seines Ministers für Reindustrialisierung, Arnaud Montebourg. Der drohte dem Stahlkonzern Arcelor Mittal angesichts von Stilllegungsplänen für zwei unrentable Hochöfen in Lothringen kurzerhand mit Verstaatlichung – mit Rückendeckung Hollandes. Das Signal, das von der Drohung an Investoren ausgeht, ist verheerend genug. Montebourg legte trotzdem noch nach. Arcelor Mittal habe gelogen, lasse es an Respekt gegenüber Frankreich fehlen, überhaupt sei das Unternehmen in Frankreich nicht mehr willkommen.

Nicht nur bei Montebourg scheint indessen der Geist der Nationalisierung aus den Regierungsjahren Mitterands wieder auferstanden zu sein. In Saint-Nazaire, wo der Werft STX France die Aufträge ausgehen, sind es die Gewerkschaften, die eine Verstaatlichung fordern. Weder bei der Werft noch bei den lothringischen Hochöfen ist erkennbar, wie der Staat als Eigentümer für Aufträge sorgen könnte, um eine

Der Ruf nach Verstaatlichung wird lauter

Daueralimentierung der verstaatlichten Betriebe zu vermeiden. Weltweit kämpfen sowohl die Schiffbauer als auch die Stahlhersteller mit gigantischen Überkapazitäten, und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Obwohl der Staatsanteil in Frankreich ohnehin schon bei 58 Prozent liegt, ist nicht einmal ausgeschlossen, dass dem Gerede von Verstaatlichungen Taten folgen werden. Präsident Hollande gerät wegen der steigenden Arbeitslosigkeit immer mehr unter Druck. Die symbolträchtige Drei-Millionen-Marke ist inzwischen längst überschritten und die Arbeitslosenzahlen steigen im Rekordtempo weiter.

Wie schnell die französische Schwäche zu einem gesamteuropäischen Problem werden kann, hat sich bei der jüngsten Bonitätsabstufung Frankreichs durch die Agentur Moody's gezeigt. Nachdem bereits Standard & Poors Frankreich im Januar die Bestnote entzogen hatten, legte Moody's nun nach. Begründet wurde die Abwertung mit dem anhaltenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und der Unbeweglichkeit des französischen Arbeitsmarktes. Wenige Tage später folgte die Bonitätsherabstufung für den Euro-Rettungsfonds ESM. Der Schritt ist gemäß der Systematik der Ratingagenturen folgerichtig: Frankreich ist nach Deutschland der größte Zahler und Garantiegeber für den ESM, dementsprechend hat die französische Bonität Einfluss auf die Rating-Einstufung des ESM. In allen Planspielen zur Rettung der europäischen Gemeinschaftswährung ist Frankreich als feste Größe eingeplant – bisher noch als Einzahler, nicht als Nehmerland.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Knapp 60 Millionen Euro für deutsche Reeder: Die deutsche Schifffahrt bekommt auch im kommenden Jahr staatliche Unterstützung. Dafür stellt die Bundesregierung 57,8 Millionen Euro zur Verfügung. Damit soll vor allem die Ausbildung des Nachwuchses gefördert werden. Zudem sollen die Schifffahrtgesellschaften Steuererleichterungen erhalten. Viele kleine und mittlere Reedereien in Deutschland sind durch Überkapazitäten und niedrige Frachtraten in ihrer Existenz bedroht. Dennoch versteht der Verband Deutscher Reeder die staatlichen Zuwendungen nicht als Krisenhilfe. *M.H.*

Kosten für „Stuttgart 21" explodieren: Bahnführung und Gewerkschaften erwarten zusätzliche Kosten in deutlich dreistelliger Millionenhöhe bei dem ursprünglich mit 4,5 Milliarden Euro veranschlagten Projekt. Als Ursache für die Verteuerung werden zusätzliche Ausgaben für den Brand- und Grundwasserschutz sowie Streit um den Verkauf der oberirdischen Gleisanlagen genannt. Gewerkschafter rechnen sogar mit einer Kostensteigerung um bis zu einer Milliarde Euro. *J.H.*

Griechenlands Wirtschaftsleistung sinkt weiter: Trotz des neuen EU-Hilfspakets rechnet die griechische Notenbank für das kommende Jahr mit einem weiteren Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um vier bis 4,5 Prozent. Als Ursache gelten die harten Sparmaßnahmen und geringe Investitionen. Damit wäre das ganze seit Einführung des Euro erreichte Wachstum verloren. *J.H.*

Gazprom vergrößert Marktanteil in Deutschland: Der weltgrößte Gaskonzern Gazprom bereitet die komplette Übernahme des Gasgroßhändlers Wingas vor. Das Unternehmen mit Sitz in Kassel ist mit einem Marktanteil von 15 bis 20 Prozent die Nummer zwei im deutschen Gasgroßhandel. Die EU-Kommission sieht die zunehmende Marktmacht von Gazprom mit Sorge und hat schon vor Monaten ein Kartellverfahren gegen den russischen Konzern eingeleitet. *J.H.*

Keine Immobilienblase: Vermögensexperten empfehlen trotz gestiegener Preise weiterhin Immobilien als Anlage. Sie garantierten nach wie vor einen hohen Werterhalt, so das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. *J.H.*

Teure Rettung

600 Arbeitsplätze für 150 Millionen Euro

Die EU wird mit ihrem Förderprogramm Ulcos für die teure Instandhaltung des französischen Stahlwerks in Florange teilweise aufkommen. Die zurzeit etwa 600 Arbeitsplätze sind dadurch gesichert und der vorangegangene Streit der französischen Regierung mit dem indischen Unternehmen Arcelor Mittal über eine Verstaatlichung beendet. Die Fabrik soll mit insgesamt 150 Millionen Euro Steuergeldern unterstützt werden, obwohl sie eigentlich schon am 1. Dezember geschlossen werden sollte. Kritiker bemängeln, dass eine derart große Investition sinnlos sei, weil es momentan ohnehin eine zu geringe Stahlnachfrage in Europa gebe und die Auftragslage des Stahlwerkes auch weiterhin sehr schlecht sein werde. Die französischen Gewerkschaften erklärten, dass sie von Präsident François Hollandes Durchsetzungsfähigkeit enttäuscht seien. *M.H.*

Legal, aber unklug

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Deutschland genießt bisher den Ruf eines zuverlässigen Verhandlungs- und Vertragspartners. Nun aber sind wir dabei, diesen guten Ruf zu verspielen. Dass der Bundesrat im Falle des Steuerabkommens mit der Schweiz ein verfassungskonformes Recht auf Ablehnung hatte, ist unumstritten. Ebenso unbestreitbar ist aber auch, dass nicht alles, was legal ist, auch politisch klug ist. Der Vertrag bot die Chance, das leidige Thema Kapitalflucht zu entschärfen. SPD und Grüne scheinen daran jedoch nicht interessiert zu sein, opfern lieber die traditionell guten Beziehungen zur Schweiz auf dem Altar des Bundestagswahlkampfes. Von Bern nun Nachverhandlungen zu fordern, zeugt auch von einem gestörten Rechtsverständnis. Die Schweiz ist ein demokratischer Rechtsstaat, und in einem solchen kann eine Regierung nicht mal eben – nur weil's dem Nachbarn so gefällt – einen parlamentarisch ratifizierten Vertrag ändern. Will Berlin diesen Grundsatz nicht mehr gelten lassen, ist der Ruf wohl endgültig ruiniert.

Der Tod des freien Wortes

Von Hans Heckel

Wenn sie eine politische Überzeugung kundtun, die alle Bundestagsparteien, alle großen Medien, alle Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, alle Kirchen und großen Verbände teilen, nennen sie das „couragiert“, wenn sie unsere Soldaten in die entlegensten Winkel der Welt schicken, um dort Krieg zu führen, nennen sie das „friedenserhaltende Maßnahme“, wenn sie Soldaten zum politischen Katzbuckeln nötigen, indem sie ihnen verbieten, die „friedenserhaltenen Maßnahmen“ kritisch zu sehen, nennen sie das „Erziehung zum Staatsbürger in Uniform“, wenn Lehrer von Schülern verlangen, eine bestimmte Ideologie zu vertreten und Zuwiderhandlung mit schlechten Noten bestrafen, nennen sie das „Erziehung zum mündigen Bürger“, wenn Jungen gegenüber Mädchen in der Schule benachteiligt werden, nennen sie das „Gleichberechtigung“, wenn alle Parteien des Bundestages zu den meistdiskutierten Fragen unserer Zeit wie Euro-Rettung, Genderpolitik und Frauenquote, Klima- und Energiepolitik, Zuwanderung oder Multikulturalismus eine nahezu gleiche Meinung vertreten, nennen sie das „gelebte Demokratie“, wenn sie Menschen zu Unpersonen erklären, die eine dieser Meinungen nicht teilen und das sagen, nennen sie das „Toleranz“, wenn nahezu alle großen Medien im selben Strom treiben, nennen sie das „Vielfalt“, wenn Zuwanderer jeden Respekt vor den hiesigen Gesetzen und der einheimischen Bevölkerung vermissen lassen, nennen sie das „kulturelle Eigenart“, wenn Einheimische jenen Respekt von den Zuwanderern fordern, nennen sie das „unsensibel“, wenn nicht gar „rassistisch“, wenn sie unsere Stromversorgung durch eine Hauruckwende zu schwankenden Energieträgern wie Wind und Sonne gefährden, nennen sie das „nachhaltig“, wenn sie unsere Währung und unsere Ersparnisse gefährden, nennen sie das „Stabilisierung“.

> Euphemismen ersticken die offene Debatte

Die „Debatte“ in Deutschland, sofern man sie noch so bezeichnen kann, ist von Euphemismen und Begriffsverdrehungen überdeckt wie von Mehltau. Darunter stirbt das freie Wort, mit ihm Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Ein jeder mag sich schon dabei ertappt haben, wie er in den Chor der verdrucksten Falschsinger eingestimmt hat, um sich Schwierigkeiten zu ersparen.

Die meisten spüren den tagtäglichen Betrug, doch sie sagen lieber nichts, sondern fressen den Groll in sich hinein und ziehen sich zurück – von den Parteien, von den Kirchen und Verbänden, von den Wahlurnen. Dann ringen die mächtigen Tonangeber um Lösungen, wie man die Menschen „wieder zu mehr bürgerschaftlichem Engagement“ bewegen könnte. Doch selbst dies Wehklagen ist Betrug, denn in Wahrheit fürchten sie kaum etwas mehr als den freien Bürger, der ihnen offen und ehrlich seine Meinung sagt.



Zeichnet radikale politische Korrektheit als vermeintliche Zivilcourage aus: Bischoff Heinrich Bedford-Strohm bei der Verleihung des Preises „Das unerschrockene Wort“

Bild: pa

Moral verliert

Von Harald Tews

Es war nur eine Frage der Zeit, bis es auf dem Fußballplatz wegen einer Nichtigkeit zum Todschlag kommt. In Holland traten Spieler nach einer angeblich falschen Abseitsentscheidung so lange auf einen schon am Boden liegenden Linienrichter ein, bis er starb. Das alles fand in einem belanglosen B-Jugendspiel statt. Der Fall erinnert an den sogenannten Hamburger „20-Cent-Mörder“: Onur K. hatte einen Dachdecker um 20 Cent angebettelt. Als der Mann nicht zahlen wollte, schlug Onur K. auf ihn ein. Das Opfer schlug ungebremst zu Boden und starb an den Folgen seiner Kopfverletzungen.

Wie kommt es, dass Menschen aus immer belangloseren Gründen zu Mördern werden – und andere wegen nichts und wieder nichts zu Mordopfern? Das Beispiel aus den Niederlanden kann helfen zu verstehen, weshalb die Hemmschwelle immer weiter sinkt: Viele, auch unterklassige Fußballteams sind keine echten Mannschaften mehr, wo einer für alle kämpft. Es sind zusammengewürfelte Söldnertruppen, die für Geld kommen und gehen. Wo Solidarität fehlt, mangelt es auch an Moral. Das ist in der großen Gesellschaft nicht anders. Im deutschen Fußball will man jetzt ein Zeichen setzen und Fangewalt mit einem neuen Sicherheitskonzept, das am 12. Dezember beschlossen werden soll, begegnen. Von der Politik wartet man auf ein solches Zeichen bislang vergeblich. Onur K. wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Ergebnis der laschen Gesetzeslage, auf die sich die Gerichte berufen müssen: Onur K. steht derzeit wegen einer neuen Gewalthandlung schon wieder vor Gericht.

Gastbeitrag



Wählerwille steht vor Eigennutz der Parteien

Von Eberhard Hamer

Nach dem derzeitig geltenden Wahlrecht wird die Hälfte der Bundestagsabgeordneten in Direktwahlkreisen gewählt – jeweils, wer dort die Mehrheit gewonnen hat. Die andere Hälfte der Abgeordneten rückt über von den Parteien aufgestellte Landeslisten in den Bundestag, je nach den Prozenten, welche die Parteien mit Zweitstimmen im jeweiligen Bundesland erworben haben. Dabei kam es allerdings zu Ungleichgewichten, wenn eine Partei mehr direkte Wahlkreise erringen konnte, als ihr prozentual zustanden. Dies wurde durch sogenannte „Überhangmandate“ ausgeglichen – zur Zeit 24, um welche sich dadurch die Gesamtzahl der Abgeordneten erhöhte.

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich das Berechnungssystem der Überhangmandate für verfassungswidrig erklärt und dem Bundestag eine Korrektur aufgegeben. Sofort entstand Streit unter den Fraktionen, welche ihre derzeitigen Pfründe nicht gefährdet haben wollten. Entsprechend wurden einfache Lösungen wie beispielsweise die Einführung nur noch des Mehrheitswahlrechts in den Wahlkreisen (wie in Großbritannien) oder ein reines Verhältniswahlrecht (Parteilisten wie bei der Europawahl) abgelehnt. Die Mehrheit der „staatstragenden“ Fraktionen – gegen die Linken – will das Problem jetzt mit der Vergrößerung des Bundestages von derzeit 620 auf etwa 750 lösen. Gegen eine Reduzierung des Bundestages – was jedem Abgeordneten mehr Gewicht geben würde und außerdem billiger wäre – sind jedenfalls alle.

> Eine Vergrößerung des Bundestages ist der falsche Weg

Dabei wäre aus mehreren Gründen eine ebenso mögliche Reduzierung der Bundestagsmandate wie der derzeitigen Überhangmandate die demokratischste, sauberste und gerechteste Lösung.

Von allen Wahlberechtigten gehen nicht einmal mehr 60 Prozent überhaupt zur Wahl, üben also über 40 Prozent der Wähler ihr Wahlrecht nicht mehr aus. Die Parteien behaupten, dies sei Desinteresse. Demoskopen jedoch haben herausgefunden, dass bei den meisten Nichtwählern Unzufriedenheit mit dem herrschenden Parteienkartell oder sogar Protest gegen die von diesen Parteien über die Köpfe der Wähler hinweg betriebene Politik vorliegt. Das zeigt sich deutlich am Beispiel der ESM-Abstimmung. Das Kartell der vier „staatstragenden“ Parteien hat gegen den Willen von über 80 Prozent der deutschen Wähler mit der Annahme des ESM die Schulden Europas übernommen, und das in einer Größenordnung, die selbst unsere Kinder und Kindeskinder noch büßen lässt. Der Wähler konnte es nicht verhindern, kann nur sauer sein und diese Parteien nicht mehr wählen. Seine Wahlenthaltung ist also nicht unüberlegt, sondern möglicherweise sogar politisch reifer als das Euroholikerverhalten der Parteien.

Der Wählerprotest muss – soll das Wahlrecht gerecht sein – auch im Ergebnis der Wahl, also auch in der Zahl der Abgeordnetenmandate, zum Ausdruck kommen. Die Zahl aller Abgeordneten muss also entsprechend der Wahlbeteiligung 40 Prozent geringer als die Maximalzahl der Abgeordneten sein. Wenn nur 60 Prozent der Wähler ihre Stimme abgeben und eine Partei wählen, dürfen auch nur 60 Prozent der zur Verfügung stehenden Mandate besetzt werden. Wenn zum Beispiel bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent eine Partei die Hälfte aller abgegebenen Stimmen bekommt, darf sie nicht 50 Prozent aller möglichen Sitze haben, sondern nur 50 Prozent der abgegebenen Stimmen, also 30 Prozent. Der Bundestag wäre dann nicht zu 100 Prozent besetzt, sondern nur zu 60 Prozent. Diese mögliche Reduzierung von Fehlmandaten durch Nichtwähler statt durch Überhangmandate würde nicht nur den Nichtwählern gerecht werden, sondern auch die Parteien antreiben, für möglichst hohe Wahlbeteiligung zu sorgen, was ihnen jetzt egal sein kann, weil Nichtwähler letztlich ihr Vorteil sind. Ein Wahlrecht, was nur Überhangmandate, nicht aber Fehlmandate vorsieht, ist also ungerecht, ist Wahlverfälschung und Verhöhnung der protestierenden Nichtwähler.

Es wird endlich Zeit, dass im Sinne echter Demokratie die Ergebnisse der Wahl auch dem Wahlumfang angepasst werden – nach oben wie nach unten. Die parlamentarische Suche nach einer Lösung für die Überhangmandate muss also auch Gerechtigkeit für die Nichtwähler schaffen. Nicht das Parlament ist konstant und die Wähler variabel, sondern das Parlament muss ebenso variabel sein wie seine ihn tragenden Wähler.

> Die Parteien gehen rücksichtslos mit dem Wählerwillen um

Die Abstimmungsskandale um den ESM haben nämlich auch gezeigt, dass es nicht auf die Masse der Abgeordneten ankommt, sondern auf eine kleine Clique von Parteispitzen, die das Ergebnis unter sich auskungeln und sogar wütend sind, wenn ein Abweichler einmal öffentlich seine abweichende Meinung im Bundestag zu sagen wagt.

Und wie rücksichtslos die Parteien mit dem Wählerwillen umgehen, hat ebenfalls der ESM gezeigt: Nicht nur die Regierungskoalition nimmt auf 80 Prozent des Wählerwillens keine Rücksicht mehr, auch die Opposition hat sich dem Diktat der internationalen Hochfinanz gerne gebeugt und ihre Sozialklientel zur Ausbeutung für die Sanierung der internationalen Zockerbanken und europäischer Pleiteländer freigegeben, denn Hauptzahler des ESM sind Deutschland, seine Bürger, die breite Masse der deutschen Wähler. Ein so ferngelenktes Parteiensystem darf nicht durch Vergrößerung honoriert werden, sondern müsste auf die Wählerprozente geschrumpft werden, die tatsächlich noch diese Parteien zu wählen bereit sind.

Die Euroholiker Schäuble, Steinbrück und Trittin betreiben zudem gemeinsam eine Entmachtung des deutschen Parlaments zugunsten der Zentralisierung in Europa (Fiskalunion, Haftungsunion, Eurobonds). Das Parlament soll also immer weniger Entscheidungskompetenzen behalten, weil diese nach Brüssel an nicht gewählte Kommissare zentralisiert werden sollen. Einem Parlament mit abnehmendem Wählerantteil und abnehmenden Kompetenzen kann man aber nicht durch Vergrößerung, sondern nur durch Schrumpfung und Senkung seiner Kosten gerecht werden. Wenn schon 84 Prozent aller Regelungen von Brüssel diktiert werden, die vom Bundestag nur noch pflichtgemäß „umgesetzt“ werden dürfen, braucht man für diesen zwanghaften Zustimmungsakt nicht mehr Abgeordnete, sondern eher weniger. Das Problem der Überhangmandate muss also nicht nur expansiv, sondern auch kontraktiv diskutiert und gelöst werden. Das mag dem Eigennutz der Parteien widersprechen, läge aber im Sinne der Wähler, unserer Demokratie und parlamentarischer Gerechtigkeit.

Eberhard Hamer ist Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik und gilt als Begründer der Mittelstandsökonomie. Er ist Gründer und Leiter des privat geführten Mittelstandsinstituts Niedersachsen in Hannover.

Schlussstrich unter Preußen?

In Nordrhein-Westfalen soll es zukünftig nur noch ein Preußen-Museum geben – wenn überhaupt

Seit Ende der 90er Jahre sind die Preußen in Nordrhein-Westfalen museal vertreten. In Wesel und in Minden gibt es je ein Preußen-Museum. Offenbar eines zu viel, denn jetzt droht dem Standort Minden das Aus. Grund ist ein Haushaltsdefizit von 400 000 Euro, für das die Düsseldorfer Landesregierung nicht mehr geradestehen will.

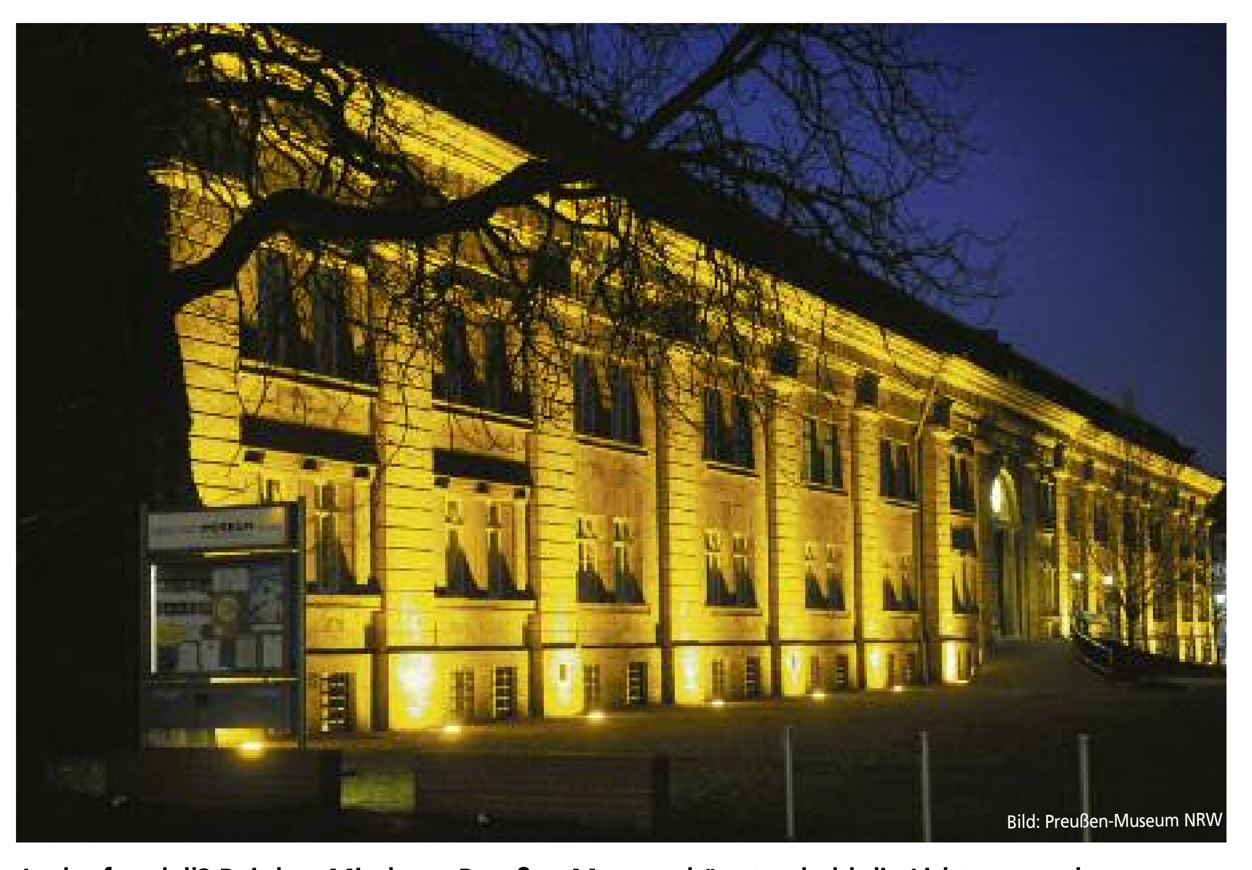


Bild: Preußen-Museum NRW

Auslaufmodell? Bei dem Mindener Preußen-Museum könnten bald die Lichter ausgehen

Zwischen 1827 und 1850 wurde in der Weserstadt Minden eine Festung errichtet, die die preußischen Westprovinzen gegen das Königreich Hannover absichern sollte. Zur umfangreichen Festungsanlage gehört auch die im klassizistischen Stil erbaute „Defensions-Caserne“, die seit 1999 der ideale Standort für das Preußen-Museums ist. Auf 1500 Quadratmetern wird hier die rund 350-jährige Geschichte Preußens in Westfalen präsentiert. Gleichzeitig stellte die Schwester-Filiale in Wesel am Rhein seit 1998 die rheinländische Version der Preußengeschichte aus.

Doch wenn es nach dem Land Nordrhein-Westfalen geht, ist es damit bald vorbei. Der zuständige Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Michael Groschek, wird mit den Worten zitiert, das Museum in Minden „einmotten“ und nur die Einrichtung in Wesel weiterführen zu wollen. Denn bereits in den Jahren 2010 und 2011 sammelten beide Standorte, die unter dem Dach der Stiftung Preußen-Museum organisiert sind, zusammen ein Defizit von 400 000 Euro an. Von der Landesregierung kam die Zusage, davon die Hälfte zu finanzieren. Die andere Hälfte teilten sich die beiden Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LVW) sowie der Kreis Minden-Lübbecke. So jedenfalls der Plan.

Die finanzielle Schieflage hatte sich schon Anfang 2011 angekündigt. „Weil wegen der Finanzkrise die Zinserträge sanken, hatten wir kontinuierlich steigende Defizite bei der Stiftung feststellen müssen“, ließ der Geschäftsführer der Stiftung Preußen-Museum, Peter Kienzle, verlauten. Doch dann ließ die Landesregierung die Stiftung im Stich und zahlte die zugesagten Betriebskostenzuschüsse nicht. Jetzt forderten auch die Landschaftsverbände und der Kreis Minden die Mittel zurück. Die wurden unter dem Vorbehalt gewährt, dass beide Museen eine neue Trägerschaft erhalten. Das Haus in Wesel sollte unter die Obhut des LVR und Minden unter das Dach des LWL bei hälftiger Aufteilung der Stiftungserträge. Eine solche Neuorganisation hätte für die in der Öffentlichkeit bislang nur stiefmütterlich behandelten Museen den Vorteil eines professionellen Marketings gebracht, da die beiden Landschaftsverbände über entsprechende Erfahrungen verfügen.

Doch das Land Nordrhein-Westfalen scheint an einer solchen Lösung nicht interessiert zu sein. „Eine dauerhafte institutionelle Förderung des Museumsbetriebs ist nicht Aufgabe der Landesregierung“, ließ Minister Groschek wissen. Er wies darauf hin, dass sein Bauministerium seit 2002 in die Sanierung der Häuser und in die Stiftung bereits über 40 Millionen Euro investiert hat.

Weitere Fördermittel des Landes für beide Museen sind nach derzeitigem Stand nicht zu erwarten. Nach den Äußerungen des Ministers, das Haus in Minden einmotten zu wollen, deutet alles auf eine Zusammenlegung beider Museen auf den Standort in Wesel hin. Der Leiter beider Einrichtungen, Veit Veltzke, wirbt bereits mit der Idee, das Weseler Preußen-Museum in ein zentrales Niederrhein-Museum mit Artefakten aus der Römerzeit umzuwandeln. Laut Veltzke könnte das Museum dann rheinländische Geschichte „nicht als Provinzmuseum, sondern mit einer europäischen Dimension“ thematisieren. Nach seiner Vision müsste das Preußen-Museum allerdings umbenannt werden. Wenn dann noch der Standort Minden wegfällt, gäbe es in Nordrhein-Westfalen überhaupt keine Erinnerung an die preußische Geschichte mehr.

Dafür gibt es noch die Erinnerung an die ostpreußische Geschichte. Denn das kleine Samland-Museum, das auch in der Mindener „Defensions-Caserne“ untergebracht ist, wird hoffentlich noch lange bleiben. *Harald Tews*

MELDUNG

Zum Tod einer Kunstexpertin



Bild: OL Lüneburg

Starb mit 87 Jahren: Maja Ehlermann-Mollenhauer

Köln – Am 23. November starb mit Maja Ehlermann-Mollenhauer in ihrem Wohnort Mainz eine engagierte Ostpreußin, die sich unermüdlich für den künstlerischen Nachlass ihres Vaters, des Malers Ernst Mollenhauer, eingesetzt hat. Erst vor zwei Jahren stellte sie Werke ihres Vaters für eine große Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg zusammen. Die am 11. April 1925 in Nidden Geborene machte in Königsberg zunächst ihr Abitur und studierte nach 1945 in Göttingen und Mainz Kunstgeschichte und Literatur. Nach dem Tod ihres Vaters 1963 auf Sylt kümmerte sie sich um dessen Nachlass und sorgte als Vorsitzende des Vereins „Ännchen von Tharau“ für den Fortbestand ostpreußischer Dichtung. Zuletzt richtete sie im großväterlichen Haus „Hermann Blode“, der Keimzelle der Künstlerkolonie Nidden, eine Gedenkausstellung ein. Maja Ehlermann-Mollenhauer wird in Keitum auf Sylt neben ihrem Vater beigesetzt. *tws*

»Vater« des Soldatenkönigs

Starb vor 70 Jahren: Jochen Klepper setzte Friedrich Wilhelm I. ein literarisches Denkmal

Es war der gnadenlose Rassenwahn der NS-Zeit, der den Schriftsteller Jochen Klepper vor 70 Jahren am 11. Dezember 1942 in den Tod trieb. Der Autor des Romans „Der Vater“ über den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. war da noch keine 40 Jahre alt. Geboren am 22. März 1903 in Beuthen an der Oder als Sohn eines Pfarrers nahm er nach abgebrochenem Theologiestudium in Breslau eine redaktionelle Tätigkeit auf. 1931 heiratete er die Witwe Hanni Stein, die zwei Töchter mit in die Ehe brachte. Im selben Jahr siedelte die Familie nach Berlin über, wo Klepper ein Jahr später eine Stelle in der Hörspielabteilung des Berliner Funkhauses erhielt.

Da seine Frau Jüdin ist, wird er jedoch nach Hitlers Machtantritt im Juni 1933 wieder entlassen. Etwa zur gleichen Zeit erscheint mit „Der Kahn der fröhlichen Leute“ sein erster Roman. Schon bald setzt sich bei Klepper das Thema für einen neuen Roman fest: die dichterische Gestaltung Friedrich Wilhelms I. unter dem knappen, aber beziehungsreichen Titel „Der Vater“. Das Werk ist Biografie und Roman zugleich. Kleppers Darstellung des vielfach verkannten Preußenkönigs beruht auf profunder historischer Kenntnis. Der Autor ist bemüht, durch einfühlsame, emphatische Porträtierung dem Leser einen neuen Zugang zu der ambivalenten Persönlichkeit Friedrich Wilhelms zu verschaffen.

Klepper schildert ihn als einen Menschen, der nicht ohne Grund „Soldatenkönig“ genannt wurde und der doch einer der friedliebendsten Potentaten seiner Zeit war, da er sich fürchtete, seine mächtige Armee in einen vor Gott nicht verantwortbaren Angriffskrieg einzusetzen. Und der entgegen der damals üblichen prunkhaften Hofhaltung anderer absolutistischer Herrscher in äußerster Schlichtheit sein Leben ausrichtete; der bei seiner patriarchalischen Regierungsweise mit rigoroser Strenge seinen Willen durchsetze und doch in erster Linie nur seinem Land zu wirtschaftlicher Prosperität und zu einer von anderen kriegsbereiten Mächten respektierten Machtstellung verhelfen wollte; der bei aller Entschiedenheit seines Glaubens den verschiedenen Bekenntnissen gegenüber die größte Toleranz walten ließ; der sich im tiefen Bewusstsein eigener Sündhaftigkeit nur ganz allein auf Gottes Gnade zurückgeworfen sah und oft über Gottes Willen für sein Leben und die Verwaltung seines Königamtes grübelte; der – von seinen Zeitgenossen, ja von seiner eigenen Familie un- und missverstanden – sich unendlich einsam fühlte und sich doch nach Liebe und Verständnis so sehnte.

Das alles muss der selbst tief gläubige Klepper, der nach Martin Luther und Paul Gerhardt in evangelischen Gesangsbüchern als dritthäufigster Autor geistlicher Lieder vertreten ist, an dieser Gestalt fasziniert haben. Doch es kam wohl noch ein weiteres Motiv für die romanhafte Entfaltung seiner Königsbiographie hinzu. Gemeint ist die Darstellung des konfliktgeladenen Verhältnisses zweier unterschiedlich empfindender und veranlagter Menschen: auf der einen Seite der „Vater“ Friedrich Wilhelm I. und auf der anderen der Sohn Fritz, der nachmalige König Friedrich II. von Preußen. Man kann davon ausgehen, dass Klepper über das Schreiben des „Vater“-Romans das in seiner eigenen Biografie stattgefundene Konfliktverhältnis zu seinem eigenen Vater, der sich mit ihm überworfen hatte, literarisch verarbeiten wollte.

Das Vatermotiv hatte aber noch in einer anderen Hinsicht eine sehr prägende Bedeutung für Klepper: Das Bild von Gott als einem gütigen, fürsorglichen, aber gestrengen Vater hatte er tief verinnerlicht.

„Vater“-Autor Klepper. Rechts unten die Briefmarke der Deutschen Post zum 50. Todestag des Autors im Jahr 1992 Bilder: Archiv

Die Nachfrage nach dem Anfang 1937 herausgekommenen opulenten Werk war ungeheuerlich. Der – keineswegs nationalsozialistisch orientierte – Roman war seinerzeit, so der Literaturhistoriker Ernst Alker, „das große literarische Ereignis in der Zeit des Dritten Reiches“. Man sah in dem Buch „einen patriotischen Protest, der dem entfesselten Unrechtsstaat den Ordnungs- und Gerechtigkeitswillen Altpreußens gegenüberstellte. Man verstand es als entschiedenes Bekenntnis zu protestantisch-kirchlicher Gläubigkeit“.

Einen Monat nach Erscheinen des Buches wird Klepper wegen seiner „nichtarischen“ Ehe die Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer entzogen. Auf Grund einer Sondergenehmigung darf er jedoch weiter schreiben. Und auch sein „Vater“-Roman wird weiterhin verlegt. Denn der nationalsozialistische Staat stand dem Werk durchaus positiv gegenüber und sah es nicht ungern, dass es von auffallend vielen Offizieren und Soldaten gelesen wurde.

Gleichwohl nahmen für Jochen Klepper und die Seinen die Bedrängnisse im Verlauf der nächsten Jahre immer mehr zu. Zwar sollte der älteren Stieftochter Brigitte die Emigration nach England im Mai 1939 soeben noch glücken. Doch alle Versuche, auch noch für ihre Schwester Renate die Emigration zu erwirken, scheitern. Überdies gibt man Klepper zu verstehen, dass zukünftig auch seine Frau nicht mehr durch die Ehe mit ihm geschützt sei. Da somit die Deportation der beiden Frauen nur noch eine Frage der Zeit ist, entschließen sich die Drei zu einer Verzweiflungstat: Am 11. Dezember 1942 findet die Hausgehilfin sie leblos in der Wohnung, bei aufgedrehtem Gashahn.

Die Familie Klepper wurde auf dem Berliner Friedhof Nikolassee beigesetzt. Das Tagebuch Kleppers, in dem die Geschehnisse seines Lebens von 1933 an bis zu seinen letzten Tagen gewissenhaft und reflektierend niedergelegt sind, erschien postum unter dem Titel „Unter dem Schatten deiner Flügel“ erstmalig 1956 und hat seitdem viele Leser tief bewegt. *Matthias Hilbert*

Habe die Ehr’

Können Österreicher Deutsch sprechen?

Der „Sprachdienst“, die Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft für deutsche Sprache, hat ein Themenheft „Deutsch in Österreich und Deutschland“ herausgebracht, das unter anderem mit der vom Satiriker Karl Kraus eingeführten Mär aufräumt, „Deutsche und Österreicher haben alles gemeinsam, ausgenommen die Sprache“.

Das ist einer der Glanzpunkte des dicken Hefts, das mit Blick auf Sprach-Geschichte und -Theorie jedoch ziemlich dünn ist. Da wird fast ausschließlich über den differierenden Wortschatz räsoniert, wo sich Sprachen nur durch Wandel ihrer Strukturen differenzieren. Der Wortschatz ändert sich laufend, und heute die „österreichische Küchenterminologie“ als Beleg sprachlicher „Plurizentrik“ im „deutschländischen“ Sprachraum zu werten, erscheint krampfig-bemüht, auch wenn in einer Richtlinie der 23 EU-Amtssprachen die „Austriazismen aus der Lebensmittelterminologie“ dem Deutschen gleichgestellt werden.

»Hurdestanisch« hatte keine Chance

Es gab in den Nachkriegsjahren vom Unterrichtsminister Felix Hurdes (1901–1974) den Versuch, eine österreichische „Unterrichtssprache“ zu konstituieren. Die Österreicher sahen sich veralkt, weil sie nicht „Deutsch“, sondern „Unterricht“ sprechen sollten. Sie verlachten Hurdes „Österreichisches Wörterbuch“ und lasen dann doch lieber den Duden.

Der Spuk ging schnell vorüber, als der scharfzüngige Publizist Hans Weigel (1908–1991) Hurdes’ Neusprech als „Hurdestanisch“ verhöhnte. Da erinnerte man sich lieber an den deutschen Historiker Friedrich Meinecke (1862–1954), der schon 1908 klug zwischen „Staatsnationen“ und „Kulturnationen“ unterschieden hatte. Österreicher bilden eine Staatsnation, gehören aber sprachlich zur deutschen Kulturnation. Und wenn sie als „Willensnation“ (Ex-Präsident Thomas Klestil) die Austriazismen identitätsstärkend im deutschen Munde führen, dann – Gott mit ihnen!

„Paradeiser mit Obers“ (Tomaten mit Schlagsahne) hatte ein Hamburger Nachrichtenmagazin 1962 einen höhnischen Artikel über „österreichische“ Sprache überschrieben. Die Hamburger ärgerten sich über den „Sprachchauvinismus“ der „Donaustaatler“ und verabreichten denen sprachliche Watschen im Doppelpack. Im Grund schossen sie mit Kanonen auf Spatzen, denn kaum jemand folgte den Sprachberserkern bei ihrem Kampf gegen österreichische „Servilität“ und „nationale Würdelosigkeit“.

So grimmig konnte nur eine Minderheit sein, wo doch dem „Österreichischen“ zu eigen ist, „charmant, aber falsch“ zu sein – erläutert die Wiener Linguistin Jutta Ransmayr im brillantesten Heft-Beitrag. Wenn Deutschlektoren im Ausland ihre Schüler mit „jetzt kommt etwas Lustiges“ ködern, folgen meist Exkurse ins Österreichische, was zwar das Sprachansehen nicht fördert, aber doch die österreichische Identität. Sind „ich bin gestanden“, „vergessen auf“, „Marille“, „Faschiertes“, „Topfen“, „Karfiol“ eigentlich deutsch? Irgendwo schon. Darf man sie als Deutsch lernen? Lieber nicht. Soll man den österreichischen Akzent annehmen? Gott bewahre, das ist laut Ransmeyer „wirklich gefährlich“, denn damit droht „österreichische randsprachliche Schizophrenie“. *Wolf Oschlies*

Regent Bayerns in dessen »goldenem Zeitalter«

Prinz Luitpold regierte das Königreich mit 26 Jahren so lange wie kein anderer – Vor 100 Jahren ist er gestorben

Kein anderer Regent verkörpert bayerische Gemütlichkeit und die „gute alte Zeit“ in dem blau-weißen Flächenstaat, das sogenannte goldene Zeitalter Bayerns, so sehr wie Prinz Luitpold. Vor 100 Jahren ist er in der Hauptstadt München an einer schweren Bronchitis verstorben.

Dass mit Luitpold die genannten Assoziationen verbunden sind, hat sicherlich eine Reihe von Gründen, die zu einem großen Teil, aber nicht ausschließlich in seiner Person liegen. Seine Regierungszeit liegt fast vollständig in der wilhelminischen Ära. Sie war eine Zeit der Prosperität – und des Friedens. Denn während die wilhelminische Zeit im Ersten Weltkrieg endete, was die vielen Jahre des Friedens davor bis heute überschattet, endete Luitpolds Regentschaft 1912, ist also durch keine Kriegsjahre getrübt.

Als Regent eines Bundesstaates des Deutschen Reiches waren seine Möglichkeiten zumindest im Vergleich zu seinen Vorgängern eingeschränkt. Er konnte also weniger falsch machen – und damit auch für weniger verantwortlich gemacht werden.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem „Märchenkönig“ Ludwig II., der sich in der Tradition Ludwigs XIV. sah und dessen Gehabe als Sonnenkönig in einem diametralen Gegensatz zu seiner eingeschränkten Macht im Kaiserreich und im bürgerlichen Zeitalter stand, war Luitpolds präsidialer Regierungsstil angemessen. Dieser passte auch zu der Tatsache, dass der Prinzregent kein Monarch war, sondern nur ein Statthalter, des Königreich Bayerns Verweser, wie sein offizieller Titel lautete. Luitpold genügte das. Im Gegensatz zu seinem Sohn, dem späteren Ludwig III., griff er nicht nach der Krone, machte weder Ludwig II. noch dessen Bruder und Nachfolger Otto den Thron streitig. Selbst die Regentschaft hatte er nach Ludwigs II. Entmachtung nur widerwillig übernommen.

Den bayerischen Prinzen zierte die preußische Tugend der Bescheidenheit. So sehr er sich von Ludwig II. in Selbstverständnis und Selbstdarstellung unterschied, so unterschieden sich doch beide von Ludwig XIV. in ihrem Desinteresse an der Ausübung von Macht. Das Machtvakuum füllten Ministerium und Kabinett, so dass man Ludwig II. wie Luitpold für nur wenige politische Taten verantwortlich machen kann, sicherlich auch ein Grund für die Popularität beider. Bescheiden, wie Luitpold war, traf er politische Entscheidungen nach Möglichkeit nur nach Rücksprache mit Vertrauenspersonen seiner engsten Umgebung.

Wenn Prinzregent Luitpold auch ungern im politischen Rampenlicht stand, so stand er doch seinen Mann, denn neben Bescheidenheit war Pflichtbewusstsein eine weitere preußische Tugend, die ihm eigen war. So drückte er sich nicht vor der Regentschaft, auch wenn sie mit Anfeindungen verbunden war, denn sein entmachteter Neffe erfreute und erfreut sich bis heute in seinem Land breiter Beliebtheit.

Was die bayerische Gemütlichkeit angeht, so kommen bei Luitpold zu seiner Volkstümlichkeit, seiner Geselligkeit, seiner Leutseligkeit, seiner Natürlichkeit und seinem unaufgeregten, präsidialbescheidenen Regierungsstil noch der volle Rauschebart und die Tatsache hinzu, dass er trotz seiner langen Regierungszeit von Beginn an ein Regent im Großvateralter war. Als er 1886 die Regentschaft übernahm, war er bereits 65 Jahre alt.

Luitpold scheint ein richtiger Sympath gewesen zu sein. Das muss auch sein Vater so empfunden haben, denn Luitpold gilt als Lieblingssohn König Ludwig I. Am 12. März 1821 kam er in Würzburg zur Welt. Die Auswahl seiner Erzieher spiegelt die Handschrift des Vaters wider. Zu ihnen zählten neben einem Theologen, einem Nationalökonom und einem Juristen auch ein Naturphilosoph, ein Turner und Germanist, ein Philosoph aus dem Kreis um Joseph Görres sowie ein Maler. Wenn Luitpolds Kunstverständnis auch wie sein politisches Talent als begrenzt gilt, so sah er sich doch als Prinzregent in der Pflicht, das väterliche Erbe insoweit fortzuführen, als er wie dieser die Künste in seinem Lande förderte. Es spricht dabei für Luitpolds Toleranz und Bescheidenheit, dass er dabei seinen eigenen Geschmack nicht zum Maßstab machte.


Wie Jagd und Natur liebte er einen unprätentiösen Lebensstil: Luitpold (vorne) mit Jagdgefolge Bild: Archiv

Anders als sein Neffe Ludwig II., der bereits mit 18 Jahren den Thron bestieg, genoss Luitpold eine ordentliche militärische Ausbildung. Sie begann 1835. Im selben Jahr wurde er Hauptmann der Artillerie. In den folgenden 13 Jahren stieg er bis zum Generalleutnant auf. 1856 übernahm er das Kommando über eine Division. 1861 wurde er Feldzeugmeister bei der Armee-Inspektion. Am Deutschen Krieg von 1866 nahm er als Kommandeur der 3. Division teil. Im Anschluss an die Niederlage reorganisierte er, ab 1869 als Generalinspekteur, die bayerische Armee nach dem Vorbild der preußischen Sieger. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wurde er 1876 Generalfeldzeugmeister mit dem Rang eines Generalfeldmarschalls.

Im Krieg gegen Frankreich hatte er für Bayern im Großen Hauptquartier gesessen. Wie nun Ludwig II. hatte er zuvor auch schon dessen Vorgänger und Vater, seinen älteren Bruder Maximilian II. Joseph, bei offiziellen Anlässen vertreten. Insofern traf es Luitpold nicht völlig unvorbereitet, als er nach der Entmachtung seines Neffen 1886 Regent wurde. Ludwig II. hatte keine Kinder, sein einziger Bruder Otto Wilhelm Luitpold galt damals bereits als geisteskrank und Luitpolds ältere Brüder waren bereits tot. So wurde Luitpold die Aufgabe angetragen, die Geschicke Bayerns zu lenken. Der Tod Ludwigs II. änderte für Luitpold nichts an seinem Status. Otto Wilhelm Luitpold wurde neuer König und er selber übte fortan für jenen Neffen die Regentschaft aus.

Viele Urbayern empfanden Luitpolds Übernahme der Regentschaft als Verrat an Ludwig II. Dabei fühlte er sich diesen durchaus verbunden. Luitpold war nicht preußisch-kleindeutsch, sondern großdeutsch gesinnt. Mit Auguste Ferdinande hatte er sich 1844 eine Erzherzogin von Österreich zur Frau genommen. Die Entrüstung der katholischen Volksbewegung über die Behandlung Ludwigs II. und deren daraus resultierende Verweigerungshaltung trieb Luitpold jedoch in die Arme des preußenfreundlichen Nationalliberalismus. Liberal-konservative Regierungen prägten Luitpolds Regentschaft, so dass in dieser die Integration Bayerns in den kleindeutschen Nationalstaat ungeachtet seiner eigenen Weltanschauung voranschritt. Diese Regentschaft endete am 12. Dezember 1912 mit Luitpolds Tod.

> Luitpold ist auf seine Art legendär wie sein Neffe Ludwig II.

Es scheint paradox: Auf der einen Seite mit Luitpolds Vorgänger als Regent, Ludwig II., ein menschenscheuer, jugendlicher Märchenkönig mit dem Habitus eines Sonnenkönigs und auf der anderen Seite mit Luitpold ein leutseliger großväterlicher, volkstümlicher Staatsrepräsentant zum Anfassen – und trotz dieser Gegensätzlichkeit hat der eine wie der andere im Herzen seiner Bayern seinen festen Platz. *Manuel Ruoff*

Gründer des THW

Vor 50 Jahren starb Otto Lummitzsch

Das Technische Hilfswerk (THW) der Bundesrepublik hatte einen Vorläufer in der Zeit der Weimarer Republik, dessen Geschichte seinerseits auf die Novemberrevolution zurückging. Gründer beider Organisationen ist Otto Lummitzsch.

Der am 10. Februar 1886 in Leipzig-Plagwitz geborene Sohn eines schlesischen Rittergutsbesitzers wurde nach Schulbesuch und Studium Architekt und Bauingenieur. Im Ersten Weltkrieg diente er entsprechend Ausbildung und Beruf als Pionieroffizier.

Otto Lummitzsch Bild: THW

Nach der Kriegsniederlage und dem Ausbruch der Novemberrevolution gründete der Freikorpssoldat mit Unterstützung des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps, dem er angehörte, eine „Technische Abteilung“ (TA), die unter anderem bei wilden Streiks der radikalen Linken einsprang. Im Zuge der Demilitarisierung infolge des Versailler Diktates wurde Lummitzsch' TA in eine zivile „Technische Nothilfe“ (TN) im Zuständigkeitsbereich des Reichsinnenministers umgewandelt mit dem Schwerpunkt Zivil- und Katastrophenschutz.

1934 musste Lummitzsch die Leitung der TN abgeben, da er sich nicht von seiner halbjüdischen Ehefrau trennen wollte. Er nahm einen Direktorenposten bei AEG an. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ er sich ab 1948 beurlauben und machte sich mit einem Ingenieurbüro selbstständig. Im Krieg diente er als Hauptmann der Reserve beim Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im Oberkommando der Wehrmacht.

Da sich die junge Bundesrepublik wie die junge Weimarer Republik den Folgen eines verlorenen Krieges und der Bedrohung durch die Kommunisten ausgesetzt sah, wurde Lummitzsch' Vorschlag aufgegriffen, eine Neuauflage der von den Alliierten 1945 aufgelösten TN zu schaffen. 1950 beauftragte der Bundesinnenminister den vormaligen TN-Leiter mit dem Aufbau eines „Zivilen Ordnungsdienstes“, der 1953 als THW eine nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts wurde. 1955 gab Lummitzsch die Leitung des THW aus Altersgründen ab. Am 9. Dezember 1962 starb er in Bonn. *M.R.*

Erst der ICE war schneller

Vor 80 Jahren stellte der »Fliegende Hamburger« einen 64 Jahre ungebrochenen Rekord auf

Abermals waren die Deutschen Vorreiter einer Fahrzeuggeschichte: Vor 80 Jahren stellte der im Volksmund als „Fliegender Hamburger“ bekannte Schnelltriebwagen DR 877 den Geschwindigkeitsweltrekord bei Zugverbindungen auf, der 64 Jahre Bestand hatte.

Der von der Waggon- und Maschinenbau AG Görlitz im Auftrag der Deutschen Reichsbahn Gesellschaft (DRG) 1932 gebaute Dieseltriebwagen absolvierte am 19. Dezember jenes Jahres eine Probefahrt auf der ersten Fernschnellverbindung zwischen Hamburg und Berlin. Die vorgesehene Strecke vom Lehrter Bahnhof zum Hamburger Hauptbahnhof war 286 Kilometer lang und wurde vom „Fliegenden Hamburger“ in der Rekordzeit von nur 141 Minuten mit einer Höchstgeschwindigkeit von 175 Kilometern pro Stunde bewältigt. Die damals schnellste Dampflokomotive benötigte für dieselbe Strecke über eine halbe Stunde länger. Ansporn für diese Zeitersparnis war die zusehends steigende Konkurrenz der Reichsbahn durch immer leistungsstärkere Personenkraftwagen und den aufkommenden Luftverkehr. Mit der Einführung der „fliegenden Züge“ sollte mit dem steigenden Mobilitäts- und Geschwindigkeitsniveau mitgehalten werden.

Erforderlich waren für ein solches Ziel natürlich Leistungsveränderungen gegenüber den herkömmlichen Zügen jener Zeit. So hatte der DR 877 beispielsweise als erster Zug eine Stromlinienform, um den Luftwiderstand zu reduzieren. Auch war der dieselelektrische Antrieb eine Neuheit, der mittels Dieselöl hergestellter elektrischer Energie funktionierte. Er war unkompliziert in der Herstellung und kaum störanfällig, sorgte außerdem zusammen mit einer Druckluftbremse für schnelles und vor allen Dingen gleichmäßiges Bremsen. Es war ebenso eine Sicherheitsfahrschaltung eingebaut, die mit der Bremse verbunden war und im Falle einer plötzlich auftretenden Fahruntüchtigkeit des Zugführers den Zug automatisch zum Stehen brachte.

Obwohl der „Fliegende Hamburger“ bei der Probefahrt unter Beweis gestellt hatte, dass er mit seinen zwei Motoren à 410 PS durchaus in der Lage war, Geschwindigkeiten von bis zu 175 Kilometern pro Stunde zu erreichen, wurde bei seiner Inbetriebnahme im Mai 1933 eine Höchstgeschwindigkeit von 160 Stundenkilometern festgelegt. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges fuhr er regulär als Schnelltriebwagen zur Personenbeförderung. Seinem Beispiel folgend, wurden viele ähnliche Züge gebaut, denen er als Prototyp diente. Noch heute nennt man den „Fliegenden Hamburger“ den „Urahnen“ der ICEs wegen der äußeren und technischen Ähnlichkeiten.



Schnelltriebwagen DR 877: Besser bekannt als „Fliegender Hamburger“ Bild: Archiv

Nach dem Krieg wurde der Triebwagen zunächst unter französischer Besatzung wieder als Reisezug eingesetzt und ging 1949 in die Hände der Deutschen Bundesbahn über. Dort wurde er noch etwas modernisiert, um aber 1957 nach nicht einmal zehn Jahren ausgemustert zu werden. Zwar wurden die Züge seitdem technisch immer weiter modernisiert, den Rekord des „Fliegenden Hamburgers“ zu brechen gelang aber erst 1997 einem ICE – 64 Jahre nach der Rekordfahrt. Bis heute gilt der „Fliegende Hamburger“ als Meilenstein in der Entwicklung des weltweiten Zugverkehrs.

Heute ist das vordere Viertel des Zuges im Verkehrsmuseum in Nürnberg ausgestellt. Der aus den zwei voneinander unabhängigen Teilen „a“ und „b“ bestehende Zug wurde an der Kupplungsstelle halbiert und der „a“-Waggon sollte ursprünglich komplett im Nürnberger Verkehrsmuseum ausgestellt werden. Da dieser aber immer noch zu groß für die Museumsräume war, wurde er geteilt und nur die Hälfte mit der Fahrerkabine ausgestellt. Die restlichen drei Viertel des Zuges wurden mangels möglicher Verwendungszwecke verschrottet. *Melinda Heitmann*

Was der Vater plante, realisierte der Sohn

Friedrich II. setzte die Einwanderungspolitik seiner Vorgänger fort – Mithilfe von Kolonisten legte er den Oderbruch trocken

Pest und Kriege hatten bis ins 18. Jahrhundert hinein ganze Landstriche entvölkert. Die Preußenherrscher erkannten, dass Menschen den wahre Reichtum eines Staates darstellen und holten Hunderttausende Kolonisten in ihren Staat.

Der preußische Werber brauchte nicht lange seine Trommel zu rühren. Schnell war der Fremde in den Dörfern der Pfalz von Menschen umringt. Es waren armselige Gestalten, von Hunger, schwerer Arbeit und Krankheiten gezeichnet. Sie konnten kaum glauben, was der preußische Werber ihnen sagte. Friedrich der Große, seit sechs Jahren preußischer König, lud Bauern und Handwerker ein, in sein Land überzusiedeln. Es war ein verführerisches Angebot, das Friedrich durch seine

Umleitung der Oder brachte 32 000 Hektar fruchtbares Land

Werber auch den Menschen in Sachsen, Böhmen, Franken und Polen machen ließ. Sie sollten kostenlos Land, Vieh und Wohnhäuser in neu gegründeten Dörfern erhalten.

In der Pfalz packten besonders viele Familien ihre Habseligkeiten zusammen und machten sich auf den Weg nach Berlin. Unterdrükkung, unfähige Herrscher und Missernten hatten sie in bitterste Armut getrieben. Sie sehnten sich nach dem besseren Leben, das der König ihnen versprach. Ein Treck mit 420 Auswanderern kam im Sommer 1747 in Berlin an. Von dort aus ging es auf Kähnen über Spree, Finowkanal und Oder weiter nach Altdamm in Pommern.

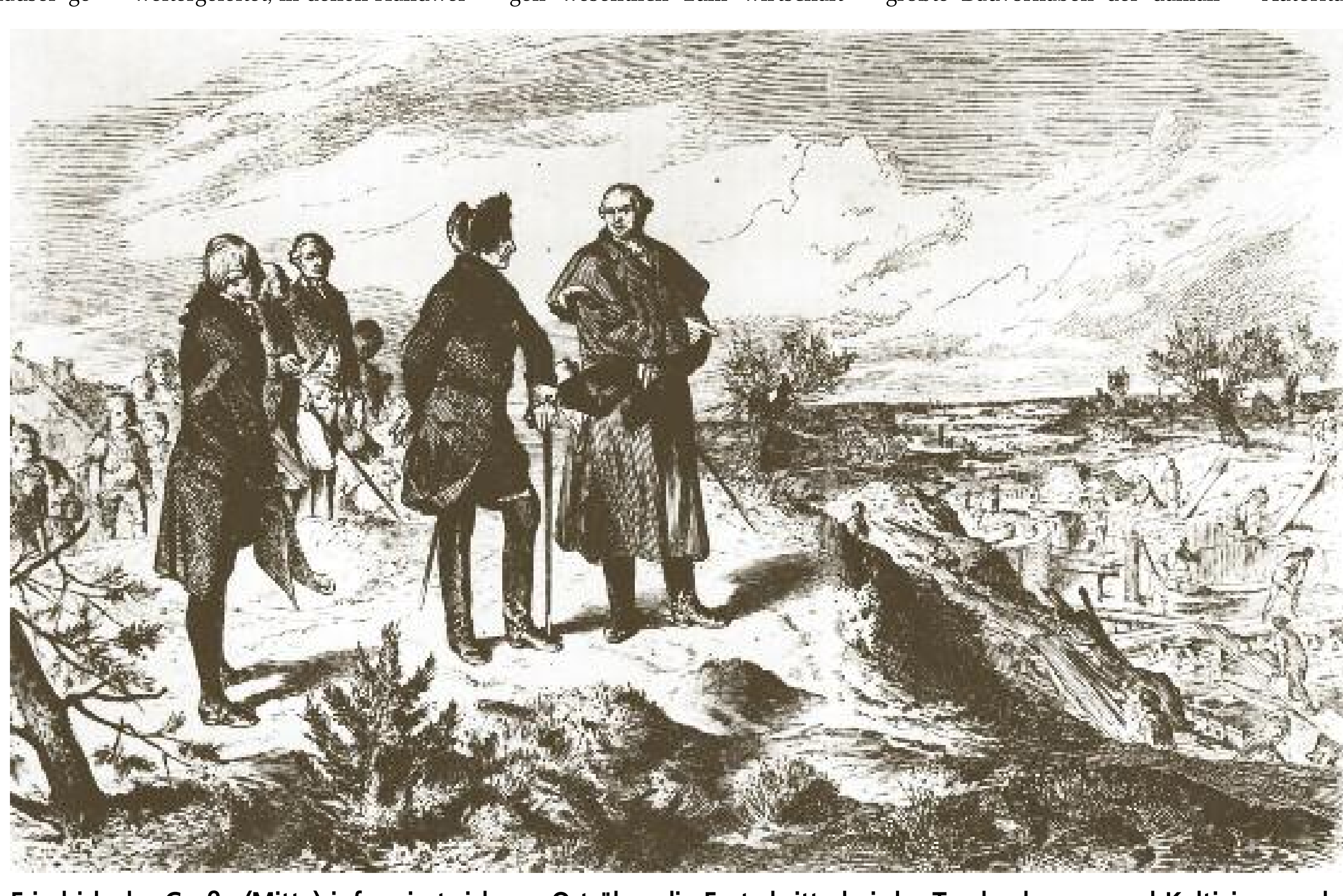
Die erste Zeit war für die Kolonisten so hart, dass viele ihren Entschluss bereuten. Statt des erwarteten Paradieses fanden sie eine Wildnis vor. Die Schwerstarbeit bei der Urbarmachung des Bodens, die Unterkunft in provisorischen Hütten und die geringe Entlohnung führten zu einem Aufruhr unter den Pfälzern. Erst nachdem zwei Delegierte der Kolonisten in Berlin bessere Bedingungen zugesichert bekommen hatten, kehrte Ruhe ein. Es dauerte drei Jahre, bis die Häuser gebaut und Felder bestellt waren. Um Streit bei der Landvergabe zu vermeiden, wurden die „Wirtschaften“ per Losverfahren zugeteilt.

Brandenburg und Preußen hatten eine lange Tradition als Zuwanderungsländer. Ab 1670 kamen die ersten „Refugiés“ nach Berlin, Hugenotten, die wegen ihres protestantischen Glaubens in Frankreich grausam verfolgt worden waren. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688) empfing sie mit offenen Armen. Es waren meist gebildete, wohlhabende Franzosen, die sich als Beamte und Offiziere schnell in ihrer neuen Heimat etablierten. Für die „Peuplierung“ seines im Dreißigjährigen Krieg verwüsteten Landes brauchte Friedrich Wilhelm auch Handwerker und Kaufleute. Mit dem Edikt von Potsdam sicherte er den Hugenotten Religionsfreiheit, Steuerbefreiungen und Subventionen sowie die Mitgliedschaft in den Zünften zu. Die Gewährung der Religionsfreiheit war revolutionär. In anderen Ländern galt der Grundsatz „cuius regio, eius religio“ – „wes' Land, des' Religion“. Friedrich der Große formulierte diese tolerante Haltung der preußischen Herrscher in seinem berühmten Satz: „Alle Religionen seindt gleich und guht, wan nuhr die leute, so sie profesieren, Erlige leute seindt ...“

Der Exodus der Hugenotten war gut organisiert. Sie wurden in Amsterdam, Frankfurt am Main und in Hamburg in Lagern gesammelt und in die Orte rund um Berlin weitergeleitet, in denen Handwerker und Kaufleute am meisten fehlten. Von den 50 000 Hugenotten, die nach Deutschland flüchteten, kamen allein 20 000 dorthin. Sie ließen sich in den neu gegründeten Stadtteilen Dorotheenstadt und Friedrichstadt nieder. Willkommen waren sie den Einheimischen nicht. Die alteingesessenen Handwerker und Kaufleute neideten ihnen die „Wohltaten“ der Obrigkeit. Zünfte weigerten sich, sie aufzunehmen. Da die Neuankömmlinge oft nicht mehr mitgebracht hatten, als sie auf dem Leibe trugen, ordnete Friedrich Wilhelm eine freiwillige Kollekte an, die er wegen des mangelnden Erfolgs später in eine Zwangsabgabe umwandelte. Die gut ausgebildeten und tüchtigen Hugenotten trugen wesentlich zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung Brandenburgs und Preußens bei. Um 1700 war jeder fünfte Bewohner Berlins ein Hugenotte.

Die Nachfolger des Großen Kurfürsten setzten seine Bevölkerungspolitik fort. Sie siedelten in Ostpreußen und Brandenburg Kolonisten aus der Schweiz, Nassau, Salzburg und der Pfalz an. Im Rhin- und Warthebruch wurden Entwässerungsgräben angelegt und Dörfer gebaut.

Zu dem Vermächtnis Friedrich Wilhelm I. an den Sohn gehörten die Pläne für die Trockenlegung des Oderbruchs. Friedrich machte sich 1747 an die Verwirklichung dieses Mammutprojekts, das mit Kosten von 600 000 Talern das größte Bauvorhaben der damaligen Zeit war. Nach Berechnungen des Schweizer Mathematikers Leonard Euler und unter der Leitung des holländischen Wasserbauingenieurs Simon von Haarlem begannen 1747 die kulturtechnischen Maßnahmen zur Werterhöhung des Bodens, die sogenannte Melioration, im Oderbruch. 1600 Arbeiter bauten in sechs Jahren einen 19 Kilometer langen, von Deichen eingefassten Kanal. Der Flusslauf der Oder verkürzte sich dadurch um 25 Kilometer. Ein ausgeklügeltes System von Entwässerungsgräben legte das Sumpfgebiet trocken.



Friedrich der Große (Mitte) informiert sich vor Ort über die Fortschritte bei der Trockenlegung und Kultivierung des Oderbruchs: Holzstich nach einer Zeichnung von Ludwig Burger (1825–1884) Bild: akg

Zeitgenössische Stiche zeigen den Alten Fritz bei der Besichtigung des ausgeschachteten Kanals. Es brauchte seine ganze Autorität und eine harte Hand, um die Arbeiten in Gang zu halten. Malaria und der Widerstand der Einheimischen, der mit Waffengewalt erstickt wurde, behinderten den zügigen Weiterbau, aber am 2. Juli 1753 war das kühne Werk vollendet. Mit der Umleitung der Oder gewann Preußen über 32 000 Hektar fruchtbares Ackerland.

Bis 1773 entstanden 33 neue Dörfer. Wie in dem Vertrag von Wuschewier sicherte der Alte Fritz allen Kolonisten Steuerleichterungen und eine Beschränkung der Dienstpflicht auf nur etwa ein Zehntel der üblichen Dienstleistungen zu. In dem Vertrag heißt es:

„Wegen dieses von dem Annehmer selbst zu errichtenden Baues und der rohdung werden demselben Acht Frey Jahre dergestalt bewilligt, daß er bis den letzten Juni 1765 von dieser Nutzung nichts entrichten dürfe.“

Während viele Menschen auf dem Lande noch als Leibeigene oder Erbuntertänige für ihre Gutsherren schuften mussten, waren die Kolonisten unabhängige Bauern. Bis zum Tod Friedrichs des Großen hatte Preußen 300 000 Einwohner hinzugewonnen.

Klaus J. Groth

Mann der Reserve

Eitel Friedrich von Preußen war der älteste Bruder des letzten deutschen und preußischen Kronprinzen, der ihn um fast ein Jahrzehnt überlebte. Wie im preußischen Herrscherhaus üblich, absolvierte der am 7. Juli 1883 im Potsdamer Marmorpalais geborene Junge eine militärische Ausbildung, was wohl seinem Naturell entgegen kam. Im Ersten Weltkrieg stach er durch Tapferkeit hervor. Er wurde mit beiden Klassen des Eisernen Kreuzes und mit dem Orden Pour le Mérite einschließlich Eichenlaub ausgezeichnet.



Kriegsende und Novemberrevolution ließen ihn kurz aus dem Schatten des Kronprinzen hervortreten. Als Vater und Bruder ins niederländische Exil gingen, wurde er das ranghöchste Mitglied des Hauses Hohenzollern in der Heimat. Wie andere Prinzen traf ihn das Ende der Monarchie schwer. In der Weimarer Zeit engagierte er sich noch in nationalen und monarchistischen Organisationen, in der NS-Zeit zog er sich ganz ins Privatleben zurück.

Auch dort ist ihm Kummer nicht erspart geblieben. 1926 hatte ihn nach zwei Jahrzehnten Ehe Sophie Charlotte von Oldenburg verlassen. Ohne Kinder zu hinterlassen, verstarb er am 8. Dezember 1942 in seiner Potsdamer Villa Ingenheim.

M.R.

Nicht nur Kanonen, sondern auch Butter

Friedrich II. führte nicht nur Kriege, sondern förderte auch die Viehwirtschaft mit Erfolg

Kühe galten im 18. Jahrhundert nicht nur als wichtige Fleischlieferanten. Durch die Milchproduktion sowie den Käse und die Butter, die daraus hergestellt wurden, trug die Rinderzucht in erheblichem Maße zu einer einigermaßen ausgewogenen Ernährung mit Eiweißen in den Städten bei. Auch waren die bei jeder Schlachtung anfallenden Häute und Hörner wichtige Rohstoffe für die Handwerker jener Zeiten.

Als Friedrich der Große am 4. Mai 1765 sein „Reglement wegen Verbesserung der Rindviehzucht“ erließ, hatte er dabei vor allem die Veredelung und die Vereinheitlichung des vorhandenen Tierbestandes im Auge. Oft unterschieden sich die Rinder in Preußen in der Größe und dem Gewicht sowie in ihrer Milchleistung ganz erheblich. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Sitte, die Bullen frei unter den Kühen auf der Weide umherlaufen zu lassen, so dass eine regellose, unkontrollierte Befruchtung durch oftmals als unpassend empfundene Bullen erfolgte.

Das königliche Edikt stellte zwecks Abstellung jener Gewohnheit fest: „Das freie Umherlaufen der Bullen ist verboten bei Strafe der Konfiskation des betreffenden Bullen zum Besten der Gemeinde. Es sollen keine anderen Bullen als solche der besten Rasse oder Art gehalten werden. Zum Springen sind nur die Bullen zugelassen, welche von den Schöffen und zweien von den Deputierten des Amts unter Konkurrenz des Hauptpächters und des Steuereinnehmers jährlich zu Martini ausgesucht und dazu markiert werden.“ Je nach Größe des Dorfes waren dazu ein, zwei oder mehr Bullen nach dem Markieren beständig im Stalle zu verwahren. Dem Eigentümer des als besten Bullen anerkannten Tieres war zur Prämierung ein Goldstück, ein sogenannter „Friedrichsdor“, auszuhändigen. Alle bei der Zuchtbullenauswahl Beteiligten hatten bezüglich ihrer Unparteilichkeit an Eidesstatt zu geloben, nur nach bestem Wissen und Gewissen, keinesfalls aber aus Feindschaft oder Freundschaft das beste Tier auszuwählen.

»Das freie Umherlaufen der Bullen ist verboten«

Nachdem die Frage der Aufkreuzung mit dem besten Erbmaterial einigermaßen geklärt war – unter anderem hatte man für die königlichen Domänen auch gutes Zuchtvieh aus Ostfriesland beschafft –, bemühte sich der König, die Zahl der Kühe in Preußen schnellstmöglich zu vermehren. Es wurden zu Friedrichs Zeiten ausgedehnte Bodenverbesserungen, sogenannte Meliorationen, vorgenommen und viele früher unbrauchbare Bruch- und Sumpfgebiete landwirtschaftlicher Nutzung zugeführt. Auf den nunmehr trockengelegten Wiesen der Kur- und Neumark sowie im neu hinzugewonnenen Westpreußen konnten jetzt Tausende Kühe mehr als früher grasen.

Damit es zu diesen Tausenden zusätzlichen Kühen auch kam, subventionierte Friedrich der Große den Kauf von Rindern durch sozial schwache Landbewohner. So erhielt nach dem Abschluss der Meliorationsarbeiten nahe der Dörfer Fahrland und Marquard bei Potsdam die ärmere Bevölkerung den dritten Teil der anzuschaffenden Kühe geschenkt. Damit „in dem trocken gemachten Schmolsin'schen und Cammin'schen Bruche an 3400 Kühe gehalten werden können“, wies der König 1781 den pommerschen Kammerpräsidenten an, seinen Untertanen gleichfalls den dritten Teil dieser Kühe zu schenken. Um sicherzustellen, dass die Bauern die Subventionen nicht zweckentfremdeten, bekamen sie das Geld für diesen dritten Teil nicht im Vorwege, sondern rückerstattet. Auch mussten sie sich verpflichten, in den folgenden drei Jahren die Zahl ihrer Kühe von dem geschenkten Anfangsdrittel auf die komplette Zahl aufzustocken. Dass die Bauern sich ihre Kühe selbst kauften und anschließend das Geld vom Staat ersetzt hielten, hielt Friedrich der Große für viel besser als die unentgeltliche Lieferung von Vieh seitens das Staates und

Die Rinder sollten besser, mehr und gleicher werden

schrieb dazu: „Das Letztere halte ich überhaupt für viel besser; denn der Bauer, der eine Kuh bekommen soll, wird sich schon bemühen, sich ein gutes Stück anzuschaffen, das der Weide und des Futters bei ihm gewohnt ist; weil sein eigener Nutzen es erfordert. Daher meine Intention dahin gehet, dass durchgehends, wo Ich den Untertanen Vieh schenke, sie sich solches allezeit selbst aussuchen und ankaufen und (dann erst) das dazu ausgesetzte Geld erhalten sollen; welches bis dahin bei den Beamten oder sonst (irgendwo) niedergelegt werden kann.“

Selbst um die ordnungsgemäße Fütterung des Rindviehs sorgte sich der König. Er propagierte in Preußen den Anbau von Klee, das „Lauffütterung“ genannte „Brühen“ des Futters, die erweiterte Stallfütterung und das „Salzlecken“ an Steinsalz.

Als ein tatkräftiges Kind der Aufklärung versuchte Friedrich auch den periodisch grassierenden Viehseuchen entgegenzuwirken. Beim Auftreten von Viehkrankheiten in Nachbarstaaten beziehungsweise -territorien wurden alle Viehbesitzer gewarnt sowie strenge Quarantänemaßnahmen ergriffen. Der König lobte die beträchtliche Prämie von 1000 Dukaten für denjenigen aus, der ein wirklich wirksames Mittel gegen die Viehseuchen erfinden könne. Da sich kein Erfinder fand, ordnete Friedrich für die durch die Rinderpest besonders gefährdete Provinz Schlesien mit einem Reglement vom 23. Dezember 1765 eine „Assekuranz“ (Versicherung) gegen die Rinderseuche an und empfahl diese Einrichtung zugleich allen anderen preußischen Provinzen.

Die Erfolge seiner volkswirtschaftlich effizienten Tätigkeit konnte Friedrich der Große an der sinkenden Buttereinfuhr in Preußen messen. Während allein die Kurmark um 1755 jährlich etwa 270 000 Taler für die Einfuhr von Butter und Käse verausgaben musste, sanken diese Ausgaben über 188 451 Taler 1777/78 auf 146 000 Taler im Jahre 1780. Innerhalb von nur 25 Jahren war das mit 46 Prozent eine Reduzierung um fast die Hälfte.

Jürgen W. Schmidt

Meinungsterror legt sich über das Land

Zu: „Massive Wahrnehmungsstörungen“ (Nr. 47)

Wenn wir uns die Parteienlandschaft ansehen und die Inhalte vergleichen, sehen wir nur noch einen zähen gleichschmeckenden Einheitsbrei. All die sogenannten demokratischen Parteien haben sich nur eines zum Ziel gesetzt, die arbeitsamen, ehrlichen und wertebewussten Menschen mehr und mehr auszusaugen und zu willenlosen Zombies umzuerziehen. Alle schreien nach sozialer Gerechtigkeit, aber alle ihre Maßnahmen und Gesetze lassen uns immer mehr ausbluten und verarmen. Kinder, die zu Hause in der Familie erzogen werden, können nach neuer Ideologie nur noch Dummköpfe werden.

Wenn wir aber auf unsere ganze Geschichte zurückblicken, dann sind die großen Firmengründer, Schriftsteller, Musiker, Wissenschaftler, Philosophen, Nobelpreisträger und so weiter alle nicht in Krippen, Horten, Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen großgeworden, nein, sie wurden in ihren Familien großgezogen und wurden dort geprägt.

Heute will der Staat ab dem Säuglingsalter seine neuen Bürger in seinem Sinne formen, das Elternhaus ist nur noch Schlafstätte. Warum nicht gleich die Kinder unmittelbar nach der Geburt in staatliche Heime abgeben, dann kann die Mutti schaffen, Steuergelder abliefern und meint dann noch, dass sie ein tolles, selbstbestimmtes Leben führt.

Will denn niemand mehr merken, dass wir in unserem Denken nur noch manipuliert und fremdgesteuert sind? In so gut wie jeder Zeitung, in jeder Nachrichtensendung, jedem Talk, jedem Magazin wird nur noch die Gutmenschensoße über uns Bürger gekippt. Wer dies kritisiert, wird sofort in eine rechtsextreme Ecke gestellt, als Nazi, Rassist und Revanchist beschimpft und ausgegrenzt. Ein Meinungsterror übelster Art hat sich über das Land gelegt und kaum jemand will oder kann das noch wahrnehmen. Unser Land blutet aus und Wirtschaftsflüchtlinge, die unsere Sozialsysteme aussaugen, werden als Heilsbringer gefeiert.

Die gesamte Zunft von CDUSPDGRÜNLINKS könnte sich problemlos als neue deutsche Einheitspartei zusammenschließen, nichts würde sich ändern. Ich für meine Wenigkeit habe es auf die einfache Formel gebracht: Wer radikal betrogen, belogen, gequält, ausgenutzt und gegängelt wird, der muss radikal wählen. Bei der Wahl zu Hause bleiben hilft gar nichts, nur die radikale Variante vermag diese unsere „Quälixe“ vielleicht noch aufzuwecken. **Peter Schumacher, Melsungen**

Presse wird freiheitsmüde

Zu: „Zeitungstod“ (Nr. 47)

Man kann nur hoffen, dass noch mehr Tageszeitungen eingehen. Die Presse, die einstmals erst die Reformation ermöglichte und die sich zum Ausdruck bürgerlicher Selbstbehauptung entwickelte, scheint in ihrem Kampf um Freiheit müde geworden zu sein. Ihre Hauptaufgaben waren die offene politische Diskussion, die kulturelle Teilhabe und die aktuelle regionale Information. Nichts von dem erfüllt sie mehr.

Im politischen Teil bietet sie geschwätzige Beweise bürgerfernen Schablonendenkens. Kulturell sind Essays, Fortsetzungsromane, historische Reminiszenzen an die Zeit vor 1933, gelegentliche Gedichte und eine Sprachkultur im journalistischen Ausdruck längst entsorgt. Die Grundtendenz ist negativ-nörgelig, mutlos, ohne intellektuellen Anreiz und ohne die Spur eines Lächelns. Wer braucht eine solche glattgebügelte Version, die Informationslücken mit Fotos von Fernsehsternchen füllt?

Wir haben es mit einer modernen Form von Pressezensur zu tun, einer Zensur, die im Unterschied zum klassischen Freiheitskampf der Presse gegen die Obrigkeit diesmal von bürgerfeindlichen Verlegern und Redakteuren selbst stammt. **Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin**

Kampf fällt aus

Zu: „Ein exemplarischer Fall“ (Nr. 45)

So, der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit ruft die Berliner zum „Kampf gegen Gewalt“ auf. Wowereit hat nichts verstanden! Hierzulande gibt es ein Gewaltmonopol, das allein der Staat auszuüben hat. Er selbst hat dafür zu sorgen, dass solche Taten verhindert, zumindest aber konsequent verfolgt und bestraft werden. Alle Appelle sind nichts anderes als ein Armutszeugnis.

Und überhaupt: Wie soll ich mich denn am „Kampf gegen Gewalt“ beteiligen? Eine Bewaffnung der „Anständigen“ ist ja wohl offenbar nicht gewollt – oder jetzt auf einmal doch? Denn wie sonst der „Kampf gegen Gewalt“ endet, kann Kaze C., der Freund des Berliner Gewaltopfers, jedem berichten, auch Wowereit. Ich stelle daher fest: Wowereit ist der falsche Mann auf dem falschen Posten zur falschen Zeit. **Jochen Reimar, Osnabrück**



Würde sich am liebsten verstecken: Angela Merkel muss mit dem Vorwurf leben, die Interessen des Volkes nicht mehr richtig im Blick zu haben Bild: Oliver Lang/dapd

Helden sind ausgestorbene Spezies

Zu: „Helden“ (Nr. 46)

Der Volkstrauertag wurde auf Vorschlag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zum Gedenken an die gefallenen Soldaten Mitte der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts eingeführt, von den Nazis zum Heldengedenktag umfunktioniert und dann nach dem Zweiten Weltkrieg wieder etabliert. Herrn Heitmanns Definition von „Helden“ – ähnlich derjenigen im Brockhaus – in der *PAZ* sowie sein Bezug auf Ernst Jünger in allen Ehren.

Ich darf mich glücklich schätzen, dass meine Dienstzeit bei der 1. (Ostpreußischen) Infanterie-Division vom Februar 1940 bis zu meiner fünften und letzten Verwundung im November 1944 mich mit Angehörigen aller kämpfenden Einheiten der Division zusammenführte. Ob 1er, 22er, 43er Pioniere, ob vorgeschobene Beobachter der Artillerie, Mannschaften, Unteroffiziere oder Offiziere – keinem bin ich begegnet, der sich selbst oder Kameraden, auch nicht nach Ihrem Tode, als Held gesehen oder bezeichnet hätte. Ich glaube, bei anderen Verbänden des Heeres war es nicht anders. In ferner Zukunft mögen herausragende Männer unserer Division wie Oberfeldwebel Matern, Theo Tolsdorff, „Papa“ Scheidies und andere derartige Soldaten des Heeres (zum Beispiel Franz Bäke, Graf Strachwitz), der Marine (zum Beispiel Prien, Kretschmer), der Luftwaffe (zum Beispiel Barkhorn, Mölders) in den Annalen deutscher Geschichte genannt werden wie Siegfried in der Nibelungensage oder Hermann der Cherusker.

In unserer Zeit sollte man die Helden bei den Titelrollen von Theaterstücken, Fernsehfilmen und Literaturprodukten belassen sowie vielleicht der gerade verstrichenen Sowjetzeit, in der es neben Helden der Sowjetunion sogar Helden der Arbeit gab. **Hans-Henning Plock, Kittlitz**

Viel Kulturrabatt

Zu: „Berlin, Totschlägerplatz“ (Nr. 43)

Der größte Skandal ist, dass es keine Gleichheit vor dem Gesetz gibt. Als vor ein paar Jahren ein angetrunkener, pöbelnder Afghane von einem Deutschen niedergeschlagen wurde, wurde dieser binnen weniger Stunden mit Sack über dem Kopf dem Bundesrichter per Helikopter zugeführt und saß trotz entlastender Beweise wochenlang ein. Die Mörder von Jonny K. laufen jedoch noch immer frei herum. Der gutmenschliche Kulturrabatt, der „südländischen“ Tätern von der Justiz zum Schaden des deutschen Volkes entgegen der „Gleichheit vor dem Gesetz“ beigemessen wird, dürfte langsam aufgebraucht sein. **Gernot Schmidt, Wilnsdorf**

Politik verliert die aus den Augen, die Wohlstand erarbeitet haben

Zu: „Wenn die CDU ‚modern‘ sein will“ (Nr. 47)

Im Artikel heißt es: „Auch die übrigen Bewerber um Vorstandsämter erhielten schwache Ergebnisse.“ Die Bewerber scheinen nicht zu erkennen, worum es geht und dass die Gutmensch-Politik grundsätzlich nicht der Wille der überwiegenden Bevölkerung ist.

Noch gibt es das Volk, welches in der Mehrheit deutsch ist und mit dessen Stimmen sie gewählt werden wollen. Ebenso ist es illusorisch zu glauben, aus dem linksgerichteten Bereich Stimmen herauszulösen. Das dort angesiedelte Wählerpotenzial ist fest bei den Linken, Grünen und der SPD eingebunden. Bei dem Geschwafel über die Zustände bei der Aufnahme und der Unterbringung der „Asylbewerber“ sowie einem wohlhabenden Land Brandenburg gewinnt man den Eindruck, sie glauben, es lebe die gesamte deutsche Bevölkerung Brandenburgs im Überfluss und die sogenannten Asylbewerber müssten mindestens ebenso an diesem „Wohlstand“ teilhaben.

Leider wird nicht erkannt, dass der vermeintliche Wohlstand von der ursprünglichen Bevölkerung erarbeitet beziehungsweise dieser abgepresst wird. Ebenso scheint man den Asylbewerberstatus nicht zu kennen. Asylbewerber besitzen kein Bleiberecht. Dies bedarf erst einer eingehenden Prüfung. Das bedeutet, dass sie grundsätzlich vorübergehend aufgenommen sind. Warum sollen diese Asylbewerber bei diesem Anwesenheitsstatus von den Vorteilen des vermeintlich wohlhabenden Brandenburg profitieren? Diese geforderte „über Gebühr“ gute Unterbringung und Versorgung führt nur dazu, dass die Personen beziehungsweise Familien nach Ablehnung und Rückführung schnellstmöglich erneut um Asyl bitten und dies eventuell gerichtlich auf Kosten der Steuerzahler durchzusetzen.

Außerdem sollte man sich dessen bewusst sein, dass der größte Teil dieser Asylbewerber in die „soziale Hängematte“ einwandern will. Nur ein verschwindend geringer Teil wird irgendwann zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen fähig sein. Dies liegt an mangelnden Sprachkenntnissen und an der nicht erlernten Fähigkeit, durchgehend zu arbeiten, sowie letztlich an der fachlichen Qualifikation. Das heißt, wer in seinem Heimatland niemals richtig gearbeitet hat, wird es hier auch nicht tun. Insbesondere, wenn man erkannt hat, dass man bereits mit Nichtstun wesentlich besser lebt als in der Heimat.

Dagegen sollte man sich Gedanken darüber machen, was mit diesem unfähigen Erwerbspotenzial in der sich bereits abzeichnenden Rezession erfolgt. Im Klartext bedeutet dies, dass man das Land und seine arbeitende Bevölkerung zusätzlich belastet und lediglich große soziale Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Somit sollten die Politiker der CDU, sofern sie sich tatsächlich zum Wohle des Volkes einsetzen wollen, sich Gedanken über die weitere Zukunft ihres Landes machen. Ansonsten ist es nur gerecht und richtig, wenn sie weiterhin Stimmenverluste hinnehmen müssen. **Horst Vajen, Kärla vald, Estland**

Wenig Ehrung

Zu: „Zu: „Dichterfürst der Armen“ (Nr. 45)

Die Museumsleitungen von Agnetendorf und Schreiberhau würdigten an diesem Tage in der Villa Wiesenstein das Gerhart-Hauptmann-Jubiläum mit dem feierlichen Abschluss des Wettbewerbes der Übersetzung des Hauptmann-Gedichtes „Das Riesengebirge“ ins Polnische. Eine Ehrung vor Ort durch offizielle Vertreter Deutschlands war nicht zu erkennen. Herzlichen Dank der *PAZ*, die neben der Tagespolitik mit Veröffentlichungen zur Geschichte, Kultur und Kunst nicht nur wertvolles Wissen vermittelt und in Erinnerung bringt, sondern vielmehr dadurch zur Beschäftigung mit unserem Erbe als Verpflichtung anregt. **Ulrich Kaiser, Gößnitz**

TV sieht rot

Zu: „Teurer journalistischer Einheitsbrei“ (Nr. 44)

Es ist für mich immer ein großes Ärgernis, wenn im öffentlich-rechtlichen Fernsehen von ARD und ZDF verdeckte Reklame für die SPD gemacht wird. Alle paar Tage erscheint in den Nachrichten eine rot-weiße SPD-Fahne, ein großes SPD-Bild oder ein brauner SPD-Würfel. Dies hat mich so gereizt, dass ich dem NDR-Intendanten Lutz Marmor und dem ZDF-Intendanten Thomas Bellut die verschiedenen SPD-Reklamen in Form von Protestbriefen vorgeworfen habe. Mit nichtssagenden Antworten wurde ich auf die angebliche erforderliche Neutralität der Sender hingewiesen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn Leser der *PAZ* sich ebenfalls beschweren würden. **Reinhard Gierse, Herzebrock-Clarholz**

Nicht Montgomery, sondern Englands Übermacht entzauberte Rommel

Zu: „Der Mann, der Rommel entzauberte“ (Nr. 46)

Bernard Law Montgomery war nicht der Mann, der Rommel intellektuell militärisch entzauberte. Über Rommel spricht die Militärwelt immer noch mit Anerkennung und Bewunderung. Seine und Guderians Panzerkampftaktiken werden noch heute an den Panzerschulen gelehrt.

Zum Zeitpunkt des Beginns der Schlacht bei El Alamein, am 23. Oktober 1942, befand sich Rommel nicht an der Front. Er hatte aus gesundheitlichen Gründen mit Hitlers Einverständnis einen Kurzurlaub angetreten. Die katastrophale Nachricht über den Verlauf von Montgomerys Großoffensive veranlasste ihn am 26. Oktober auf seinen Gefechtsstand zurückzukehren. Zu diesem Zeitpunkt war die Schlacht für das deutsch-italienische Afrikakorps bereits verloren. Nicht das Feldherrengeschick Montgomerys hatte den Einsturz der Front des Afrikakorps zuwege gebracht, sondern seine militärische Überlegenheit. Das Verhältnis an Soldaten, Panzern und Artillerie gegenüber Rommels Panzerarmee betrug 4:1. Die Briten und Amerikaner beherrschten den Luftraum total. Dennoch gelang Rommel, trotz Kraftstoff-, Munitions- und Wassermangel die Absetzbewegung in die Auffangstellung bei Fuka. Der weitere Schlachtenverlauf bis zur Kapitulation in Tunesien ist bekannt.

Nicht oder wenig bekannt sind folgende Ereignisse. Nach dem militärischen Desaster der britischen Generäle O'Connor, Wavell und Auchinleck in den Kämpfen um Sollum und Tobruk ließ Churchill nach einem General suchen, der Rommel in seinem Draufgängertum endlich widerstehen konnte. Der deutsche Astrologe Louis de Wohl im Dienste des Geheimdienstes MI 5 sah die Lösung des Problems in einem Mann, der wie Rommel im Sternzeichen des Skorpion geboren, aber viel jünger war. Die Wahl fiel auf Montgomery, einen kleinen, schmächtigen, völlig unscheinbaren Offizier, ohne besondere Meriten. Churchill zeigte sich enttäuscht, widersprach aber nicht.

Rommel hatte in „Monti“ seinen Widersacher gefunden, der sogar noch eins drauf setzte. Man witzelte über den Lehnstuhl auf seinem Befehlspanzer. Wie Rommel war er oft vorn bei seinen Soldaten als Schlachtenlenker, der aber im Gegensatz zu seinem Gegner immer aus dem Vollen schöpfen konnte. Doch das alles sind nur blutige Episoden auf afrikanischem Boden, die nicht stattgefunden hätten, wenn Spaniens General Franco England den Krieg erklärt und mit deutscher Unterstützung die Festung Gibraltar mit Kriegshafen und Flugplätzen erobert hätte. In seinen Memoiren „Englands größte Stunde“ schreibt Churchill: „Spanien hielt den Schlüssel in den Händen, mit dem es allen englischen Unternehmungen im Mittelmeer ein Ende setzen konnte. Doch niemals, selbst in den düsteren Stunden, versperrte es uns das Tor.“

Tatsächlich wäre der Fall von Gibraltar kriegsentscheidend gewesen. Die USA waren 1940 weder bereit noch Willens unter solcher Voraussetzung in den Krieg an der Seite Englands einzutreten. Es war Hitlers Spionageabwehrchef Admiral Canaris persönlich, der Franco in mehreren Unterredungen vom Kriegseintritt Spaniens abhielt. Zu dieser Zeit hatten die Widerständler in Offizierskreisen schon die Eliminierung Hitlers geplant. Nach dem deutschen Sieg im Frankreich-Feldzug waren die Umstürzler allerdings zu feige, ihren Umsturzplan auszuführen. So nahm der europäische Territorialkrieg zum Zweiten Weltkrieg seinen Lauf, in dem Churchill schließlich Englands Großmachtstellung verspielte. Die Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an Churchill im Jahr 1956 dürfte für den britischen Premier kein Trostpflaster gewesen sein. **Dieter Bock, Burgstall**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 8. Dezember 2012

Neuausgabe vorgestellt

Die litauische Botschaft in Berlin und das Deutsche Kulturforum östliches Europa in Potsdam hatten gemeinsam in die Räumlichkeiten der diplomatischen Vertretung eingeladen. Anlass war die Vorstellung einer neuen Ausgabe von Theodor Lepners Werk „Der Preusche Littau". Das Buch stammt zwar aus dem 17. Jahrhundert, aber erst vergangenes Jahr gab die Übersetzerin Vilija Gerulaitienè im Auftrag des Historischen Instituts für Geschichte in Wilna eine zweisprachige Fassung heraus.

Der Autor lebte wohl so zwischen 1633 und 1691 und wirkte in Budwethen bei Ragnit als Geistlicher. Der besondere Wert seiner Aufzeichnungen liegt in deren interessanten Anmerkungen und Beschreibungen der Besonderheiten und Eigentümlichkeiten der einfachen „littauisch Ackers-Leuthe" von 1690. Das Buch gehört zu den ersten Schriften über die Kultur und Sprache der Litauer überhaupt. Der Autor beschreibt darin in recht kritischer Weise die Lebensweise der litauischen Bauern Ostpreußens, auch um der preußischen Obrigkeit die Notwendigkeit des moralischen Einflusses der Gesetzgebung und der evangelischen Kirche darzulegen.

Die gedruckte Danziger Ausgabe aus dem Jahre 1744 galt schon vor 150 Jahren als bibliophile Rarität. In den 1970er Jahren wurde in der Berliner Staatsbibliothek eine Handschrift dieses Werkes aus dem Jahr 1690 entdeckt, die dann als Quelle für die erste litauisch-deutsche Buchausgabe diente.

»Der Preusche Littau« von Theodor Lepner

Die nun von Vilija Gerulaitiene herausgegebene Fassung gilt als herausragendes Zeugnis der litauisch-deutschen Kulturbeziehungen in Ostpreußen. Sie bietet sowohl für Litauen als auch für Deutschland einem breiteren Publikum einen tiefen Einblick in die Lebensweise, Sprache und Kultur der preußischen Litthauer jener Zeit. Möglich wurde diese erste deutsch-litauische Buchausgabe durch die Förderung der Staatsbibliothek zu Berlin. Die Texte werden durch historische Farb- und Schwarz-Weiß-Illustrationen sinnvoll bereichert. Das Buch kann für 12 Euro über die Botschaft der Republik Litauen, Charitéstraße 9, 10117 Berlin, bezogen werden.

Der Hausherr, Botschafter Deividas Matulionis, ließ es sich nicht nehmen, bei der Buchvorstellung selber zugegen zu sein. In seiner und der Anwesenheit von Klaus Harer vom Deutsches Kulturforum östliches Europa sowie des Bundesvorstandsmitgliedes der Landsmannschaft Ostpreußen und Vorsitzenden der Prussia-Gesellschaft Hans-Jörg Froese stellte die Herausgeberin das Buch und die ihm zugrundeliegenden Materialien vor und nahm dabei auch gleich eine zeit- und landesgeschichtliche Einordnung von Lepners Werk vor. Beiträge aus dem rund 40 Köpfe zählenden Zuschauerkreis ergänzten ihre Ausführungen. *Günter Uschtrin/PAZ*

Premiere auf dem Kurischen Haff

Erstmals seit dem Ende der UdSSR hat eine in Litauen registrierte Jacht offiziell Rossitten besucht

Auf Initiative der Gemeinde Neringa hat der litauische Kapitän Victor Golubovskis mit der Jacht „Neringa" von Nidden aus legal und in offizieller Mission die Grenze zwischen der Republik Litauen und dem Königsberger Gebiet im Kurischen Haff überquert und im Hafen von Rossitten einen Liegeplatz eingenommen.

Obwohl es sich um eine Premiere handelte, verliefen die Vorbereitungen reibungslos. So waren die Visa bereits eine Woche nach Abgabe der Dokumente im russischen Generalkonsulat in Memel ausgestellt. Neben dem Kapitän nahmen an der Schiffsreise der Vizebürgermeister der Stadt Neringa, V. Giedraitis, der Hafenkapitän Niddens, R. Zinkevicius, sowie weitere Eigner von in Nidden beheimateten Schiffen und der Kapitän des Kurenkahns „Kursis", Aurelijus Armonavicius, teil.

Auf litauischer Seite waren die Formalitäten der Zoll- und Grenzabfertigung in kurzer Zeit absolviert. So konnte bereits um 8.50 Uhr die Jacht vom Niddener Hafen aus in See stechen. Rasch war die gelbe Boje, welche die Grenze zwischen der Republik Litauen und der Russischen Republik auf dem Kurischen Haff markiert, erreicht. Bei Westwind bis 15 Metern in der Sekunde wurde mit zwei Segeln und später nur mit dem Vorsegel bis zum Grabschter Haken eine Geschwindigkeit von bis zu sieben Knoten erzielt. Da die Delegation erst für 11.30 Uhr in Rossitten erwartet wurde, war noch ausreichend Zeit, um hinter Morskoje ohne Segel gleitend die Ansicht der unbeschreiblichen Dünenlandschaft als ein wunderbares Erlebnis zu genießen.



Bild: Armonavicius

Vor dem Start ins Königsberger Gebiet: Die „Neringa", die Besatzung sowie ihre Gäste auf dieser Tour der besonderen Art

In Rossitten wurde die Delegation nach Absolvierung der halbstündigen Einreiseformalitäten offiziell empfangen, unter der Regierungsstandarte fehlte lediglich noch ein roter Teppich. Der Königsberger Minister für internationale und regionale Angelegenheiten sowie Kommunikation, A. G. Ivanov, begrüßte die litauischen Gäste zusammen mit Regierungssprecher S. N. Balbuckij und weiteren Ministeriumsvertretern auf traditionelle Art mit Salz und Brot sowie russischen Liedern. Anschließend tauschte man sich in einem Restaurant am Ostseestrand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre aus. Ein gemeinsamer Spaziergang durch den Ort rundete das Treffen ab. Der Aufenthalt in Rossitten war zwar kurz, für die Teilnehmer war es jedoch mehr als ein schönes Erlebnis.

Weitere derartige Fahrten sollen folgen

Um 16 Uhr erfolgte, da man noch im Hellen nach Hause kommen wollte und im Kurischen Haff sehr viele Fischernetze ohne Beleuchtung sind, die russische Grenz- und Zollabfertigung. Der Rückweg verlief ohne nennenswerte Komplikationen.

Weitere derartige grenzüberschreitende Fahrten sollen folgen. Der Gouverneur des Königsberger Gebiets Nikolai Zukanov persönlich setzt sich für eine beschleunigte Bearbeitung der Angelegenheit bei den zuständigen Behörden der Russischen Föderation ein. Somit gibt es eine begründete Hoffnung, dass, wenn sich die Emissäre aus beiden Staaten rechtzeitig einig werden und ihre Regierungen mitziehen, bereits kommendes Frühjahr eine grenzüberschreitende Route über das Kurische Haff eingerichtet werden kann. Es wäre dem Unesco-Weltkulturerbe Kurische Nehrung, den dort lebenden Menschen und dem Tourismus mehr als zu wünschen. *A.A./HJF*

Bürgermeister-Initiative gegen Müll-Problem

Mit einer ungewöhnlichen Aktion soll die Öffentlichkeit in Königsberg für mehr Sauberkeit sensibilisiert werden

Für viele sind achtlos weggeworfene Getränkedosen oder Verpackungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Königsberg inzwischen zum Ärgernis geworden. Weil Beschwerden über die angebliche Untätigkeit der Stadtreinigungsbetriebe zugenommen haben und auch die Kosten für Müllbeseitigung den Haushalt der Stadt immer mehr belasten, ergriff der frisch wiedergewählte Bürgermeister Alexander Jaroschuk eine ungewöhnliche Maßnahme: Mitten im Zentrum ließ er in der Nähe des Hansaplatzes einen überdimensionierten, mit leeren Getränkedosen gefüllten Müllbehälter aufstellen mit der Aufschrift „Das sind nur 0,01 Prozent des Mülls, der auf Kaliningrader Straßen an einem Tag gesammelt wird." Das Thema Müll-Vermeidung beschäftigt Jaroschuk schon seit Längerem. Bereits vor seiner Wiederwahl hatte er die Bürger gebeten, mehr darauf zu achten, dass Königsberg sauber bleibt. Er sagte, dass für das Müllsammeln in Grünanlagen, in Wasserläufen und auf Straßen erhebliche Summen ausgegeben würden. Allein die städtische Firma „Tschistota" (Reinheit) erhielte täglich umgerechnet etwa 25 000 Euro aus dem Haushalt der Stadt.

Erfahrungsaustausch mit deutschen Umweltpolitikern

Es heißt, dass gerade Jugendliche in erheblichem Maße zur Verschmutzung der Umwelt beitragen, während bei den Stadtbetrieben meist Ältere als Straßenfeger beschäftigt sind, die sich so ihre Rente aufbessern. Sie reinigen die Bürgersteige und sammeln Flaschen und Verpackungsmaterial in den Grünanlagen der Stadt ein.

Der Bürgermeister ärgert sich darüber, dass gerade diejenigen, die selbst am meisten zur Verschmutzung beitragen, nachher am lautesten schreien, die Politiker würden nichts tun. „Ich habe den Eindruck, dass, je mehr Geld wir fürs Müllsammeln ausgeben, desto mehr achtlos weggeworfen wird", sagte Jaroschuk. Er sei überzeugt, dass in Königsberg im Vergleich zu westeuropäischen Städten überdurchschnittlich viele öffentliche Abfallbehälter vorhanden seien.



Soll aufrütteln: Installation in der Nähe des Hansaplatzes Bild: J.T.

Jaroschuk möchte die Städter für freiwillige Säuberungsaktionen gewinnen, mit dem Nebeneffekt, dass derjenige, der geholfen hat, in Zukunft umweltbewusster leben wird.

Frühere Aktionen zur Müllbekämpfung hatten allerdings nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Der damalige Gouverneur Georgij Boos hatte Bußgelder gegen Umweltsünder verhängt.

Darüber hinaus gibt es eine starke Belastung durch Feinstaub in Königsberg. Das ist besonders deutlich spürbar bei warmem und trockenem Wetter. Das lässt sich zum einen damit erklären, dass viele ältere Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß im Einsatz sind, vor allem Lastkraftwagen. Zum anderen liegt es daran, dass es in Königsberg zahlreiche brachliegende Grundstücke gibt, die keinerlei Begrünung aufweisen. Bei trockener Witterung legt sich der feine Staub auf die Kleidung und die Atmungswege, bei Regen senkt er sich als Schlamm auf Straßen und Bürgersteige.

In diesem Jahr suchten die Stadtoberen den Erfahrungsaustausch mit deutschen Politikern aus dem Umweltbundesamt. Unter anderem besuchte die Grünen-Politikerin Johanna Ebbing die Pregelmetropole, um über eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Unternehmen zu beraten. Dabei ging es vor allem um den Umgang mit solchen Abfällen, die nicht recycelt werden können. Eine entsprechende Branche zur Wiederaufbereitung von Schadstoffen muss im Königsberger Gebiet erst noch entstehen. Konkrete Vereinbarungen wurden bei dem Treffen nicht getroffen. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es frischt immer wieder auf, das Frische Haff, an dessen Namensdeutung sich viele Leserinnen und Leser beteiligten – und dabei war es doch nur eine kleine Anfrage gewesen, die dann gänzlich unerwartet zu einem Hauptthema unserer Ostpreußischen Familie wurde. Nun hatte ich gedacht, es sei mit der letzten Veröffentlichung in Folge 47 abgeschlossen, aber da hatte ich mich geirrt. Unser immer diskussionsbereiter Landsmann **Peter Perrey** aus Neustadt fühlte sich aufgerufen, zu den Mutmaßungen über den Namen Stellung zu nehmen, und unterstrich die Ausführungen von Frau **Szillis-Kappelhoff**, dass sich der Name nicht direkt aus dem Altpreußischen herleiten könne. Die Deutung „Friesisches Haff" nach den in manchen Zuschriften erwähnten friesischen Bewohnern der südlichen Haffküste stimme schon deshalb nicht, da keine friesischen, sondern Mitte des 16. Jahrhunderts Niederfränkischsprachige dort angesiedelt worden seien, die zum niederdeutschen Sprachbereich gehört hätten. So kann es nach seiner Deutung möglich sein, dass die niederpreußische Bezeichnung "Fresch Haff" in alten Karten verzeichnet sei. „Hier finden wir nun die Verbindung zu der alten prussischen Bezeichnung „aismares" (bewegtes Gewässer), denn auch das niederdeutsche „frisch" kann ja „bewegt" bedeuten". Soweit Herr Perrey, dem ich die Ausführungen von Herrn **Herbert Skrobin** folgen lasse, der es für ausgeschlossen hält, dass die Friesen Namensgeber waren: „In allen Landkarten seit der Karte von Zell aus dem Jahr 1542 finden wir die Bezeichnung Frisch(es) Haff. Selbst die in Amsterdam gedruckten Karten tragen diese Bezeichnung. Nur eine einzige Karte, die 1759 in Paris gedruckte von **Beaurin**, macht eine Ausnahme mit ‚Frisch Haff au Golfe des Frisland et de Dantzig' und der Bezeichnung ‚Frise Nerung' für die Frische Nehrung" – so Herr Skroblin, der die Benennung nach den Friesen auf ein Missverständnis des französischen Übersetzers zurückführt.



Ralf Lemke mit seinen Eltern Bild: privat

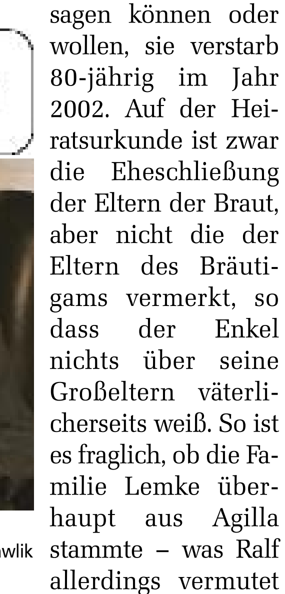
Die wohl glaubhafteste Lösung aber bringt ein Schreiben von Herrn **Manfred Musculus** aus Kiel, der durch seine jahrzehntelange Beschäftigung mit den Urkunden des Deutschen Ordens in Preußen den Namen leicht erklären kann und dies durch lateinische Urkunden im Preußischen Urkundenbuch auch beweist. Ich zitiere aus seinem Brief: „Der Orden kam 1230 ins Kulmerland. Wenige Jahre später erreichte er das Frische Haff. Seine Größe erstaunte die Ordensritter so sehr, dass sie dieses Gewässer Meer (mare) nannten. Noch größer war das Erstaunen, dass das Wasser dieses ‚Meeres' kein Salzwasser, sondern Süßwasser war. Sie nannten darum das Haff lateinisch ‚mare regens'. Das lateinische Adjektiv ‚regens' hat die Grundbedeutungen neu, frisch, jung. Wir dürfen also ‚mare regens' mit ‚Frisches Meer = Frisches Haff' übersetzen." Zum Beweis, dass das Frische Haff in den lateinischen Urkunden des Ordens diesen Namen hatte, nennt Herr Musculus einen Urkundenbeleg: „Preußisches Urkundenbuch Band 2, Urkunde Nr. 173". Und damit unsere Leser erfahren, welches der Inhalt der Urkunde ist, nennt er uns wortgetreu das Kopfregest, wie es im Urkundenbuch über dem lateinischen Text steht: „1317 Januar 25, Marienburg, Hochmeister Karl von Trier tauscht dem Kloster Oliva das halbe Dorf Mönchengrebin (Kr. Danziger Niederung) mit drei Hufen in Suckschin (Kr. Danziger Höhe) gegen das Fischereirecht im Frischen Haff und den Fischzug in der Weichsel zwischen Gans und Barsniza ein". Diese Erklärung, für die wir Herrn Musculus sehr herzlich danken, wird nicht nur alle Leserinnen und Leser interessieren, die sich an diesem historischen Thema beteiligten. Sie trägt auch dazu bei, dass die Geschichte unserer Heimat lebendig bleibt und unser Wissen, unsere Erinnerung, unsere Bemühungen um die Bewahrung ihrer Werte „frisch" erhält im Sinne des „mare regens" des Ordens, also „neu, frisch und jung".

Das macht sich auch in unserer Familienpost bemerkbar, denn selten war das Echo auf die von uns veröffentlichten Suchfragen so rege und vielseitig wie in diesen Wochen. Einige Erfolgsmeldungen will ich mir für die Weihnachtsausgabe aufheben, das ist schon alte Familientradition, andere werden ihren Platz in den laufenden Ausgaben finden. Unerwähnt soll keine Zuschrift bleiben, jedes positive Echo wird seinen Widerhall auf unserer Familienseite finden, denn es macht Hoffnung und stärkt unsere Mithelfer. Zu ihnen gehört auch Herr **Helmut Bargel** aus Oer-Erkenschwick, dem unsere Familie schon einmal geholfen hat, obgleich seine Frage sich nicht auf Ostpreußen bezog. Es handelte sich damals um einen Grabstein, dessen Teile als Fensterbank verwendet wurden und der sich heute im Museum von Schwiebus [Swiebodzin] befindet. Seitdem verfolgt Herr Bargel besonders intensiv die Beiträge in der Ostpreußischen Familie und muss dabei feststellen, dass immer noch nach vermissten Familienangehörigen gesucht wird. So stieß er auch in Folge 46 auf den Suchwunsch von Herrn **Marcus Dachsel**. Nun betreibt, wie Herr Bargel erst kürzlich erfahren hat, ein Bewohner von Oer-Erkenschwick privat und ehrenamtlich eine Website, die sich als Hilfe für die Suche nach Vermissten erweist (http://www.weltkriegsopfer.de). Uns war diese Web-Seite von Herrn **Ludger Bäumer** nicht bekannt, aber Herr Bargel meint, dass sie für viele immer noch Suchende eine große Hilfe bedeuten könnte. Er selber konnte leider keinen Erfolg melden, als er den Suchwunsch von Herrn Dachsel eingegeben hat. „Es wäre natürlich schön gewesen, wenn dies gleich zu einem Treffer geführt hätte", meint Helmut Bargel, „aber möglicherweise haben andere Suchende in dem Archiv, das ständig erweitert wird, Erfolg." Er hat für uns einen kleinen Teil aus dieser Web-Seite kopiert, damit wir sehen können, über welche Bestände Herr Bäumer zurzeit verfügt: 18466 Friedhöfe, 28045 Friedhofbilder, 807834 Kriegsopfer, 14884 Soldatenbilder, 259 Dokumente/Orden, erfasst bis zum 23. November 2012. Wir danken Herrn Bargel für diese Information, die für unsere Arbeit sehr wichtig ist, die er voll anerkennt und – was noch wichtiger ist – erkennt, wenn er uns Kraft und Gesundheit für die „selbst gestellten Aufgaben" wünscht. Denn hinter uns steht keine uns beauftragende Institution, wir sind als „Ostpreußische Familie" eine Lesergemeinschaft, die einzig und allein ihre Kraft aus dem Zusammenhalt für die Werterhaltung unserer Heimat bezieht – und vielleicht gerade deshalb so viel Erfolg hat.

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Den wir auch Frau **Gudrun Politt** aus Wesel wünschen, die sich als Übermittlerin einer Suchfrage aus den Niederlanden an die Landsmannschaft Ostpreußen wandte und erste Hinweise bekam. Für eine biographisch-literarische Veröffentlichung sucht Dr. **Sjaak Zonneveld** aus Den Haag Informationen über eine Sensburger Familie namens Weber. Es handelt sich vor allem um **Henry Weber**, über den Frau Politt inzwischen die wichtigsten Daten erhalten hat. Das Evangelische Zentralarchiv Berlin fand seinen Taufeintrag, so dass jetzt sein Geburtsdatum, die Namen der Eltern und der Beruf des Vaters fest stehen. Das ist schon eine ganze Menge, denn aus diesen Angaben geht hervor, dass die Familie Weber in und um Sensburg bekannt und angesehen gewesen sein muss. Jetzt sollen unsere Leserinnen und Leser helfen, die Familiengeschichte zu erhellen, die auch eine gewisse Tragik beinhaltet, wie aus den wenigen uns zur Verfügung stehenden Angaben hervorgeht.

Im Sensburger Kirchenbuch 163 (Stadtgemeinde) ist als Täufling Iwan Benno Henry Weber, *23. August 1858, Rufnahme Henry, als Sohn des Kreisrichters **Benno Fridiger** Weber und seiner Ehefrau **Mary Angelica** Weber, geborene **Schleswich**, eingetragen. Henry Weber verlobte sich 1883 mit der Engländerin **Grace Hopkins**, *1859, der Schwester des in der Englisch sprechenden Welt sehr bekannten Dichters **Gerard Manley** Hopkins. Kurz vor der Hochzeit verstarb der Bräutigam. Grace Hopkins besuchte noch im Todesjahr ihres Verlobten seine Familie in Sensburg und wurde dort sehr herzlich aufgenommen, so dass die Verbindung weiter bestehen blieb. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1945 hat sie sich um Henrys Grab gekümmert. Interessant für die biographische Aufarbeitung sind in diesem Zusammenhang alle Informationen, die diese Sensburger Familie bis 1945 betreffen. In den Unterlagen der Familie Hopkins führt der Vater Henrys, Benno Fridiger Weber, einen Doktortitel, den er vielleicht erst nach der Taufe seines Sohnes erwarb, so dass er nicht im Taufregister verzeichnet ist. Interessant wäre es auch zu erfahren, ob noch heute auf dem alten deutschen Friedhof in Sensburg die Gräber dieser Familie zu finden sind. Über jede Mitteilung, die sie nach Den Haag weitergeben kann, würde sich Frau Politt freuen. (Gudrun Politt, Am Nordglacis 61 in 46483 Wesel.)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Aus den Niederlanden kommt auch der folgende Suchwunsch, der sich ebenfalls mit ostpreußischer Familiengeschichte beschäftigt, in diesem Fall mit der eigenen des Schreibers. Denn der Vater von **Ralf Lemke** aus Culemborg stammte aus Agilla. Später wurde das Dorf am Kurischen Haff in Haffwerder umbenannt. Ralf Lemke weiß nicht viel über seinen Vater **Willi Rudolf Otto** Lemke, der nur 49 Jahre alt wurde und seinem Sohn kaum etwas über Heimat und Familie erzählt hat. Immerhin besitzt er einige Urkunden, denen wir einzelne Angaben für seinen Suchwunsch entnehmen können, der sich auf die Herkunft seines Vaters und dessen Eltern bezieht. Eine Geburtsurkunde seines Vaters besitzt er nicht, aber aus der Heiratsurkunde seiner Eltern geht hervor, dass Willi Lemke am 17. Dezember 1917 in Agilla geboren wurde, später in dem ebenfalls im Kreis Labiau liegenden Hindenburg wohnte und zur Zeit der Heirat „im Felde" war. Als „Matrose, zur Zeit Oberschütze" ehelichte er am 1. Februar 1941 in Remscheid die dort geborene **Ilse Klara Emmi Scheurer**, von Beruf Elektro-Hilfsarbeiterin. Ihr gemeinsamer Sohn **Ralf** kam am 30. August 1941 in Remscheid zur Welt. Wahrscheinlich hat Ralf Lemkes Mutter die Heimat ihres Mannes nie kennen gelernt, denn er war bis 1945 an der Ostfront. Den Heimaturlaub hat er in Remscheid verbracht, wie das Foto beweist, auf dem der kleine Ralf mit seinen Eltern zu sehen ist. Deshalb hat Ilse Lemke auch nach dem frühen Tod ihres Mannes nichts über dessen Heimatort aussagen können oder wollen, sie verstarb 80-jährig im Jahr 2002. Auf der Heiratsurkunde ist zwar die Eheschließung der Eltern der Braut, aber nicht die der Eltern des Bräutigams vermerkt, so dass der Enkel nichts über seine Großeltern väterlicherseits weiß. So ist es fraglich, ob die Familie Lemke überhaupt aus Agilla stammte – was Ralf allerdings vermutet –, oder ob das Haffdorf nur ihr zeitweiliger Wohnort war. Agilla/Haffwerder ist schon oft in den langen Jahren unserer Sucharbeit erwähnt worden, und es hatte zumeist sehr gute Informationen gegeben. Es ist also anzunehmen, dass auch Ralf Lemke einige brauchbare Hinweise bekommt. Vielleicht war auch jemand von unseren älteren Landsleuten mit dem jungen Willi Lemke in Agilla oder Hindenburg zusammen oder kann sich als Kriegskamerad an ihn erinnern? Als Matrose, wie in der Heiratsurkunde vermerkt, muss er ja eine seemännische Ausbildung gehabt haben, aber darüber ist nichts bekannt. Ralf Lemke würde sich über jede Auskunft freuen, denn er möchte endlich etwas über seine väterliche Familie, vor allem über seinen Großvater, wissen. Seine bisherigen Nachforschungen haben leider nichts ergeben. (Ralf Lemke, Akelei 90 in 4102 JM Culemborg, Nederland 0031-345-514396, E-Mail: rlemke01-c@telfort.nl)

Eure

Ruth Geede

Autorin inspiriert Übersetzer zu einem Märchen

Marianne Peyinghaus, Verfasserin von »Stille Jahre in Gertlauken«, und Charles Stacey verbindet ein intensiver Briefwechsel

Ich habe einen Brief bekommen, der so ganz aus dem schon breit gefächerten Rahmen unserer Korrespondenz fällt. Eigentlich ist er an mich persönlich gerichtet, aber ich möchte den Inhalt nicht für mich behalten, denn er zeigt auf, wie das Schicksal unserer Heimat auch außerhalb der deutschen Grenzen Beachtung finden und ehemalige Gegner zu Freunden machen kann. Es handelt sich um das Buch „Stille Jahre in Gertlauken" und seine Autorin **Marianne Peyinghaus**, das der Schriftsteller **Charles Stacey** aus Bristol ins Englische übersetzt hat. Seit dem Erscheinen der englischen Ausgabe im Jahr 2006 hat es eine aufmerksame Leserschaft gefunden und zwischen Verfasserin und Übersetzer zu einer wunderbaren Brieffreundschaft geführt, wie das mir übermittelte Schreiben des britischen Partners erkennen lässt, in dem dieser der deutschen Schriftstellerin ein ganz besonderes Geschenk anbietet, wie es eigentlich nur Literaten vermögen: Er schreibt für sie ein Märchen, zu dem Marianne Peyinghaus ihn unbewusst inspiriert hat, eine Art Parabel, in der sich beider Schicksale widerspiegeln.

Das Buch „Stille Jahre in Gertlauken" ist aus der ostdeutschen Literatur der Nachkriegszeit nicht wegzudenken, seit es im Jahr 1985 als Erstausgabe erschien. Dabei ist es kein episches Werk, weder Novelle noch Roman, auch keine erst nach den geschilderten Ereignissen erarbeitete Dokumentation, sondern eine Sammlung von Briefen, die Marianne Peyinghaus als 20-jährige Junglehrerin des 800-Seelen-Dorfes im Kreis Labiau an ihre Eltern in Köln geschrieben hat. Ohne die geringsten literarischen Ambitionen, aber so lebendig und flüssig erzählt, dass sie ein unverfälschtes Spiegelbild des Lebens in den „stillen Jahren in Gertlauken" wie auch von Aufbruch und Flucht vor dem Russeneinfall ergeben. Es ist faszinierend zu lesen, wie sich die junge, unbefangene Frau aus dem Rheinland in diese ihrem bisherigen Leben so konträre Welt des einsamen, ostpreußischen Dorfes einfügte, sie aufsog mit allen Fasern und sie lieben lernte – aber immer den abwägenden Blick für alles Geschehen behielt, um es den fernen Eltern verständlich übermitteln zu können. Ein Glück, dass diese Briefe über Bomben und Beschuss gerettet werden konnten, so dass sie heute noch nach Jahr und Tag ein untrügliches Bild Ostpreußens aus jener Zeit ergeben und als authentische Zeugnisse angesehen werden, was man ja nicht von jeder im Nachhinein geschriebenen Dokumentation behaupten kann.

Marianne Peyinghaus 1941 Bild: privat

Das mag auch den Briten Stacey fasziniert haben, der sich – nachdem er 1962 aus dem Militärdienst ausgeschieden war – mit Literatur und Malerei beschäftigte. Er schrieb über das Elend, das der Krieg an allen Fronten bewirkt hat, und deshalb interessierte ihn das Buch von Marianne Peyinghaus, so dass er mit der Autorin in Kontakt trat. Es ergaben sich im Laufe der Jahre immer enger werdende Verbindungen auch zu ihrem Ehemann **Fritz Peyinghaus**, der 1940 als Oberleutnant bei Dünkirchen abgeschossen worden war und dreieinhalb Jahre in englischer Gefangenschaft verbracht hatte, ehe er als Verwundeter ausgetauscht wurde. Bei der Übersetzung des Buches widmete Stacey ihm in seinem Vorwort ein Gedenken: „This brief introduction is dedicated to the memory of Fritz Peyinghaus, a brave and loyal servant of his country and much-loved husband of the author – who dies in September 2002 aged 92."

In diesem Alter ist nun auch Marianne Peyinghaus, und ein intensiver Briefwechsel mit dem englischen Partner wird schon schwieriger. Deshalb ist sein langes Schreiben besonders beachtenswert, in dem er auf ihren „schön geschmückten" Brief eingeht, der das Bild eines Marienkäfers enthält, der Stacey nun zu einem Märchen inspiriert: „Ich schreibe jetzt eine Kindergeschichte über einen tröstenden Marienkäfer, der noch keine Punkte auf dem Rücken hat, und wie er sie von einem kleinen Mädchen bekommt, das seltsame Flecken hat. Es ist eine Krankheit, die den Ärzten unbekannt ist und die sie deshalb nicht heilen können. Dem kleinen Marienkäfer ohne Punkte gelingt es, sich auf das todkranke Mädchen zu setzen und ihm alle Flecken wegzunehmen. Er fliegt mit ihnen fort und stirbt." So lässt sich ungefähr der Inhalt des Märchens von Stacey zusammenfassen, das irgendwie an Oscar Wildes Märchen erinnert. Spielen unterschwellig auch die Kriegserlebnisse eine Rolle? Mir fällt das alte Kinderliedchen ein, das sich leider verwirklicht hat: „Marienkäfer fliege, dein Vater ist im Kriege, deine Mutter ist in Pommerland, Pommerland ist abgebrannt ..." Im Englischen heißt der Marienkäfer Ladybird, und über ihn gibt es einen ähnlichen Kindervers. Aber der Siebenpunkt gilt ja auch als Glücksbringer, und als solchen hat ihn Marianne Peyinghaus sicher in ihrem Brief übermitteln wollen. Auch ohne das Märchen ist es eine wunderschöne Geschichte. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Makarowski, Klaus, aus Lyck, am 12. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kempf, Ruth, geb. **Lukas**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 12. Dezember
Welz, Elise, aus Pillau, Kreis Samland, am 11. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Meller, Elli, geb. **Fernitz**, aus Nöttnicken, Kreis Samland, am 10. Dezember
Reimann, Gertrud, geb. **Joppin**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 10. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lingk, Hans-Joachim aus Babeck, Kreis Treuburg, am 16. Dezember
Sawicki, Helene, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 14. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Buksa, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Hoffmann, Frieda, geb. Naujokat, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bednarz, Ernst, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Dannappel, Karl, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember
Fritz, Marta, geb. **Klimmek**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Preuß, Hildegard, geb. **Dagott**, aus Rothenen, Kreis Samland, am 14. Dezember
Rayer, Inge-Ruth, geb. **Supplieth**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brandtstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Galla, Ursula, geb. **Klinge**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 13. Dezember
Heidrich, Margarete, geb. **Hofer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Hentschel, Annemarie, aus Lyck, Hindenburgstraße 48, am 13. Dezember
Lenk, Margarete, geb. **Köhn**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 14. Dezember
Martin, Emilie, geb. **Rudel**, aus Muschaken, Kries Neidenburg, am 13. Dezember
Mast, Ruth, geb. **Preißner**, aus Schlesien, am 16. Dezember
Meinhold, Hildegard, geb. **Schröder**, aus Treuburg, am 11. Dezember
Niggenaber-Jansen, Erna, geb. **Gutsch**, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 12. Dezember
Perl, Hildegard, geb. **Arndt**, aus Lötzen, am 15. Dezember
Walden, Lothar, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. **Wiertschoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Hakel, Frieda, geb. **Jost**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Herrmann, Helmuth, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Herzmann, Elfriede, geb. **Theophil**, aus Ebenrode, am 14. Dezember
Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 15. Dezember
Krause, Anna, geb. **Gusek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Lyß, Elfriede, geb. **Schwedt**, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Mey, Greta, geb. **Schmeling**, aus Ebenrode, am 14. Dezember
Rostek, Walter, aus Gingen, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Rudzio, Hermann, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 16. Dezember
Sauter, Margarete, geb. **Zeheter**, aus Lötzen, am 14. Dezember
Tulowitzki, Fritz, aus **Rohmanen**, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bondzau, Max, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. Dezember
Both, Anneliese, geb. **Jordan**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 12. Dezember
Grau, Elsa, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Jung, Katharina, geb. **Hillbrunner**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Knorr, Helene, geb. **Szesny**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Meyer, Emma, verwitwete **Szczesny**, geb. **Blasko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 12. Dezember
Nieber, Werner, aus Garbnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Otto, Anna, geb. **Kaiser**, aus Reußen, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Pauleit, Erika, geb. **Tomoschat**, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Petermann, Hedwig, geb. **Suchodolski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Podehl, Elisabeth, geb. **Bandilla**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Pudlas, Reinhard, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Seifert, Elisabeth, geb. **Birnbacher**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 10. Dezember
Tennert, Herta, geb. **Kullack**, aus Mertenheim, Kreis Lötzen, am 10. Dezember

Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2013" zum Vorzugspreis.

Auch in diesem Jahr bieten wir den beliebten Kalender für Heimatkreisgemeinschaften und die Landesgruppen zum Vorzugspreis von 15 Euro zuzüglich Versand an.
Bestellungen richten Sie bitte an: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., z. Hd. Frau Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beier, Christel, geb. **Rohmann**, aus Lötzen, am 16. Dezember
Brockmann, Ursel, geb. **Brandtstäter**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 15. Dezember
Ceranski, Kurt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Godlinski, Helmut, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 16. Dezember
Kießling, Irmgard, geb. **Borawski**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Koth, Hildegard, geb. **Herrmann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Kühl, Charlotte, geb. **Possekel**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 16. Dezember
Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Malinka, Paul, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 14. Dezember
Nold, Charlotte, geb. **Kadsehun**, aus Sakampen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Patschorke, Erika, geb. **Neubert**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 12. Dezember
Sakrzewski, Erwin, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Schyma, Charlotte, geb. **Rükkstein**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 15. Dezember
Subkus, Wilhelm, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Wenzel, Lydia, geb. **Mielke**, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Wichmann, Erwin, aus Robitten, Kreis Heiligenbeil, am 11. Dezember
Wisbar, Hans, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Wohlgemuth, Margarete, geb. **Herrnfeld**, aus Lötzen, am 16. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bagan, Richard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Boettcher, Naemi, geb. **Krüger**, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 10. Dezember
Bornemann, Walter, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Dübus, Hildegard, aus Diebauen, am 11. Dezember
Felgendreher, Klaus, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember
Fiebich, Reinhold, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Freitag, Christa, geb. **Lindner**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember
Graff, Hans, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. Dezember
Hildebrandt, Jürgen, aus Sattikken, Kreis Treuburg, am 16. Dezember
Hoecke, Siegfried, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 2. Dezember
Jahnert, Christa, geb. **Förster**, am 16. Dezember
Korff, Vera, geb. **Jurschat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember
Kowalzik, Helmut, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Kullik, Traute, geb. **Mondry**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Kunert, Edit, geb. **Braschkat**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 15. Dezember
Lehmann, Dora, geb. **Tullmin**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Märting, Lieselotte, geb. **Westphal**, aus Germau, Kreis Samland, am 12. Dezember
Meyer, Ruth, geb. **Zachow**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. Dezember
Mosel, Max, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember
Müller, Christel, geb. **Görke,** aus Ortelsburg, am 16. Dezember
Müller, Elly, geb. **Sonka**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Naß, Harri, am 13. Dezember
Pradelt, Ursula, geb. **Baltrusch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Nowotny, Inge, geb. **Kreowski**, aus Mosens, Kreis Mohrungen, am 7. Dezember
Rademske, Elfriede, geb. **Symannek**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Rothbauer, Christel, geb. **Mill**, aus Grünhoff, Kreis Samland, am 14. Dezember
Ruchatz, Dieter, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 15. Dezember
Stöver, Ursula, geb. **Fabricius**, aus Grünwiese/Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember
Sütterlin, Werner, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Szillat, Christel, geb. **Ennulat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Wenzlawski, Horst, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ahrens, Eva, geb. **Grabb** aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember
Duwe, Christa, geb. **Oltersdorf**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 11. Dezember
Herrmann, Horst, aus Teichwalde, am 16. Dezember
Lokaitis, Hans, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 14. Dezember
Lupp, Ernst-Ullrich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Müller, Edith, geb. **Demezenko**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 14. Dezember
Neidig, Klaus, aus Neidenburg, am 16. Dezember
Neumann, Hans, aus Warnicken, Kreis Samland, am 10. Dezember
Scherff, Gerda, geb. **Kablitzky**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Syska, Edith, geb. **Korzenetzki**, aus Ortelsburg, am 10. Dezember

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchors Hamburg

Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17, Hamburg: Der Ostpreußenchor gibt sein Weihnachtskonzert. Der Eintritt ist frei.
Weitere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Kreisgemeinschaften erteilen Auskunft:

Die Rechtslage schreibt vor, dass Adressen nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen, würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare nicht mehr zu veröffentlichen.
Damit Glückwunsch- und Grußkarten die Jubilare doch noch erreichen könnten, haben die Vertreter der Kreisgemeinschaften bei der diesjährigen Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) sich dazu bereit erklärt, bei der Adressenvermittlung behilflich zu sein. Wer also einem Jubilar persönlich gratulieren möchte, wende sich bitte an die angegebene Kreisgemeinschaft. Ihre *PAZ*

TERMINE LO

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
27. bis 29. September 2013: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
18. bis 20. Oktober 2013: 6. Deutsch-Russisches Forum. Geschlossener Teilnehmerkreis.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 8. Dezember, 14.15 Uhr, Phoenix: Die Juden – Geschichte eines Volkes.
SONNABEND, 8. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Der Mann, der Nofretete verschenkte – James Simon, der vergessene Mäzen.
SONNABEND, 8. Dezember, 20.15 Uhr, BR: Die Zürcher Verlobung. D 1957. Komödie mit Liselotte Pulver.
SONNABEND, 8. Dezember, 20.15 Uhr, BR: Das schwarze Schaf. D 1960. Krimikomödie mit Heinz Rühmann.
SONNTAG, 9. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 9. Dezember, 12.15 Uhr, 3sat: Schliemanns Gold – Das Gold der Konquistadoren.
SONNTAG, 9. Dezember, 23.40 Uhr, MDR: Ukraine: Demokratie mit Hindernissen.
MONTAG, 10. Dezember, 22 Uhr, WDR: Ausgeschlachtet – Wenn Körperteile zum Marktartikel werden.
MONTAG, 10. Dezember, 22.45 Uhr, ARD: Was macht Merkel? Die Kanzlerin in der Eurokrise.
MONTAG, 10. Dezember, 22.55 Uhr, 3sat: Kurt Georg Kiesinger – Der vergessene Kanzler.
MONTAG, 10. Dezember, 23.30 Uhr, ARD: Strandleben – Die Geschichte der deutschen Seebäder.
DIENSTAG, 11. Dezember, 15.15 Uhr, NDR: Weihnachten in Ostpreußen.
DIENSTAG, 11. Dezember, 20.15 Uhr, ZDF: Stille Nacht in Stalingrad. NS-Rundfunk sendet am 24. Dezember 1942 eine Ringsendung mit Gruß aus Stalingrad.
DIENSTAG, 11. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Winter 42/43. Kriegswende mit der Schlacht um Stalingrad.
DIENSTAG, 11. Dezember, 21.45 Uhr, Arte: Im Dickicht der Spendenindustrie.
MITTWOCH, 12. Dezember, 11.30 Uhr, NDR: Usedom – Wellen, Sand und Storchennester.
DONNERSTAG, 13. Dezember, 15.15 Uhr, NDR: Weihnachten im Memelland.
DONNERSTAG, 13. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: wissen aktuell: „Der Agrar-Wahnsinn". Industrielle Optimierung laugt Ackerböden aus.
DONNERSTAG, 13. Dezember, 22.35 Uhr, MDR: Von Sternen, Stollen und Weihnachtschören.
DONNERSTAG, 13. Dezember, 22.45 Uhr, HR: Ein Abend für Hans-Joachim Kulenkampff – Der Kuli der Nation.
FREITAG, 14. Dezember, 15.15 Uhr, RBB: Ostpreußens Norden. Teil 2.
FREITAG, 14. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Undercover als Paketbote.
FREITAG, 14. Dezember, 21 Uhr, WDR: Der Vorkoster. Weihnachtsgans – Woher stammt der deutsche Festtagsklassiker.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

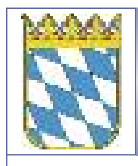
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Esslingen – Sonntag, 16. Dezember, ab 14 Uhr, am Neckar, Gaststätte Waldheim, ES-Zollberg: **Heimatliche Weihnachtsfeier.** Für feierliche Stimmung sorgen eine festliche Kaffeetafel an weihnachtlich dekorierten Tischen, traditionelles Gebäck, hausgemachtes Königsberger Marzipan sowie ein weihnachtliches Programm mit volksmusikalischer instrumentaler Begleitung, Gedichten, Geschichten und gemeinsam gesungenen Weihnachtsliedern. Die Gruppe freut sich auf Ihren Besuch.

Weinheim – Mittwoch, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Café Wolf: **Treffen der Frauengruppe** zum Thema „Vorweihnachtszeit – stille Zeit". Die Gedanken gehen zurück zur geliebten Heimat. So wird auch dieser Nachmittag von schönen Erinnerungen geprägt sein. Erinnerungen auch, die noch immer schmerzen. Die Gruppe wird an festlich geschmückter Tafel nicht nur Kaffee trinken und Kuchen essen, sondern auch Weihnachtsgeschichten und Gedichte vorlesen. Somit bekommt das Jahr 2012 einen würdigen Ausklang.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wendlingen – Sonntag, 16. Dezember, 14.30 Uhr, Saal des Gasthauses zum Lamm, Krichheimerstraße 26: **Vorweihnachtliche Feier.** Mit einer Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck wird begonnen. Es folgen Worte zur Weihnachtszeit mit Singen und Musizieren, um Erinnerungen wachwerden zu lassen. Gesellig wird der Nachmittag zu Ende gehen. Gäste sind herzlich willkommen.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 21. Dezember, 14.30 Uhr, Deutscher Kaiser: **Vorweihnachtliche Feier.** Besinnliche Stunden mit Gedichten, Geschichten und weihnachtlichen Weisen.

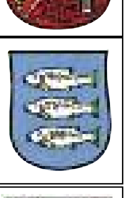
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: **Ostpreußischer Sängerkreis.** Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



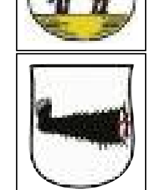
Berlin

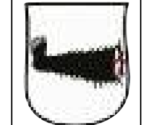
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



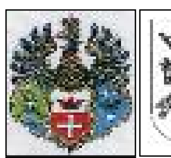


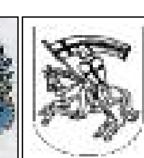


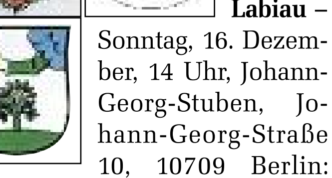




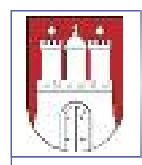
Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 12. Dezember, 13 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gradeschützenweg 139, 12203 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.







Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Heimatkreise. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Referat Kultur: Sonnabend, 8. Dezember, 14 bis 17.30 Uhr (Einlass 13 Uhr) Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 579, 22419 Hamburg, Telefon (040) 5278081: „Adventsfeier Landesgruppe". Die Veranstaltung wird nach der Begrüßung mit dem gemeinsamen Singen des Heimatliedes „Land der dunklen Wälder" beginnen. Dann folgt ein kulturelles Weihnachtsprogramm mit dem Ostpreußen-Chor (Vorsitzende Ilse Schmidt) und dem aus dem Memelland stammenden Schauspieler Herbert Tennigkeit. Den Chor dirigiert Hanna Guzinski und sie wird die Gruppe musikalisch in festliche Stimmung bringen. Aber auch das Mitsingen ist angesagt. Herbert Tennigkeit, geboren am 28. Februar 1937 in Grószpelken, Kreis Tilsit/Ragnit, ein erfahrener Schauspieler, wird literarisch ein lebendes Ostpreußen in voller Poesie und Humor demonstrieren. Auch Nachdenkliches über die Worte unserer Denker und Dichter wird den Teilnehmern nahegebracht werden. Die Veranstaltung leitet Kulturreferent Siegfried Grawitter, 22089 Hamburg, Evastraße 3b, Telefon (040) 205784. Das Hotel ist zu erreichen mit U1 bis Ochsenzoll, dann zirka 400 Meter Fußweg oder Bus 292 bis AK-Ochsenzoll. Übernachtungen sind möglich. DZ 70 Euro, EZ 50 Euro Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen. *H.G.S.*

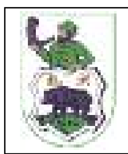
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 9. Dezember, 11 Uhr, St.-Johannes-Kirche, Bremerstraße 9 (erreichbar mit der S-Bahn. Linien 3 und 31 bis Haltestelle Harburg-Rathaus): Weihnachtsgottesdienst. Die Predigt halten Pastorin Sabine Kaiser-Reis und Ludwig Fetingis aus Plikiai, Litauen. Als Solistin tritt Frau Gaffewitz auf. Im Anschluss lädt die Gruppe in den Gemeindesaal bei Kaffee und Gebäck ein. Verwandte, Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen.

Harburg-Wilhelmsburg – **Achtung Änderung!** Montag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art. Aus organisatorischen Gründen musste der Beginn der Adventsfeier vorverlegt werden.

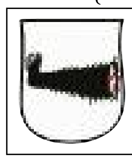
KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, am Bahnhof Ohlsdorf gelegen: Weihnachtsfeier der Gruppe. Sie beginnt mit einem reichhaltigen Mittagsbüffet. Der Preis für das kalt-warme Büffet beträgt 12 Euro pro Person. Bitte bis zum 12. Dezember anmelden. Julklapp-Päkchen können mitgebracht werden. Über zahlreiche Anmeldungen freut sich: Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.

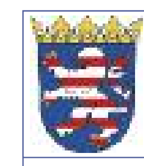


Sensburg – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Adventsfeier. Um Anmeldung bis zum 16. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767 wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Montag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Café la note: „Nun kommt für uns eine schöne Zeit" mit einem bunten Teller voll Adventsgeschichten, Liedern und Gedichten. Bitte anmelden bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.



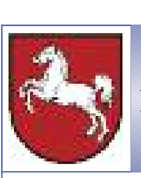
Hessen

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Wiesbaden – Vortrag beim Monatstreffen – „Nicht wegschauen, hinschauen": Diesen Rat gab ein amerikanischer Professor bei Kriegsende dem damals 18-jährigen Siegfried Kugies (Trebur). Und das war auch die Überschrift seines Vortrags beim letzten Monatstreffen. „Ein Satz, den ich in meinem Leben nicht vergesse", schreibt der Referent später in seinem Buch „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner". Dort hat er seine Erinnerungen anhand von Tagebuchaufzeichnungen und Terminkalendern auf 456 Seiten mit privaten Bildern für die Nachwelt festgehalten. Viele Kapitel sind auch in englischer Sprache übersetzt. Der in Eschingen (früher Echerningken) im Kreis Angerapp geborene und heute 86-jährige Ostpreuße erzählte von seiner Kinder- und Jugendzeit in Masuren und von den Erlebnissen während des Kriegsgeschehens. Sein Lebensweg, der ihn am Ende der Kriegsgefangenschaft im April 1948 in das hessische Trebur führte, hatte viel mit seinen hervorragenden englischen Sprachkenntnissen zu tun. Er war meist Dolmetscher, zunächst in amerikanischer und später in britischer Kriegsgefangenschaft. Kugies ist noch einer der wenigen Zeitzeugen, der im Juni 1948 bei der Berliner Luftbrücke der Westalliierten eingesetzt war. Als Eisenbahn-Rangierer auf „Rhein-Main Air Base" organisierte er die Logistik für das Beladen der Transportflugzeuge, die später als „Rosinen-Bomber" in die Geschichte eingingen. Auch sein Weggefährte, Werner Wittstadt, war an diesem Nachmittag gekommen: Der heute 90 Jahre alte Wiesbadener Eisenbahner schaffte damals als Bahnmeister die technischen Voraussetzungen, dass die Züge mit Lebensmitteln und anderen Gütern über einen Gleisanschluss zum Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim hineinfahren konnten. Wertvoll geblieben ist für Siegfried Kugies das Geschenk seiner Mutter zum 60. Geburtstag: ein Gesangbuch, das er bei seiner Konfirmation im März 1942 erhalten hatte. In der Obhut seiner Mutter überlebte es die Vertreibung und Flucht. Der Referent hatte es mitgebracht und hielt es hoch mit den Worten: „Diese Buch bedeutete für mich eine Erinnerung an die Heimat Ostpreußen". Nun reichte er es an seinen Enkel Fabian zu dessen Konfirmation weiter, „damit er es für die Familie in Ehren hält".

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Überall kommen dieser Tage Landsleute zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich Berichte über Advents- und Weihnachtsfeiern zu veröffentlichen. Die Redaktion bittet um Verständnis.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hildesheim – Donnerstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller: **Adventsfeier.** Wie in den Jahren zuvor wird Herr Markert mit dem Posaunenchor diese Adventsfeier in gewohnt fröhlicher Weise mitgestalten.

Osnabrück – Freitag, 21. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: **Treffen der Frauengruppe.**



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 9. Dezember, 15 bis 16 Uhr, Stadthalle: **Advents- und Vorweihnachtsfeier** bei Kerzenschein. Die Veranstaltung beginnt mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken, anschließend wird ein kleines festliches Programm geboten. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

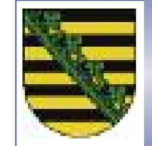
Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Wesel – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring: **Weihnachtsfeier.** Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Für ein gemütliches Beisammensein stehen Kaffee und Kuchen bereit. Mit Geschichten, Gedichten und Liedern zur Weihnachtszeit möchte die Gruppe ein paar besinnliche Stunden in der Adventszeit verbringen. – Bericht vom Kulturabend – Der erste Vorsitzende Paul Sobotta begrüßte eine stattliche Zahl von preußeninteressierten Gästen in der Heimatstube. Der 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen war das Kernthema an diesem Abend. Neben dem aufgestellten Porträt des großen Königs, das in Zusammenarbeit mit dem Preußen-Museum Wesel erstellt worden war, schilderte die Kulturreferentin der Ostpreußen Nordrhein-Westfalen, Dr. Bärbel Beutner, das Leben Friedrichs in der Kinder- und Jugendzeit, die sehr unter der Strenge seines Vaters stand. Die anderen Lebensdaten wurden nur angeschnitten, da sie sonst den Rahmen des Abends gesprengt hätten. So ein Sprung in die Jugendzeit des großen Königs machte hungrig. Auf dem Speise-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

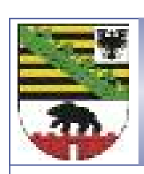
plan standen traditionell Schnittchen mit geräucherter Gänsebrust, dazu wurde Tee mit Rum oder Zitrone angeboten.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

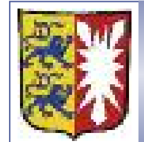
Chemnitz – Am 14. November trafen sich die Landsleute Ost- und Westpreußen um gemeinsam die **Totenehrung** durchzuführen. Nachdem die Gruppe in diesem Jahr ihren Gedenkstein auf dem Friedhof im Stadtteil Reichenbrand geschaffen haben, ist es uns möglich an diesem Ort, jährlich die Totenehrung zu halten. Es ist nun ein fester, würdiger Platz, an dem wir an alle Toten denken werden. Zu Beginn begrüßte die Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Chemnitz e.V. Sieglinde Langhammer alle Landsleute freundlich und bedankte sich für die zahlreiche Teilnahme. Es waren sehr viele, die an diesem kalten Novembertag gekommen waren, um den Toten die Ehre zu erweisen. Sieglinde Langhammer sprach einleitende Worte zu diesem feierlichen Akt und darüber, wie schwer es war, diesen Gedenkstein zu schaffen. Die Vorsitzende der Frauengruppe, Liesbeth Krüßel, hatte für alle Kerzen mitgebracht, die angezündet wurden. Die Kulturbeauftragte Ingrid Labuhn führte mit Mitgliedern des Kulturkreises Simon Dach die Totenehrung durch. Es wurde ein Blumengebinde niedergelegt und viele hatten eine Rose mitgebracht. Große Kerzen standen auf dem Gedenkstein. Ingrid Labuhn erinnerte an die vielen Toten, die dem Krieg zum Opfer fielen und nun irgendwo in der kalten, fremden Erde liegen. Ihnen zu Ehre und Gedenken sollen die Kerzen leuchten und ihnen hatten die Teilnehmer die Blumen mitgebracht. Den Soldaten, die nie ein Grab hatten und zu Tausenden in der Erde völlig unbekannt ruhen. Menschen, die vor Kälte und Hunger auf der Flucht starben und irgendwo am Wegrand abgelegt wurden. Menschen, die ertranken auf der Flucht, die durch schlimme Krankheiten den Tod fanden. Wir wollen ihnen die Ehre halten und in unseren Herzen bewahren. Jeder Einzelne hatte in der Familie Opfer zu beklagen und das werden wir nie vergessen und immer in Liebe an sie denken. Danach hörten die Teilnehmer Ingrid Labuhn und Barbara Ruppert Flöte spielen. Lieder und nachdenkliche Vorträge von den Mitgliedern des Kulturkreises Simon Dach folgten. Nach dem gemeinsamen Heimatlied erfolgte die Totenehrung für die Landsleute, von denen die Gruppe dieses Jahr Abschied nehmen musste. Sieglinde Langhammer gedachte Kurt Ambraß, Manfred Augstein, Bodo Schulz und Irma Kreher. Sie bat die Anwesenden, mit einer Schweigeminute an alle Toten zu denken. Nach der feierlichen Totenehrung, die sehr ergreifend war, erzählte jeder einzelne seine ganz persönliche Geschichte, wie viele Opfer dieser grausame Krieg in den Familien gefordert hat.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Halle – Freitag, 21. Dezember, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Königsberger-Klops-Essen – Das traditionelle Königsberger-Klops-Essen bei der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig im Hotel Wisser war ein voller Erfolg. 85 Mitglieder und Gäste waren erschienen, um ein paar schöne Stunden im Kreise der Gruppe zu verbringen. Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Jochen Gawehns den Landesvorsitzenden und Kulturreferent der Landsmannschaft Ostpreußen, Edmund Ferner, den stellvertretenden Vorsitzenden der Ostpreußischen Kulturstiftung, lange Jahre Vorsitzender des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und ehemaliges Bundesvorstandsmitglied, Hubertus Hilgendorff, die Ehrenvorsitzende der Gruppe Ilse Meiske, den stellvertretenden Bürgermeister Werner Ehlers sowie die Vorsitzenden von Vereinen und Verbänden. Zur musikalischen Unterhaltung spielte Burkhard Donath auf dem Keyboard, Ina Naujok und Ingelore Spaeth erfreuten gekonnt die Gäste mit einem Sketch und Ilse Meiske las einige Geschichten zum Schmunzeln in Mundart. Mit Plachandern, Schunkeln und Singen endete dieser gesellige Abend.

Neumünster – Sonnabend, 8. Dezember, ab 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Treffen der Gruppe. – **Bericht vom gemeinsamen Mittagessen** am 14. November im Restaurant am Kantplatz. Das Treffen mit sehr vielen Teilnehmern war eine gelungene Veranstaltung. Zwei Gerichte standen zur Auswahl. Sehr schmackhaft, köstlich und in so geselliger Runde schmeckt es noch einmal so gut! Im Pungelchen waren wieder so manch lustige, heitere Gedichte und Geschichten, die gekonnt vorgetragen wurden. Auch ohne musikalische Begleitung klappte das „Wunschkonzert“. Nach drei Stunden endete der vergnügte Nachmittag und das Mittagsschläfchen konnte zu Hause nachgeholt werden.

Uetersen – Monatsversammlung – Der Vorsitzende Joachim Rudat konnte 30 Mitglieder und Gäste begrüßen. Das jüngste Vorstandsmitglied Frank Farin wollte als Referat seine Vorstellungen über die aktuellen politischen Probleme darstellen. Nach der üblichen Gratulation an die Geburtstagskinder der Zwischenzeit und der anschließenden Kaffeestunde an von Dora Pütz festlich gedeckter Tafel begann Farin als Einleitung mit dem geschichtlichen Datum 9. November. Am 9. November 1918 rief Scheidemann die Republik aus. 1923 fand der Hitlerputsch statt, 1938 die Reichskristallnacht, 1989 fiel die Mauer. Dieser Tag war in vielfacher Hinsicht richtungsweisend in der deutschen Geschichte. Das Thema, das heute auf den Nägeln brennt, ist die Frage: „Ist der Weg nach Europa zu den Vereinigten Staaten von Europa möglicherweise ein Fehlweg, nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle Länder Europas?“ Auf diese Frage hat es noch keine Antwort gegeben. Uns wird immer nur gesagt, dass es eine Lösung aller Probleme nur in einer stärkeren europäischen Integration gibt. Das behaupten jedenfalls Merkel und Schäuble, ohne zu erklären, warum es so ist. Jede stärkere Integration heißt immer mehr Abgaben von Rechten nach Brüssel. Das heißt Entmachtung der deutschen Wähler. Die Entscheidung darüber treffen die politischen Vertreter der einzelnen Parteien. Das Volk wird nicht gefragt. Im Grundgesetz heißt es zwar, alle Macht geht vom deutschen Volke aus. Eine Volksabstimmung ist aber nicht vorgesehen. Einer der Gründe ist wohl die Angst vor dem eigenen Volk. Nach Farins Meinung hat Europa bisher nur funktioniert, solange einige für andere bezahlt haben. Dieses Prinzip kommt jedoch in die Krise beziehungsweise stößt an sein Ende. Farins Prognose: Der Euro wird scheitern. Die EU zerfällt. Nichts in der Politik ist umkehrbar. Aber nicht von heute auf morgen. Dieser Prognose Farins stimmten die meisten der Besucher zu. Joachim Rudat bedankte sich bei seinen Vorstandskollegen und wünschte allen einen guten Heimweg.

Anzeigen

Wir trauern um

Maja Ehlermann-Mollenhauer

* 11. 4. 1925 Nidden † 23. 11. 2012 Mainz

Sie hatte ihr Leben der Wahrung und der Erneuerung ostpreußischer Kulturgeschichte gewidmet.

Sie half im heutigen Nidden, Memel und Königsberg die Erinnerung an die deutsche Geschichte dieser Orte zu erhalten.

Ihr besonderer Einsatz galt dem Werk Ihres Vaters, des Malers Ernst Mollenhauer, und dem Andenken an die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung.

Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg

Die Urnenbeisetzung erfolgt auf dem Friedhof von St. Severin in Keitum/Sylt.

„Wo gehen wir hin?“ „Immer nach Hause“
(Novalis, *Heinrich von Ofterdingen*)

Am Morgen des 23. November 2012 verstarb in ihrer Wahlheimat Mainz

Maja Ehlermann-Mollenhauer

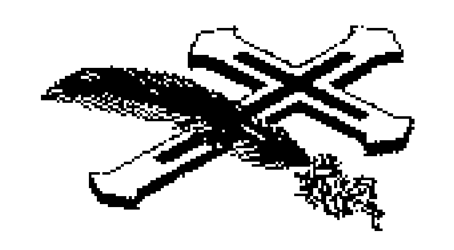
* 11. 4. 1925, Nidden

Wir trauern um sie und werden sie auf vielfältige Weise schmerzlich vermissen. Das Wirken für die Künstlerkolonie in Nidden auf der Kurischen Nehrung und das Werk Ihres Vaters, des Malers Ernst Mollenhauer, standen im Mittelpunkt ihres Lebens.

Hedwig Münz,
im Namen aller Freunde
und Wegbegleiter

Am Stiftswingert 18a, 55131 Mainz

Trauerfeier und Beisetzung finden statt am 14. Dezember 2012 um 13.00 Uhr auf dem Friedhof von St. Severin in Keitum/Sylt.





Die Kreisgemeinschaft Wehlau trauert um ihr Gründungsmitglied

Wilhelm Witt

der am 23. August 1916 in Groß Engelau/Ostpreußen geboren wurde und am 20. November 2012 in Bremen von uns ging.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kreisgemeinschaft Wehlau

Gerd Gohlke	**Werner Schimkat**	**Hans Schlender**
2. Vorsitzender	Vorsitzender	Schatzmeister

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche stehen und lauschen in die Ewigkeit.
(Ostpreußen-Lied)

Aus der Heimat einst vertrieben, die ich doch so sehr geliebt,
geh ich heim in Frieden, wo der Herr mir Ruhe gibt.

Ilse Groß

Konzertaltistin und Rezitatorin

* 6. 1. 1924 in Marienburg † 19. 10. 2012 in Vreden/Westf.



In Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied
Deine Kusine Helga
Deine Nichten Isabel
Julia
Ina und Leonore
mit Familien

Traueranschrift: Ina Gallwitz, Reichenaustr. 27, 78315 Radolfzell/Bodensee

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 25. 10. 2012 in der Kapelle des Waldfriedhofs Radolfzell statt.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Duisburg – Zehntägige Busreise nach Königsberg vom 16. bis 25. Juli 2013 – Die Fahrt geht von Duisburg, Hauptbahnhof, Westeingang, ab 6 Uhr, Hannover 10 Uhr, Berlin-Schönefeld 14/14.30 Uhr. Dann Richtung Schneidemühl, Hotel Gromada/Rodlo mit Übernachtung. Am Mittwoch, 27. Juli geht es weiter über Schlochau, Marienburg mit Fotostopp über Braunsberg an die polnisch-russische Grenze. Weiter geht es nach Königsberg, Hotel Kaliningrad. Tagesfahrten ab 18. bis 23. Juli nach Waldau mit Folklore, Arnau, Heiligenwalde. Am 19. Juli nach Labiau, Tilsit, Breitenstein Museum, Insterburg, Tapiau. Am 20. Juli nach Gumbinnen zur Rominter Heide und zurück über Angerapp, Insterburg, Königsberg. 21. Juli: Tag zur freien Verfügung. 22. Juli: Palmnicken, Rauschen, Neukuhren. 23. Juli: Kurische Nehrung mit zwei Stunden Möglichkeit zum Baden, Vogelwarte und Dünen. 24. Juli: Rückreise über Kolberg nach Stettin, Hotel Panorama. 25. Juli: Rückreise auf der Strecke der Hinreise. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie die Anmeldung erhältlich bei Willi Skulimma, Aaakerfährstraße 59, 47058 Duisburg.



MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, Adria-Restaurant: **Adventsfeier der Deutschen Bevölkerung „Herder" in Mohrungen.** – Sonntag 16. Dezember, 15 Uhr, Herdermuseum in Mohrungen: **„Weihnachten mit Herder".**

Partner in einem Boot – Saalfeld/Thüringen zum Segelsaisonende in Saalfeld [Zalewo]. Auf der Segeljacht „Neverin" bekräftigten die Bürgermeister von Saalfeld/Thüringen und von Saalfeld [Zalewo] Matthias Graul und Marek Zylinski, die herzliche Partnerschaft beider Städte. Der Einladung Saalfeld [Zalewo] folgend und begleitet von einem Stadtfest erlebte eine kleine Saalfelder Delegation um Bürgermeister Matthias Graul den Saisonabschluss im Segeln, dessen Höhepunkt eine Bootsparade mit mehr als 20 Teilnehmern aus ganz Polen im Saalfelder Hafen war. Die „Neverin" trägt die Wappen der Partnerstädte und blickt auf eine erfolgreiche Segelsaison 2012 zurück. Saalfelds Partnerstadt Saalfeld [Zalewo] ist historisch ein Ausgangspunkt für Segeltörns über Seen und Kanäle – insbesondere den Oberländischen Kanal – bis hin zur Ostsee. Daran anknüpfend werden derzeit neue Hafengebäude errichtet und die erfolgreiche Infrastruktur entwickelt, um das touristische Potenzial der Region besser nutzen zu können. Neben Sightseeing stand auch die geschichtliche Auseinandersetzung auf dem Programm. Besucht wurde dabei die Ordensburg „Preußisch-Mark" mit Führung durch den Burgherrn. Sehr emotional war die Begegnung mit „Oma" Hilde Klosinska, der „guten Seele" unserer Städtepartnerschaft, als Bürgermeister Matthias Graul ihr einen Saalfelder Zinnteller mit der Gravur „Danke, Oma Hilde" überreichte. „Der 87-jährigen ‚Grand Dame' der Partnerschaft Saalfeld [Zalewo] gilt der besondere Dank und Respekt beider Städte. Sie verkörpert, wie keine andere Persönlichkeit, die herzlichen Beziehungen zwischen dem polnischen und deutschen Saalfeld", erklärte Bürgermeister Graul. Interessant waren die abendlichen Gespräche der Bürgermeister zur Konkretisierung weiterer gemeinsamer Projekte im „Przystam", der bei Saalfeldern beliebten Pension mit agrotouristischen Angeboten von Dorota Pasko-Sawczynska, Motitten (früher Abraham), welche selbst kommunalpolitisch und touristisch engagiert ist. Zum Abschluss überraschte Dorotas Tochter Joasia (12) Saalfelds Bürgermeister mit einem selbstgemalten Bild. In Groß Arnsdorf [Jarnoltowo] wurden die geschichtlichen Info-Tafeln des Ortes (in Deutsch und Polnisch, überreicht von der Kreisgemeinschaft Mohrungen zum 700-jährigen Jubiläum, vom fleißigen Team um Lessek Meller im historischen Glockentorhaus der Kirche angebracht. (www.jarnoltowo.pl.). – Gisela und Manfred Harder, (früher Lodehnen/Paudelwitz) sind die stolzen Züchter vom Trakehner Elite-Hengst „Connery", der auf dem 50. Trakehner Hengstmarkt in Neumünster zum „Hengst des Jahres 2012" ernannt wurde. – Die Weihnachtsausgabe der Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten, mit vielen interessanten Berichten, wurden Ende November versandt. Termine für 2013: Die Kassenprüfung für das Jahr 2012 findet am 7. März im Archiv in Gießen statt. Die Kreisausschuss-Sitzung findet am 8. März ebenfalls in Gießen statt. Die Amtsperiode des 7. Kreistages geht im Herbst 2013 zu Ende. Die Neuwahl des 8. Kreistages der Kreisgemeinschaft Mohrungen erfolgt nach der Wahlordnung. In den Weihnachts-MHN finden Sie den Aufruf zur Einreichung und Wahlvorschlägen. Bitte vormerken: Am 7./8. September 2013 laden wir Sie sehr herzlich zu unserem Heimatkreistreffen im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstr. 8, Bad Nenndorf ein. – Für die Adventszeit und das bevorstehende Weihnachtsfest wünschen wir Ihnen besinnliche Tage im Kreis Ihrer Familien und für das neue Jahr Gesundheit, Zufriedenheit, viel Kraft und ein nie versiegendes Engagement für unsere Heimat.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Donnerstag, 27. Dezember, 14 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: **Tag der Offenen Tür.**



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Eine beeindruckende Reise nach Ostpreußen – Teil 1 – Wie schon seit Jahren war ich auch in diesem Jahr Reiseleiter einer Ostpreußenfahrt, die ich im Auftrag der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit organisierte. Sie fand vom 26. Juli bis zum 4. August 2012 statt. Die Zusammensetzung der Mitreisenden hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Waren es früher fast ausschließlich gebürtige Ostpreußen, die mitfuhren, so ist diese „Ostpreußenfamilie" nunmehr stark reduziert. Viele sind verstorben oder können aus Altersgründen eine solche Fahrt nicht mehr unternehmen, oder sie sagen: „Ich habe alles gesehen, es ist genug." Dafür haben jetzt immer mehr die „Einheimischen" großes Interesse an einer solchen Reise. Ihre Neugier auf Ostpreußen ist durch die zahlreichen Fernsehsendungen geweckt worden. Über keine Ostdeutsche Provinz wird so oft berichtet, wie über unser Ostpreußen. 2012 hatten gut 60 Prozent meiner Gruppe keine ostpreußischen Wurzeln. Ich bin über diese Entwicklung nicht unglücklich, vor allem deshalb nicht, weil ich auch diesem Personenkreis unsere Heimat und deren Geschichte und Kultur näherbringen kann. Die meisten von ihnen haben von dem, was sie erwartete, keine Vorstellung. „Was wir jetzt sehen und von ihnen hören, war uns kaum bekannt. Nun wissen wir erst, wie groß Pommern und Ostpreußen sind", sagen sie. Begeistert kehren sie von der Reise zurück und werden sicherlich in ihren Familien- und Bekanntenkreisen über ihre Ostpreußenreise berichten. Infolgedessen wird unsere Heimat auch in diesen Kreisen näher bekannt, und Ostpreußen wird nicht ganz in Vergessenheit geraten.

Neugier auf Ostpreußen wächst

In meinem Reisebericht werde ich die ausführliche Vorstellung der Sehenswürdigkeiten und der Orte kaum erwähnen, denn darüber konnte man schon unzählige Male in anderen Reiseberichten lesen. Ich werde mehr über Neuigkeiten, Geschichtchen und besondere Erlebnisse auf der Reise in den Vordergrund stellen.

Am ersten Reisetag geht es von Mönchengladbach-Rheydt bis Schneidemühl. Nachdem in Berlin die letzten Reiseteilnehmer zugestiegen sind, nehmen wir diesmal die neue Autobahn Berlin – Warschau. In Posen fahren wir ab und kommen nach 100 Kilometern im Schneidemühler Hotel Gromada an. Tilsit wird am nächsten Tag unser Reiseziel. An der Marienburg legen wir einen einstündigen Fotostopp ein. Wie auch sonst, begegnen uns hier scharenweise Touristen und eine Menge Schulklassen. Die Marienburg ist für die Polen eine ihrer bedeutsamsten Sehenswürdigkeiten. Auf der neuen Autoschnellstraße, die bis Königsberg führt, nehmen wir die Abfahrt Braunsberg und fahren zum Grenzübergang Gronowo/Mamonovo. Die Kontrollen der Polen und Russen werden jedes Mal schneller – in einer Stunde ist alles erledigt. Auf der russischen Seite erwartet uns Larissa, unsere bewährte Reiseführerin. Die Umgehungsstraße von Königsberg ist endlich fertiggestellt. An der Straße in einem Waldstück vor Argenbrück steht ein Denkmal, das an die russischen Fallschirmspringer erinnert, die im Sommer 1944 des Nachts über unsere Wälder abgesetzt wurden. Sie hatten den Auftrag, die Verteidigungsanlagen der Wehrmacht auszukundschaften. Ich erinnere mich, dass auch uns im Kirchspiel Breitenstein abgeraten wurde, die umliegenden Wälder zu betreten, da sich dort russische Fallschirmspringer aufhalten. Schon relativ früh erreichen wir in Tilsit unser Hotel Rossija am Hohen Tor mit dem davor stehenden Lenin und dem Tilsiter Elch. Im Übrigem: Der Elch erfreut sich bei Alt und Jung großer Beliebtheit. Am nächsten Tag werden einige von uns ihre Heimatorte aufsuchen, die meisten aber nehmen an einer attraktiven Tagesrundreise teil. Zuerst findet eine Stadtbesichtigung Tilsits statt. Dabei fallen mir besonders die neu restaurierten deutschen Häuser in der Hohen Straße auf, es werden ständig mehr, um die man sich jetzt kümmert. Langsam wird deutlich, wie schön Tilsit einst war. In Ragnit halten wir an der mächtigen Burgruine. Sie war neben der Marienburg die stärkste Burg des Ritterordens, errichtet 1397/1409 in der damaligen Großen Wildnis. Auf dem weiteren Weg nach Breitenstein [Uljanowo] liegt östlich der Straße, knapp zehn Kilometer entfernt, das in Bau befindliche Kernkraftwerk. Im März/April 2010 hatte man damit begonnen. Der erste Block soll 2016, der zweite 2018 ans Netz gehen. Um ihre ständig wachsende Belegschaft vernünftig unterzubringen, erwarb die Atombehörde „Rosatom" das komplette Ragniter Hotel „Neman-Kronus". Fortsetzung folgt! *Klaus-Dieter Metschulat*

Abenteuerliche Reise einer Weihnachts-Krippe

Deutsch-Amerikaner schenkte Haus Schlesien originale Waldenburger Krippe – Blickfang der traditionellen Brauchtumsausstellung

Das Städtchen Waldenburg in der Nähe von Breslau machte Anfang des 19. Jahrhunderts als Stätte der handwerklichen Krippenfertigung von sich reden. Einige talentierte Holzschnitzer unter den Bauern und Waldarbeitern sicherten sich damit ein zusätzliches Einkommen in den Wintermonaten. Das ging bis 1848 gut, als eine Fabrik die Bewohner des Ortes ganzjährig beschäftigte. Danach gab es keine Krippen mehr aus Waldenburg.

Diese und andere zeitgeschichtlich relevanten Informationen lieferte ein Deutsch-Amerikaner schlesischer Herkunft, der 1935 mit seiner Familie Deutschland in Richtung Vereinigte Staaten von Amerika verlassen hatte und der vor kurzem eine solche schlesische Weihnachts-Krippe dem Haus Schlesien im rheinländischen Königswinter geschenkt hat.



Freuen sich über den Neuzugang: Nicola Remig (l.) und Reinhard Blaschke (r.) Bild: D.G.

Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde, ist stolz auf den sachlichen Neuzugang: „Wir zeigen die wertvolle Krippe an besonderer Stelle im Rahmen unserer alljährlichen Brauchtumsausstellung und geben alles Wissenswerte über Herkunft und Wertigkeit dieses Exponates an die Besucher weiter." Genauso faszinierend wie die Entstehungsgeschichte dieser Schenkung sind auch die fast abenteuerlichen Wege, die das „Schmuckstück" zurückgelegt hat und nicht zuletzt die familiären Erinnerungen des letzten Eigentümers.

Reinhard Blaschke, der Präsident des Vereins Haus Schlesien e.V., hat seit mehr als zwei Jahren mit dem befreundeten Spender in Los Angeles gesprochen und korrespondiert. Selbst als die Überseekiste mit wertvollem Inhalt ihre Reise in Richtung Deutschland gut überstanden hatte, mussten noch behördliche Klippen „umschifft" werden. Mit viel persönlichem Einsatz konnte die Schenkung schließlich ohne Zahlung von hohen Zoll- und Einfuhr-Umsatzsteuern am Düsseldorfer Flughafen abgeholt werden.

Schließlich stand die Kiste in der „guten Stube" von Haus Schlesien, wurde vor den Augen der Verantwortlichen geöffnet und begutachtet. Präsident Blaschke: „Wir sind sehr froh, den Freunden unseres Hauses ein neues Schmuckstück vorstellen zu können und hoffen, dass die original Waldenburger Krippe bei der älteren Generation schöne Erinnerungen wachrufen, aber auch bei den jüngsten Besuchern Interesse an der schlesischen Tradition wecken wird. Die Schenkung belegt einmal mehr, dass unsere Arbeit zur Erhaltung und Pflege von schlesischem Kulturgut anerkannt und sogar von Schlesiern weltweit geschätzt wird."

Der Spender der Krippe – der auf eigenen Wunsch ungenannt bleiben möchte – wurde im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges in Breslau geboren. Den Großvater, von dem die Krippe stammte, hat er nach eigenen Angaben zwar nie persönlich kennengelernt, doch erinnert er sich noch gut an die Weihnachtsfeiern seiner Kindheit. In seinem Bericht heißt es: „Die ganze Familie war auf unserem Landgut, welches sich in der Nähe des Zobtenberges befindet, dem heiligen Berg der Schlesier, vereint. Das Zentrum dieser Tradition, das sich nie veränderte, war unsere Waldenburger Krippe am Fuße eines großen Weihnachtsbaumes."

Kulturgut wird immer mehr anerkannt

In der Zeit des Gymnasiums entdeckten der Spender und sein Vater zwei weitere ähnliche Krippen, eine davon wurde im Breslauer Museum gesehen. Als die Familie im Jahre 1935 nach Chicago auswanderte und später nach Los Angeles umzog, ging die Waldenburger Krippe stets mit auf Reisen und bekam schließlich einen Ehrenplatz in einer kleinen Hauskapelle.

Zahlreiche Besucher des Hauses – darunter hochrangige Würdenträger – bewunderten und lobten das besondere Kulturgut. Vor Kurzem entschied der heute 94-jährige Deutsch-Amerikaner, sich von der Krippe zu trennen und sie in die Heimat zurückzugeben. Neuer Standort sollte das Haus Schlesien in Königswinter sein. Dazu der Spender: „Gott beschütze diese wertvolle Krippe, welche auch die schlesische Frömmigkeit dokumentiert."

Neben der Waldenburger Krippe im Holzkasten mit Glasfront zeigt Haus Schlesien in der Zeit vom 1. Dezember 2012 bis zum 27. Januar 2013 entlang des „Krippenweges" weitere Exponate, deren Figuren aus Holz, Keramik oder anderen Materialien die Geschichte rund um Christi Geburt erzählen.

Ferner sind typisch schlesische Weihnachtsdekorationen – wie der Weihnachtszepter aus Niederschlesien oder die im Advent gebastelten Apfelpyramiden – zu bewundern.

Für Schulgruppen und Kindergärten, die im Januar freien Eintritt in die Krippenschau bekommen, gibt es im Haus Schlesien von Königswinter unterhaltsame und lehrreiche Bastelnachmittage sowie bunte Ferienprogramme. *Dieter Göllner*

Ostpreußisches Landesmuseum

Beschwingte Weihnachten – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr Weihnachtskonzert mit dem Jazz-Duo „Blue Strings“ aus Berlin. Endlich ist es wieder soweit: Zur Einstimmung auf die Weihnachtszeit findet im Ostpreußischen Landesmuseum die alljährliche Vorweihnachtsveranstaltung statt. Dieses Jahr lädt das Museum zu einem Weihnachtskonzert der besonderen Art ein. Mit einem Jazz-Konzert wird das „Blue Strings Duo“ sein Publikum mit klassischem Jazz, Swing und lateinamerikanischem Bossa Nova beschwingen und natürlich auch mit traditionellen Weihnachtsliedern verzaubern.



Blue Strings Duo,Foto: privat

Die Berliner Jazz-Künstler Veronika Vogel (Gitarre und Gesang) und Giorgio Crobu (Gitarre und Arrangements) bilden zusammen das „Blue Strings Duo“. Ihre langjährige Erfahrung als Musiker kombinieren die beiden Künstler seit 1990 in ihrem außergewöhnlichen Jazz-Duo mit Tiefgang und Empathie. Ihr umfangreiches und vielseitiges Repertoire reicht von klassisch-dezent bis mitreißend-modern.

Veronika Vogel wuchs in einem kleinen Dorf im Sauerland, auf. Bereits im Kindesalter kam sie mit Musik in Berührung, die ihr ganzes Leben wie keine zweite Sache prägen sollte. Ihr Geschichts- und Englischstudium, das sie in Berlin begonnen hatte, brach sie ab, um sich voll und ganz auf ihr musikalisches Studium und ihre Karriere als Sängerin zu konzentrieren. In Berlin lernte sie unter anderem Jazzgitarre bei Giorgio Crobu. Veronika Vogel unterrichtet seit 1990 Gesang und Gitarrenspiel an der Musikschule Wilmersdorf-Charlottenburg, Berlin.

1959 in Oristano auf Sardinien geboren und aufgewachsen, brachte Giorgio Crobu sich das Gitarrespielen selbst bei und verdiente seinen Lebensunterhalt bereits mit 16 Jahren als professioneller Gitarrist in einem Musiker-Trio. Auf der Suche nach einer Möglichkeit, seiner Jazz-Leidenschaft intensiver nachgehen zu können, als dies in seiner Heimat möglich war, zog er im Jahr 1983 nach Berlin, wo er auch heute noch lebt und arbeitet. Mit weltberühmten Musikern wie Joe Pass, Harry „Sweets“ Edison und Buddy Tate tourte er bereits durch weite Teile Europas, sowie durch außereuropäische Länder wie Japan, Indonesien und Thailand. Seit 1993 ist er an der Hochschule für Musik Hanns Eisler in Berlin als Dozent für Jazz-Gitarre tätig. Eintritt 4 Euro. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599-50, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Preußische Herrscher der Neuzeit

Wissenschaftlich fundierte Vorträge beim »Kulturhistorischen Seminar für Frauen«

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) organisierte und seit mehr als zwei Jahrzehnten in Bad Pyrmont angebotene „Kulturhistorische Seminar für Frauen“ hat sich zu einem Phänomen entwickelt. Die Zahl jährlich wiederkehrenden Teilnehmerinnen ist hoch. Unter den aus ganz Deutschland angereisten Damen waren auch die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder der Deutschen Vereine aus Polen und Litauen sowie die Vorsitzende der Wolfskinder. Was macht diese Sonderform von Geschichtsunterricht so attraktiv?

Der organisatorische Ablauf hat sich seit Jahren bewährt. Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, gibt am Abend des Anreisetages eine Einführung in das Seminarthema. Traditionell folgt die Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen. Großes Ineresse erweckte die Vorstellung von Edyta Gladkowska, der Repräsentatin der LO in Allenstein, die seit 2011 ein eigenes Büro dort unterhält. Gladkowska berichtete offen und kompetent über ihr Aufgabengebiet in Allenstein. Bei der LO in Hamburg war sie beschäftigt, um einen Überblick über die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle zu erhalten.

In diesem Jahr lautete das Thema der Seminartage „Brandenburgisch-Preußische Herrschergestalten der Neuzeit – Vom Großen Kurfürsten bis Kaiser Wilhelm II.“. – Vor allem bürgt die ausgewogene Mischung von Referenten, die eingeladen werden und die zu ihren Spezialgebieten sprechen, für Qualität. Umgekehrt ist es gut, wenn die Vortragenden wissen, dass ihnen nicht nur historisch interessierte, sondern geschichtlich überdurchschnittlich gebildete Frauen gegenübersitzen, so dass sich an jeden Vortrag interessante und fundierte Diskussionen anschließen.

Den fesselnden Auftakt bildeten die Referate von Dr. Gerhild Komander, Berlin, und Prof. Dr. habil. Axel Walter, Universität Osnabrück. Die freiberuflich tätige Dr. Komander sprach packend und anschaulich zum Thema „Der Große Kurfürst Friedrich-Wilhelm und der Aufstieg Brandenburgs“. Detailfreudig, ja teilweise unterhaltsam, handelte Prof. Walter, der auch eine Professur für Germanistik an der Universität Memel [Klaipeda] innehat, „Die Königsberger Königskrönung Friedrichs I. im Spiegel der zeitgenössischen Literatur“ ab.



Bild: privat — Stefan Vöhringer

Einen biografischen Blick auf das Leben des Soldatenkönigs Friedrich-Wilhelm I. richtete mit Eloquenz Edmund Ferner, der Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Schleswig-Holstein. Sehr interessant war der Vortrag von Karin Feuerstein-Praßer, Historikerin aus Köln, „Ich bleibe zurück wie eine Gefangene‘: Elisabeth Christine und Friedrich der Große“, der auf einer notwendig komprimierten Fassung eines Kapitels aus ihrem Buch „Die preußischen Königinnen“ (Piper Verlag München, 3. Auflage 2012) basierte.

Dr. Stefan Vöhringer, Akademie Sankelmark, Oeversee nahm die Teilnehmerinnen mit auf einen kulturhistorischen Spaziergang durch Schloss und Parkanlage von Sanssouci in Bild und Wort. Einleitend zitierte er Voltaire: „Ich stelle fest: Der Preußenkönig hält alles und jeden in Bewegung, und ich glaube, das wird so bleiben.“ Vöhringers Fazit: Nicht Pro oder Contra sollte das Interesse an Leben und Werk dieses Mannes sein, sondern eine objektiv-intellektuelle Betrachtung. Einige dieser Facetten wären Friedrich als Freimaurer, als konservativer Mann, als extremer Individualist, als schillernde und ambivalente Persönlichkeit. Friedrich innenpolitisch positiv wirkend, außenpolitisch machtbewusst mit Streben nach Ruhm und Größe. Friedrich als Komponist, Friedrich als Feldherr..

Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin, arbeitete in seinem Vortrag „König Friedrich-Wilhelm III., Zar Alexander I. und die Konvention von Tauroggen“ die Charaktere der beiden Herrscher und der Generale, des Preußen Johann David v. Yorck und des Russen Hans Karl v. Diebitsch, aus, die den Waffenstillstand am 30. Dezember 1812 aushandelten. Yorck rechtfertigte diese Entscheidung mit der vom König vor dem Feldzug gegebenen Vollmacht, in unvorhergesehenen Situationen nach eigenem Ermessen und zum Wohle des Volkes zu handeln. Schmidt spannte den Bogen zum Attentat auf Hitler am 20. Juni 1944, an dem auch ein direkter Nachfahre, Ururenkel Peter Graf Yorck von Wartenburg, aktiv beteiligt war und der am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. Mit gewohnter Solidität sprach Dr. Enno Eimers, Leer, über „Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit“ und zeichnete ein differenziertes Bild des Monarchen.

Den Abschluss bildete die von Prof. Dr. Albert Kotowski, Universität Bromberg, vorgenommene „Analyse des deutsch-polnischen Verhältnisses vor dem Hintergrund des Nachbarschaftsvertrages“. Seine Feststellung: „Die Polen brauchen ein Feindbild von einem Deutschen, früher war es Bismarck, heute ist es Erika Steinbach.“ zog eine ausgiebige Diskussion nach sich. Es wurde deutlich, dass es für das Verstehen von Haltungen und Handlungen hilfreich ist, gelegentlich einen „polnischen Blickwinkel“ einzunehmen. Der Referent forderte auf, Gemeinsamkeiten in der Geschichte hervorzuheben und schwierige Themen „sanft“ zu behandeln.

Rege Diskussionen im Anschluss

Mit Singen endeten die Seminartage, deren Erfolgsgeheimnis nicht zuletzt in der guten Atmosphäre besteht, wozu auch der „Ostpreußische Heimatabend“ beiträgt, der kulinarisch maßgeblich von den Damen aus Ostpreußen gestaltet wird. Ostpreußinnen und an Geschichte und Gegenwart der Provinz interessierte Frauen eint eine Gemeinschaft auf Zeit. Fortsetzung erwünscht!

Ute Eichler/Uta Lüttich

poetisch: Kopf · Verneinung · Fahrtordnung von Schiffen · Fachmediziner (HNO) · in ein Signalhorn blasen · sicher, geschützt · unartikuliert sprechen · Schluss · englische Hauptmahlzeit · Nadelbaum · Stadt u. See in Pennsylvania · Früchte · Fluss zur Aller (Oberharz) · Verliererin im Wettkampf · Anschauung, Meinung · Leid, Not · Niederlage; Zusammenbruch · lateinamerikanischer Tanz · verschieden · Verbannung; Verbannungsort · Pflanze mit fleischigen Blättern · Sandanhäufung, -hügel · Gerät zum Verbinden v. Metallteilen · Schriftsteller · ital. Barockmaler (Guido) · Art, Gattung (Kunst, Medien) · Höhenlage; Bildungsstand · Musikzeichen · von Vorräten leben · Ballsportart · schmiedbare Eisenlegierung · metallhaltiges Mineral · Staat in Nahost, Persien · abwertend: Liebhaber · Hast · wörtliche Wiedergabe · Schiffsbesitzer, Reeder · sich schämen (sich ...) · Schauspiel-, Ballettschüler · großer Zeitabschnitt · ausschütten · Schanktisch · engl.-amerik. Längenmaß · Lobrede · Position · Verwaltungseinheit · gefallsüchtig; eingebildet · Abkürzung für Sankt · wertloses Zeug · dt. Name der poln. Stadt Opole · Teigwaren (italienisch) · Doppelehe · Hauptsache; Mittelpunkt · amerik.-engl. Dichter (T. S.) · Bruder d. Mutter oder des Vaters · Blüte vor der Entfaltung · Zielobjekt (Schießen) · Angehöriger eines Balkanvolkes · politischer Fanatiker · Kultbild der Ostkirche · südamerikanischer Indianer · Hochgebirgshorntier · alter Krieger; Draufgänger · Schließvorrichtung, Sperre · Nährmutter · Singstimme · Teil des Gesichts · Leichtmetall (Kurzwort) · reich an Licht · scharf gewürzt · achte Stufe der diaton. Tonleiter · kurze Werbesendung (engl.) · hager, mager · Begriff beim Pharaospiel · Bartabnahme · Fisch-, Vogelfanggerät · Kostenpunkt · Überschrift · kirchlicher Würdenträger · fein, empfindlich · Form des Theaterstücks · Tierhöhle · bestimmter Artikel · Affodillgewächs, Heilpflanze · Antrieb, Verlockung · Pastenbehälter · chem. Zeichen für Tantal · Insel der Kleinen Antillen · Prachtstraße · Handwerksberuf · kostspielig · munter, lebhaft · eine der Nordfriesischen Inseln

PAZ12_49

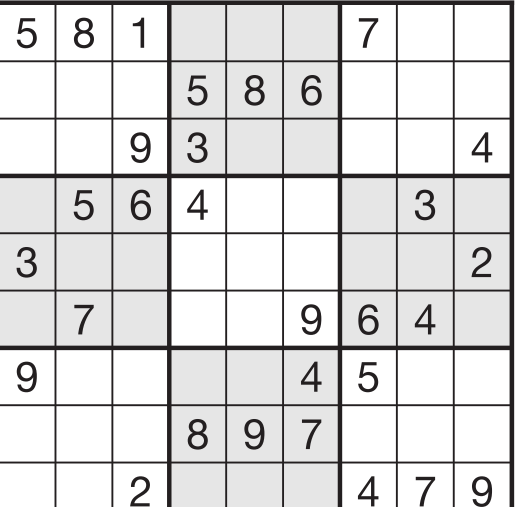
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Klient, 2. Aufbau, 3. Ornit, 4. Diktat, 5. Zeiger, 6. Reiher – Kutter, Tanker

Kreiskette: 1. Banane, 2. Angler, 3. Lerida, 4. solide, 5. Frosch – Bangladesch

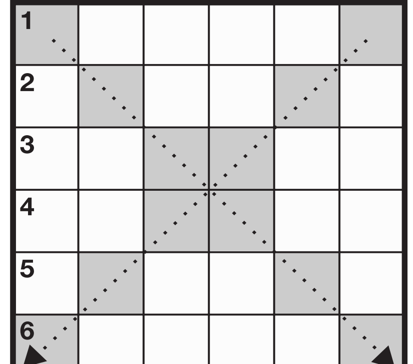
Sudoku:

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



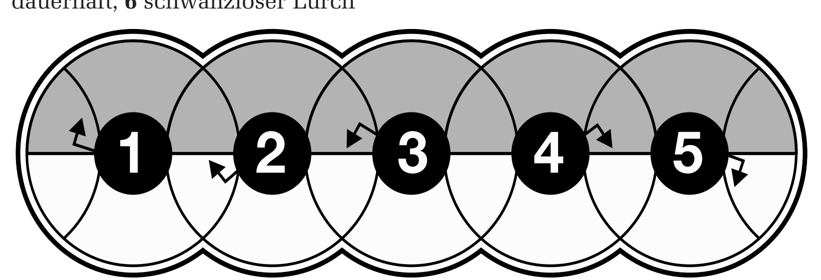
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Wasserfahrzeuge.

1 Auftraggeber, Mandant
2 Errichtung, Montage
3 Sohn Alberichs (dt. Heldensage)
4 Rechtschreibübung
5 Teil der Uhr
6 Schreitvogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Staat in Vorderindien.

1 Südfrucht, **2** Sportfischer, **3** Provinz und Stadt in Spanien, **4** gediegen, dauerhaft, **6** schwanzloser Lurch



Porträts großer preußischer Frauen

Vortrag des Förderkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. in Lüneburg

Das Preußenjahr sollte nicht zu Ende gehen, ohne dass ein weiteres Kapitel der Fortschrittlichkeit von Preußen der Öffentlichkeit zu Gehör gebracht worden war, nämlich die hervorragenden Leistungen der Frauen in vielen wichtigen Lebensbereichen. „Preußens Frauen – Von der Stammmutter Preußens bis zur realen Effie Briest“ war ein Thema, das im Preußenjahr noch nicht behandelt worden war und so hatte Frank Riedel, Kustos des Brandenburg-Preußen Museums, in der Vortragsveranstaltung des Förderkreises Ostpreußisches Jagdmuseum–Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung aufmerksame Zuhörer bei seinem Vortrag in Lüneburg. War in Preußen die Frau in erster Linie Hausfrau und Mutter, so ergriffen doch bereits mit der Gründung des Königreichs Preußen 1701 Frauen ihre beruflichen Chancen. Sie standen für die Vielfalt eines erstaunlichen Staates abseits der so gern gepflegten Klischees von Pickelhaube und Matrosenanzug, von Zopf und Stock.



Vorstand des Förderkreises: Horst Buschkowsky, Dr. Barbara Loeffke, Dr. Karsten Uffhausen, Frank Riedel, Wilhelm von Gottberg

Bild: Brandenburg-Preußen-Museum

Sieben Frauen von besonderem Rang hatte Frank Riedel für seinen Vortrag ausgewählt: von der Stammmutter Preußens über Königin Luise, eine Ärztin, eine Porträtmalerin bis zur Politikergattin, Unternehmerin bis zur realen Effi Briest. Dass Frauen akademische Berufe ergreifen konnten, dafür sorgte Friedrich der Große. Im Preußen Friedrich des Großen erlangte die erste deutsche Frau ihren Doktortitel. Am 6. Mai 1754 legte die in Quedlinburg ohne formelle universitäre Ausbildung praktizierende und von ihren männlichen Kollegen angefeindete Ärztin Dorothea Christina Erxleben (1715–1762) mit einer akademischen Abhandlung erfolgreich ihr Promotionsexamen ab. Friedrich der Große war es, der die Fakultät in Halle zur Verleihung des doctor medicinae ermächtigte. Königin Luise von Preußen (1776–1810), zu Beginn des 19. Jahrhunderts die am meisten bewunderte Deutsche, war für die preußische Monarchie ihrer Zeit ein Glücksfall. Mit ihrer charismatischen Schönheit war sie ein neuer Typus weiblicher Tugenden: eine Frau und Mutter, die mit spontanen Gesten und aufopferungsvollem Einsatz für ihr Vaterland die Liebe ihrer Untertanen gewann. Nie vorher und nie nachher hatte Preußen eine so populäre Monarchin. Sie war eine preußische Identifikationsfigur par exzellence und eine Ausnahmeerscheinung. Dies gilt auch und gerade für Anna von Preußen und Jülich-Kleve-Berg (1576–1625), die Ehefrau des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg und Stammmutter des brandenburg-preußischen Staates, die zu den bemerkenswertesten Frauengestalten der brandenburgischen und preußischen Geschichte zählt. Sie sicherte brandenburgische Ansprüche auf das Herzogtum Kleve mit den Grafschaften Mark und Ravensburg im Westen und das Herzogtum Preußen im Osten. Der Herrschaftsbereich der Hohenzollern verdoppelte sich auf über 80000 Quadratkolometer mit knapp 900000 Einwohnern. An Klugheit und Weitblick ihrem Gatten überlegen, sorgte sie dafür, dass die sandige Mark Brandenburg im Westen an die wegweisende Städte- und Gewerbekultur der Niederlande angebunden wurde und das alte Ordensland Preußen gab den Namen für das 1701 gegründete Königreich. Sie gebar ihrem Mann acht Kinder, war herb, stolz, schwierig, von eigenwilligem Charakter und dem Regieren geneigter als dem Sticken und Musizieren.

> Königin Luise und Anna von Preußen setzten Maßstäbe

Der Redner wandte sich sodann der ersten professionellen Porträtmalerin der Friderizianischen Zeit zu: Anna Dorothea Therbusch (1721–1782). Sie begann ihre künstlerische Laufbahn mit dem Malen in der Manier von Antoine Watteau, dem von Friedrich dem Großen hoch geschätzten Maler. Am Hofe des Herzogs Karl II. Eugen zu Württemberg in Stuttgart, wurde sie 1762 Ehrenmitglied der württembergischen Académie des Arts; sodann wechselte sie nach Mannheim als Hofmalerin zu Kurfürst Carl Theodor von der Pfalz. Ihr Aufenthalt in Paris gestaltete sich schwierig, aber schließlich wurden ihre Werke doch anerkannt und sie wurde als eine der ersten Frauen und als Ausländerin Mitglied der Academie Royale de Peinture et Sculpture. Wieder in Preußen, wurde ihr Talent endlich anerkannt und sie wurde zu einer der gefragtesten Porträtistinnen ihrer Zeit. Aufträge erhielt sie auch von der Zarin Katharina II. Zu ihren bekanntesten Bildern in Preußen zählt ein lebensgroßes Porträt Friedrichs des Großen. Wilhelmine Gräfin von Lichtenau (1753–1820), die Mätresse von Friedrich Wilhelm II, von Friedrich II. akzeptiert, genoss Friedrich Wilhelms uneingeschränktes Vertrauen bis zu dessen Tod und war im Interesse des Staates und des Königshauses stets äußerst willkommen.

Schließlich wandte sich der Redner drei preußischen Frauen zu, die kaum unterschiedlicher das von Preußen 1871 initiierte Kaiserreich prägten. Johanna von Bismarck (1824–1894), die Frau des Reichsgründers, die in ihrer Liebenswürdigkeit und in ihrer aufopferungsvollen Hingabe an ihren Ehemann eine Ruhe ausstrahlende Stütze für Otto von Bismarck war. Zeitlebens konnte sich Otto von Bismarck auf das Gespür seiner Frau verlassen. Johanna von Bismarck füllte an der Seite ihres Mannes eine indirekte politische Funktion aus, die gerade heute, bei der Diskussion der Rolle der Frau in Politik und Wirtschaft, größere Beachtung verdient. Und dann Sophie Henschel (1841–1915), die um 1900 zu den reichsten Frauen in Deutschland gehörte. Nach dem Tod ihres Mannes 1894 wurde sie Alleininhaberin der Lokomotiv-Fabrik Henschel & Sohn in Kassel. 18 Jahre stand sie an der Spitze der Firma und machte Henschel & Sohn zur größten und leistungsstärksten Lokomotivfabrik Europas. Sie setzte Maßstäbe im Wohlfahrtswesen und war eine kreative Unternehmerin. Bereits 1866 richtete Henschel & Sohn eine Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Beschäftigten ein, deren Statuten als Entwurf für die staatliche Invalidenversicherung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung dienten. Elisabeth von Ardenne (1853–1952), die reale Effi Briest, beschloss den Reigen bemerkenswerter preußischer Frauen, die die Vorlage für Theodor Fontanes Romanfigur „Effi Briest“ lieferte. Während Effi Briest durch die Affäre mit dem Düsseldorfer Amtsrichter Emil Hartwich, den Ardenne 1886 bei einem Duell erschoss und die ein Jahr später schuldig geschieden wurde, auf dem elterlichen Gut an gebrochenem Herzen mit 29 Jahren stirbt, wurde Elisabeth von Ardenne 99 Jahre alt. Sie richtete ihr Leben neu ein, wurde Krankenpflegerin in der Nervenheilanstalt Zehlendorf, sie arbeitete während des Ersten Weltkrieges aufopferungsvoll in Lazaretten. Sie war übrigens die Großmutter des weltberühmten Physikers Manfred von Ardenne.

Die Vorsitzende, Dr. Barbara Loeffke, dankte in ihren Begrüßungsworten den Vereinsmitgliedern für ihre Treue und die Unterstützung der Belange des Förderkreises Ostpreußisches Jagdmuseum und damit der des Ostpreußischen Landesmuseums. Sie erinnerte an die historische Begegnung von Königin Luise mit Napoleon am 7. Juli 1806 in Tilsit und das mutige Eintreten der Königin für ihr Vaterland in Preußens schwerster Stunde. Im Schlusswort wandte sich Vorstandsmitglied Wilhelm von Gottberg, Vorsitzender des Stiftungsrats der Ostpreußischen Kulturstiftung, bevor er auf das Preußen Friedrichs des Großen einging, den Großen, die vor Friedrich in unserer Geschichte von Bedeutung waren zu, nämlich Karl der Große, Otto der Große, Barbarossa, Hermann von Salza, Martin Luther, der Große Kurfürst und schließlich Otto von Bismarck. Er erinnerte auch an die vier Reisen Friedrichs nach Ostpreußen und daran, dass sein Vater, Friedrich Wilhelm I. ihm das Gestüt Trakehnen zum Geschenk gemacht hatte. Geschichte und Kultur Ostpreußens in seine Ausführungen mit einbeziehend, schlug er den Bogen zur Gegenwart und erinnerte daran, wie wichtig Pflege und Weiterentwicklung der ostpreußischen und der ostdeutschen Kultur ist und wie wenig Beachtung ihr teilweise geschenkt wird. Als vorbildlich hob er die Unterstützung der Ostdeutschen Galerie in Regensburg durch die Stadt Regensburg hervor. Der Vortragsveranstaltung war die Jahreshauptversammlung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. vorausgegangen. *B. L.*

Als man Frauen einen Doppelkorb gab

Darauf kann nur ein Mann kommen: Vor 100 Jahren wurde im Schwabenland der textile Büstenunterstützer für Frauen erfunden

Es ist gerade mal 100 Jahre her, dass der Büstenhalter das jahrhundertelang von der Frauenwelt benutzte Korsett mit seinen einschnürenden Fischbeinstäbchen aus dem Rennen warf. Dabei war es ein Fabrikant aus Bad Cannstatt, der diese Revolution fraulicher Unterwäsche mit industrieller Serienproduktion einleitete.

Um 1912 entwickelte Sigmund Lindauer das Produkt „Hautana", einen elastischen Trikot-Büstenhalter. Die Marke trug den stolzen Namen „Prima Donna". Auch in den USA wurde zeitgleich von Mary Phelps-Jacob eine Kreation aus zwei Tüchern und Bändern entwickelt. Sie wird oft irrtümlich als Erfinderin des Büstenhalters gefeiert. Der Marktführer heute ist Triumph International aus dem schweizerischen Bad Zurzach mit insgesamt weltweit 44 000 Mitarbeitern und einem Umsatz von über zwei Milliarden Euro. Auch Felina in Mannheim gehört zu den Großen der Branche.

Sofort begann der weltweite Siegeszug des Büsten haltenden und formenden „Bra" – wie der BH in den USA genannt wird. Dieser wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch Sexsymbole wie Sophia Loren, Anita Ekberg oder Marilyn Monroe mit trichterförmigen Spitz-BHs zu ungeahnter Blüte entwickelt.



Geschäft für Männerfantasien: Edle Dessous-Läden wie „Victoria's Secret" verführen die Männerwelt zum Träumen Bild: Mauritius

Laut Statistischem Bundesamt wurden bereits Ende der 50er-Jahre in der Bundesrepublik fast 30 Millionen Stück der Doppelkörbchen produziert. Weitere Formate folgten: Push-up-BH, Bügel-BH, Stütz-BH, Sport-BH, Wonderbra, Balconett-BH, trägerloser Büstenhalter, medizinischer Büstenhalter, Schwangerschafts-BH, Gel-BH mit seinen anschnallbaren und vergrößernden Implantaten oder der Minimizer zur Kaschierung üppiger Oberweiten. Der sogenannte Water-Bra ist mit einem Wasser-Öl-Gemisch gefüllt, das die Brüste voller gestaltet.

Das alles führte zur Normung der weiblichen Brust mit dem Maß der Körbchenform und Einheiten der Körbchengröße, jenen Maßen eben, nach denen die Frau das Richtige einkaufen kann. Die Körbchengröße repräsentiert nicht nur die Größe des Busens, sondern stellte auch eine Relation zwischen Brustumfang und Unterbrustumfang her. Ein Brustansatz von 75 und ein Brustumfang von 92 Zentimetern ergibt zum Beispiel die BH-Größe 75C. Britische, japanische, italienische und amerikanische Größen – alle sind verschieden und die Umrechnungen eine Wissenschaft für sich. Als Anhaltspunkt gibt es jetzt ein europäisches Größensystem: die Norm EN 13402.

„Bergauf, bergab, durch Wald und Feld, Hautana straff den Körper hält", tönte die damalige Werbung und legte nach: „Frauenschönheit ist Frauenmacht". Der Büstenhalter avancierte zur schärfsten Waffe im Geschlechterkampf mit dem Ergebnis, dass vor allem die US-Männer einen wahren Busenkult betrieben.

Gleichwohl blickt der stoffliche Formvollender auf eine viel längere bewegte Geschichte zurück: Die Archäologie entdeckte jetzt überraschend im österreichischen Schloss Lengberg (Osttirol) vier mittelalterliche Büstenhalter, die bereits eine frappante Ähnlichkeit mit den heute benutzten Dessous besitzen. Sie stammen, so ergab die Radiokarbon-Analyse, aus der Zeit zwischen 1440 und 1485.

Der Fund brachte die gesamte Forschung durcheinander. Immerhin hatte sich 1896 in Berlin bereits der „Allgemeine Verein zur Verbesserung der Frauenkleidung" für eine korsettlose Frauentracht etabliert. 1889 reichte die Französin Hermine Cardoll ein entsprechendes Patent ein. Und der sogenannte „Brusthalter" des Deutschen Hugo Schindler von 1891 bewegte sich in dieselbe Richtung, aber mit dem Mittelalter hatte nun wirklich niemand gerechnet. Zwischen 1887 und 1904 meldeten sieben Tüftler Patente an, darunter ist ein britischer „Brustverbesserer" mit einem Gestell aus Seide und Draht. Die Dresdnerin Christine Hardt ließ 1889 eine Kreation aus zusammengeknüpften Taschentüchern und Männerhosenträgern patentieren.

Aber es gab auch erbitterte Widerstände. Frauenrechtlerinnen brandmarkten das Produkt als Mittel der Männerherrschaft. Es kam zu frühfeministischen Protestaktionen, bei denen sogar Dutzende der stofflichen Bruststützen in Flammen aufgingen.

Doch das ewig Weibliche im Dienst der Bequemlichkeit und Männerbetörung siegte schließlich. Und sogleich entwickelte sich auch eine Industrie für Reizwäsche mit allerlei neckischen Angeboten: Nippel-Pasties (Hütchen auf den Brustwarzen), Nippelgates (Ausschnitte im BH rund um die Brustwarzen), Show-Stoppers, verdeckende Silikonkissen, sogenannte „Shapewear" (Körperformende Unterbekleidung), „gepastete" Produkte (Beschichtungen, die eine optimale Form vortäuschen), spezielle Push Ups (Volumenzauberer), Spitzen und Rüschen, „sündige" Farben in Rot und Violett – das alles reizt die Fantasie des in diesem Fall schnell schwach werdenden starken Geschlechts.

Joachim Feyerabend

Mit Vollgas zurück

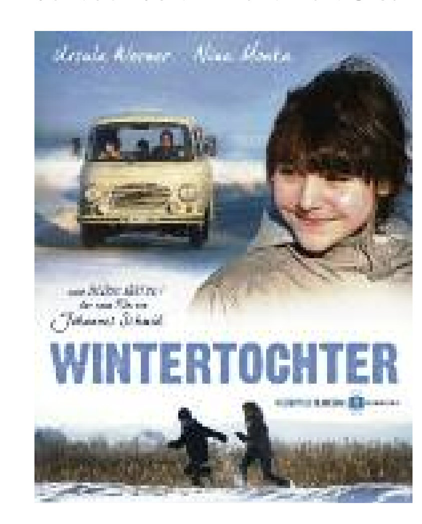
Preisgekrönte Filmreise nach Ostpreußen erreicht die Herzen

Bald werden die ersten Tannenbäume geschmückt. Und unter dem Weihnachtsbaum einer Berliner Familie beginnt auch der Film „Wintertochter", der in diesem Jahr mit dem Deutschen Filmpreis in der Sparte Kinderfilm ausgezeichnet wurde. Völlig zu Recht: Denn der Film verfügt über einen Tiefgang, wie man ihn selten findet. Zugleich gelingt es ihm aber, eine anspruchsvolle Geschichte locker-leicht zu erzählen.

So erfährt die zwölfjährige Katharina, genannt Kattaka, dass der unbekannte Anrufer, der ihrer Mutter gerade frohe Weihnachten wünscht, ihr wahrer Vater ist. Verstört verkriecht sich das Kind in sein Zimmer und kann nicht fassen, dass seine Eltern es all die Jahre belogen hat. Die Beteuerung des Mannes ihrer schwangeren Mutter, den Kattaka zuvor für ihren Vater gehalten hatte, dass er sie doch wie seine echte Tochter lieben würde, überhört das Mädchen in seinem Schmerz. Kattaka will den Russen treffen, der ihr Vater ist und der durch Zufall gerade mit einem Containerschiff in Stettin angelegt hat.

Nach langen Debatten fährt Kattaka mit Nachbarin Lene Graumann und Kattakas Freund Knäkke als blinder Passagier nach Stettin. Von da an beginnt ein Roadmovie mit einer Reise in die Vergangenheit. Da der Blinker des alten Busses, den Lene Graumann fährt, defekt ist, wird sie von der Polizei angehalten, und der Zuschauer erfährt, dass sie laut Ausweis in „Olsztyn" geboren wurde. Die Verwirrung der unwissenden Kinder ist perfekt, als die 75-jährige Lene offenbart, dass sie deswegen noch lange keine Polin sei, denn hinter „Olsztyn" verbirgt sich nichts anderes als Allenstein.

Als der kleine Trupp in Stettin angekommen ist, muss er erfahren, dass das Schiff bereits weiter nach Danzig ist. Nur widerwillig erklärt sich Lene bereit, die Kinder auch dorthin zu fahren. Ursu-



la Werner, die die Lene spielt, gelingt es dabei hervorragend, den Zuschauer neugierig auf Lenes Vergangenheit zu machen: Man ahnt bereits ein trauriges Geheimnis. Die Schauspielerin war in der DDR festes Ensemblemitglied des Maxim-Gorki-Theaters. Aber auch die Berlinerin Nina Monka spielt die trotzig-verletzte Kattaka sehr überzeugend. Ihre erste Begegnung mit dem leiblichen Vater in Danzig verschreckt das Mädchen, das sich nun darauf konzentriert, das Rätsel ihrer Nachbarin zu lösen.

Also geht es weiter nach Masuren. Mit dabei nun auch ein polnischer Junge, der in dem Gasthaus in Danzig arbeitete, in dem die Deutschen nächtigten.

Bevor sich allerdings Lenes Schicksal offenbart, hat Regisseur Johannes Schmid eine Episode eingebaut, die irgendwie so wirkt, als wollte man, bevor man das Leid einer Deutschen schildert, erst das Leid erwähnen, das Deutsche früher den Polen zugefügt haben. Nach einer Autopanne kommen die Reisenden auf einen Bauernhof, wo ein sehr altes Paar ihnen Hilfe anbietet. Die alte Frau hat an einer Hand keine Finger mehr: Sie hat sie als Zwangsarbeiterin in der Zeit des Nationalsozialismus bei einem Unfall in einer Maschine verloren.

Doch dann wird endlich Lenes Geheimnis gelüftet. Auf einem Baum in einem Vogelhaus findet sie ein kleines Schmuckkästchen, in dem sich auch ein Foto ihrer Mutter befindet, die Lene als kleines Kind auf der Flucht vor der Roten Armee verlor. Die Szene, in der Lene Kattaka ihre Geschichte en detail erzählt, ist einfühlsam und voller Wärme, obwohl sie draußen in der Kälte bei minus zehn Grad spielt. Und Kattaka begreift, dass sie einen zweiten Versuch wagen muss, ihren Vater kennenzulernen.

Am Ende wird dem Zuschauer von dem pünktlich zu Weihnachten auf DVD erhältlichen Film ein zumindest für Kattaka versöhnliches Ende geboten, das aber nicht zu dick aufträgt und stets glaubwürdig ist. *Rebecca Bellano*

Die Pyramiden von Berlin

Weihnachtliche Schnitzkunst im Museum Europäischer Kulturen

Sonst leuchtet sie bei heftigem Schneetreiben in einem erzgebirgischen Dorf, jetzt lässt sie in Berlin viel Vorweihnachtsfreude aufkommen: Die 3,50 Meter hohe Cunersdorfer Ortspyramide steht derzeit vorm Eingang des Museums Europäischer Kulturen in Berlin-Dahlem und ist der Blickfang einer Schau, die nicht nur Kinderaugen zum Strahlen bringt.

Unter dem Titel „Weihnachtspyramiden – Tradition und Moderne" präsentiert sich hier eine 110 Exponate umfassende Sammlung der Lichtergestelle und ihrer Vorläufer aus über 100 Jahren. Von der einfachen Stabpyramide über Sonderformen wie das Sebnitzer Schattenspiel, den Holdenstedter Engelstock bis hin zur mächtigen Ortspyramide zeigt sich den Besuchern zu Licht und Leben erweckte Kulturhistorie. Neuerwerbungen zeitgenössischer Pyramiden ergänzen die Präsentation. Hintergrundwissen und Informationen über regionale Besonderheiten runden den Ausstellungsbesuch ab.

Die elektrisch betriebene Ortspyramide wurde 1964 als Gemeinschaftsarbeit vom Cunersdorfer Schnitzverein geschaffen. Um sie in Berlin aufzustellen, reisten Herbert Volker Krämer und Günter Schubert extra aus dem Erzgebirge an. In breiter erzgebirgischer Mundart erzählt Schubert, dass er 1964 am Bau beteiligt war, und von den Schwierigkeiten, wenn man christliche Figurenmotive schnitzen und in die Pyramide einsetzen wollte.

Religion galt im Sozialismus als Opium fürs Volk. Deshalb schnitzte man Waldarbeiter und Bergleute für die Etagen des Lichtergestells. Augenzwinkernd fügt Krämer hinzu, dass für das obere, schwer einsehbare Stockwerk Schäfer und Schafe gefertigt wurden, um so doch noch etwas Christentum hineinzuschmuggeln. Nach der Wende fertigten die flei-



Umzug von Sachsen nach Berlin-Dahlem: die Cunersdorfer Weihnachtspyramide Bild: Museum

ßigen Cunersdorfer eine neue Pyramide, nun mit Krippe und für alle sichtbar. Jeweils am 1. Advent erfolgt das feierliche Anschieben der Kunstwerke, um bis Maria Lichtmess am 2. Februar jeden Betrachter zu verzaubern.

„Weihnachtspyramiden, wie wir sie heute kennen, kommen zumeist aus dem Erzgebirge", sagt die Ausstellungskuratorin Tina Peschel, „es gibt sie schon viel länger als den Weihnachtsbaum."

Schon im Mittelalter war es in Teilen Europas üblich, sich in der dunklen Jahreszeit zur Abwendung drohenden Unheils grüne Zweige im Wohnbereich aufzuhängen. Die Kraft des Lichtes erschien wiederum anderen dafür geeigneter. In den Weihnachtspyramiden sieht man beides Brauchtum vereint. Ursprung der Pyramiden sind wohl Lichtergestelle, die in Deutschland im 18. Jahrhundert üblich waren.

Vier mit grünen Zweigen umwundene Stäbe, am oberen Ende zusammengebunden und mit Lichtern versehen, bildeten auch den Vorläufer des noch unbekannten Weihnachtsbaumes. Die handwerklich sehr begabten Erzgebirgler entwickelten daraus die Weihnachtspyramide. An dem in der Mitte angebrachten Stab befestigte man Teller mit Figuren. Das oben montierte Flügelrad nutzte die aufsteigende Warmluft der Kerzen und brachte die Teller dadurch in Bewegung.

Seitdem zieht das Schattenspiel der sich drehenden Figuren jeden in seinen Bann und erzeugt vorweihnachtliche Freude bei Groß und Klein. *Silvia Friedrich*

Öffnungszeiten: 30. November 2012 bis 3. Februar 2013, jeweils montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr. Der Ausstellungskatalog von Tina Peschel und Dagmar Neuland-Kitzerow ist im Husum Verlag erschienen und kostet 9,95 Euro.



Politisches Doppelspiel

Vertriebenenpolitik der SPD

Einst war die SPD die Partei der Vertriebenen par excellence. Ihr erster Nachkriegsvorsitzender Kurt Schumacher, ein Westpreuße aus Kulm, gab 1946 die Parole aus, die SPD werde „um jeden Quadratmeter östlich der Oder und Neiße kämpfen“, Worte, die bis in die Mitte der 60er Jahre von SPD-Politikern wie Fritz Erler und Herbert Wehner zitiert wurden.

Da sich Sozialdemokraten um sozial Benachteiligte kümmerten, waren ihnen stets die Stimmen der Ostflüchtlinge und Vertriebenen im Gegensatz zur CDU sicher. Zudem startete die SPD nach dem Zerfall der Bundestagsfraktion des „Gesamtdeutschen Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ 1960 eine „Charmeoffensive“ gegenüber dem Bund der Vertriebenen. Führende SPD-Politiker waren regelmäßig auf Tagungen und Versammlungen des BdV und der Landsmannschaften als Redner anzutreffen.

SPD war die Partei der Vertriebenen

Der BdV wurde von sozialdemokratischen Politikern fast dominiert und die SPD nahm Einfluss darauf, dass Männer mit SPD-Parteibuch wie der Sudetendeutsche Wenzel Jaksch und nach ihm der Ostpreuße Reinhold Rehs zu seinen Präsidenten gewählt wurden. Auf dem „Deutschlandtreffen der Schlesier“ 1963 in Köln standen in der Grußadresse der SPD-Führung die Worte: „Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten? 100 Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Auch wenn nun Matthias Müller in seiner Dissertation herausarbeitet, dass diese Worte von Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner schriftlich nicht autorisiert wurden, distanzierten sie sich später nicht davon. Doch gab es schon immer in Teilen der SPD beträchtliche Vorurteile gegenüber den Vertriebenen. Wurden solche Tendenzen von Schumacher, Ollenhauer und anfangs auch von Wehner niedergehalten, änderte sich dies nach der Wahl von Willy Brandt zum SPD-Vorsitzenden. Nunmehr kam sein „spin-doctor“ Egon Bahr zum Tragen, der darauf bestand, dass die Wiedervereinigung vor der Lösung der Grenzfragen Vorrang habe und Recht natürlich nicht zu „neuem Unrecht“ führen dürfe.

Schließlich folgte der „Peitschenknall von Nürnberg“ 1968, als der damalige Außenminister und SPD-Vorsitzende Brandt die Anerkennung der „bestehenden Grenzen“ bis zu einem späteren Friedensvertrag forderte und der düpierte BdV-Vorsitzende Reinhold Rehs zornig zur CDU übertrat, die sich seitdem um Wählerstimmen von Vertriebenen bemühte. Müller geht davon aus, dass Brandt bereits seit 1946 die deutschen Ostgebiete innerlich abgeschrieben gehabt und nur aus wahltaktischen Gründen ein Doppelspiel mit den Vertriebenen getrieben habe. Insofern sind Brandts Worte in seinen Memoiren, „entscheidend war für mich ..., dass Ostpolitik nicht hinter dem Rücken der Vertriebenen gemacht wurde“, eine Selbsttäuschung dieses innerlich wohl zerrissensten aller deutschen Nachkriegspolitiker. *Jürgen W. Schmidt*

Matthias Müller: „Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht“, LIT-Verlag, Münster 2012, 603 Seiten, 59,90 Euro

Loblied auf eine Gräfin

Die Welt der Marion Dönhoff, und wie ihr Großneffe sie sieht

Die Frau mit Pelzmantel, graugewellten Haaren, Technobrille und Dackel an der Leine fällt beim Spaziergang am Elbstrand auf. „Einige Passanten drehen sich um. Marion bemerkt das gar nicht“, notiert ihr Begleiter. Die Frau mit dem extravaganten Gehabe, die sich wenig um die Meinungen anderer schert, ist die ostpreußische Publizistin Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002). Und der Begleiter ist ihr Großneffe und Krimiautor („Savoy Blues“) Friedrich Dönhoff, der sie aus nächster Nähe kannte, seitdem er mit ihr in deren Villa im noblen Hamburger Stadtteil Blankenese eine Zeitlang in einer Art Wohngemeinschaft gelebt hat.

Zehn Jahre nach dem Tod der früheren Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“ hat ihr Großneffe jetzt ein Erinnerungsbuch veröffentlicht. Darin präsentiert er sich als treuer Sancho Pansa eines weiblichen Don Quichotte. Statt gegen Windmühlen kämpft hier eine Aristokratin gegen die bürgerliche Engstirnigkeit an. Verkehrsregeln? Daran können sich andere halten. Die Gräfin braust noch im hohen Alter mit ihrem Porsche-Dienstwagen unbeirrt auf der Elbchaussee der Polizei davon. Wegen Falschparkens stapeln sich bei ihr Strafzettel so hoch wie die „Zeit“-Manuskripte auf dem Schreibtisch.

Sancho Pansa wackelt weiblichem Don Quichotte hinterher

Mit der verwandtschaftlichen wie auch räumlichen Nähe ist es wohl zu erklären, dass Friedrich Dönhoff seiner Großtante ein euphorisches und von wenig Distanz geprägtes Denkmal setzt. Er schildert sie als eisern-disziplinierte Arbeiterin, die aufrecht am Bürotisch sitzend ihre Leitartikel schrieb. Und er zeigt sie als Frau, der Ostpreußen am Herzen liegt. Bei zwei Reisen in ihre Heimat ist sie zu bewundern, wie sie ein neues, von ihr initiiertes Kant-Denkmal in Königsberg enthüllt. Das alte gilt als verschollen, nachdem es 1944 im Park des Dönhoffschen Schlosses aufgestellt worden war, um es vor Bombenangriffen zu schützen. Bei anderer Gelegenheit weiht sie eine polnische Schule ein, die ihren Namen trägt.

Wohl verschreckt vom Hohelied, schildert der Autor den Krebstod der Gräfin dagegen nüchtern-gelassen. Zuvor hatte er ihr versprochen, irgendwann einmal ein Buch über sie zu schreiben. „Wenn Du meinst, dass es jemanden interessiert?“, entgegnete sie nonchalant. Den Diogenes Verlag interessierte es auf jeden Fall. Dass man nach dem Tod Marion Dönhoffs noch Kapital aus ihrer Person zu schlagen weiß, zeigt ein zeitgleich erschienenes Lesebuch mit „Zeit“-Artikeln, Reiseberichten, Briefen und Tagebucheinträgen der Gräfin. *Harald Tews*

Friedrich Dönhoff: „Die Welt ist so, wie man sie sieht“, Tb., 224 Seiten, 9,90 Euro; **Marion Gräfin Dönhoff: „Zeichen ihrer Zeit. Ein Lesebuch“**, gebunden, 496 Seiten, 24,90 Euro, beides Diogenes 2012



Ruhmsüchtiger König?

Studie deutet Friedrich den Großen einseitig als Egomanen

Es gibt Themen, über die vielleicht noch nicht alles, aber doch schon recht viel gesagt worden ist. Dazu gehört zweifelsfrei Friedrich der Große. Auch wenn nicht genug Neues zu präsentieren ist, so bietet die Fülle der bekannten Quellen über den Preußenkönig genügend Möglichkeiten, um durch Interpretationsvarianten der umfangreichen Literatur ein weiteres Bild des bekanntesten Hohenzollernkönigs hinzuzufügen.

Dies unternimmt der bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten tätige Historiker Jürgen Luh mit „Der Große. Friedrich II. von Preußen“. Es handelt sich nicht um eine Biografie, sondern um eine Studie, in welcher der Autor bemüht ist zu zeigen, dass es für den König zeitlebens nur eine Antriebskraft gegeben habe: das Erlangen von Ruhm. Luh ordnet auf dieser Linie so ziemlich alles ein, was über Friedrich bekannt ist. Demnach sei etwa der missglückte Fluchtversuch des Kronprinzen von 1730 vor allem geplant gewesen, um Aufsehen zu erregen und Achtung zu gewinnen. Friedrich habe sogar berechnet, dass ein Scheitern des Vorhabens diesem Ziel viel besser dienen würde. Die Beschäftigung mit Dichtung und Philosophie, welche er gar nicht recht durchdrungen habe, hat für ihn nur eine Rolle gespielt, um sein Ansehen zu steigern. Die Meinung, dass die Kriege nur hinsichtlich des Nachruhms geführt worden seien, wird vehement vertreten. Friedrich habe sich selbst stilisiert, an der Zuschreibung des Attributs „der Große“ sei er nicht unbeteiligt gewesen. Im Siebenjährigen Krieg habe er das leidende Ausharren, die Märtyrerrolle als Element entdeckt, welches ihm zu hohem Respekt verholfen habe. Die Berliner Akademie sei für ihn an sich wenig interessant gewesen, außer im Hinblick auf den guten Ruf. Voltaire sei ihm vor allem als „Herold“ für sein Ansehen wichtig gewesen.

Eigene Fehler habe er anderen angelastet

Im Gegensatz zu anderen Autoren betont Luh die biografische Aussagekraft der Dichtungen Friedrichs, etwa der 1734 verfassten Ode „Sur la Gloire“. Äußerungen, in denen er sich in Bescheidenheit übte, werden als Mittel gedeutet, um Komplimente zu provozieren. In Zusammenhang mit der Ruhmsucht haben, folgt man Jürgen Luh, Hartnäckigkeit und Eigensinn gestanden. Letzteres verdeutlicht er an den unvernünftigen Essgewohnheiten des Königs und deren unappetitlichen Folgen am Lebensende.

Dass Friedrich bestrebt war, ein positives Bild von sich zu vermitteln, dass er sich zu Höherem berufen fühlte, dürfte wenig neu sein. Auch die Neigung, eigene Fehler anderen anzulasten, ist bekannt. Erinnert sei an August Wilhelm, den Bruder des Königs, dem er die Verantwortung für die missliche Lage nach der verlorenen Schlacht bei Kolin zuschob. Über die natürlich sehr subjektiv gefärbte Geschichtsschreibung des Königs stellt Jürgen Luh fest: „Friedrich war also kein Historiker im heutigen Sinne, sondern ein politischer Schriftsteller.“

Auch wenn der Blick auf die Nachwelt ein starkes Motiv war, dem der König wenig rücksichtsvoll vieles unterordnete – die unbedingte Fokussierung auf diese eine Dimension, um den Preußenkönig zu verstehen, macht Luhs These selbst angreifbar. *Erik Lommatzsch*

Jürgen Luh: „Der Große. Friedrich II. von Preußen“, Siedler-Verlag, München 2011, gebunden, 288 Seiten, 19,99 Euro

»Gulliver bei den Japanesen«

Weltumsegler erfindet Nippon neu und entdeckt sich selbst

Japan als Projektionsort für einen Mann auf Sinnsuche, zu einer Zeit, als sich das fernöstlichste Land noch gänzlich vom Rest der Welt abgeschottet hält – davon handelt der neue, fantastisch-historische Roman „Löwenstern“ von Adolf Muschg.

Die Rede ist von dem livländischen Krautjunker Hermann Ludwig von Löwenstern (1777–1836), der als Seeoffizier an der ersten russischen Weltumsegelung unter Adam von Krusenstern von 1803 bis 1806 teilgenommen hat. Muschg erzählt von Löwensterns Bestreben, in das geheimnisumwobene Japan zu gelangen, um als ein „neuer Gulliver“ die berühmte Romanserie „Gullivers Reisen“ von Jonathan Swift mit einem Band über die „Japanesen“ – wie die Japaner in dem Buch bezeichnet werden – zu vollenden.

Im Nachwort beteuert der 1934 geborene Schweizer Schriftsteller seinen Lesern, dass ihm während eines Aufenthalts in Estland 2011 handschriftliche Aufzeichnungen Hermann von Löwensterns aus Privatbesitz überlassen worden seien. Es handele sich um eine Abschrift von Romanfragmenten und Briefen, die Löwenstern zwischen 1800 und 1826 an eine unbekannte Exzellenz geschrieben habe. Antworten auf die Briefe, sofern es welche gab, seien nicht enthalten.

Das Kernstück seines Romans besteht aus den (fiktiven) Briefen Löwensterns an jene Exzellenz, die er seinen Paten nennt. Vermutlich ist Goethe gemeint, die Exzellenz in Weimar, da Goethe eine wichtige Nebenrolle im Handlungsablauf zugedacht wurde. Der Autor hat hierfür die Spuren gelegt: Löwenstern dürfte Goethe gleichsam als Paten seines japanischen Reise- und Buchprojekts betrachtet haben, hatte er Letzteres doch im Jahr 1800 während eines Besuchs von Löwenstern in Weimar abgesegnet. Das Plauderstündchen zu zweit im Urbinozimmer des Hauses am Frauenplan gehört zu den Glanzlichtern des Buches.

In seinem Roman bezieht sich Muschg auf die beiden historischen Forschungsexpeditionen der Russen zu den Gestaden des Fernen Ostens am Anfang des 19. Jahrhunderts und auf die darüber publizierten Zeitzeugenberichte. Bereits 1815 erschien der Bericht des Expeditionsleiters Wassili Golownin über seine Gefangenschaft in Japan von 1811 bis 1813, während das Tagebuch Hermann von Löwensterns, das er während der Weltumsegelung unter Krusenstern 1803 bis 1806 geführt hat, erst vor wenigen Jahren veröffentlicht wurde. Die Annahme liegt nahe, dass dieses Tagebuch den Autor auf die Idee zu dem ungewöhnlichen Romanvorhaben gebracht hat.

Löwensterns Pate soll Goethe gewesen sein

Muschgs Hermann von Löwenstern ist ein Kritiker des erbarmungslosen Kolonialismus, dessen Basis eine anmaßende Haltung der Europäer gegenüber den Eingeborenen war, in diesem Fall also den Japanern. Im Roman sind sie als überaus kultiviert beschrieben und werden als die besseren Menschen dargestellt. Der Autor schreibt Hermann von Löwenstern einen weiteren Versuch zu, nach Japan zu gelangen. Doch die Teilnahme an Wassili Golownins Forschungsfahrt zu den Kurilen im Jahr 1811 sei ihm verwehrt geblieben; aufgrund einer Eingabe jener Exzellenz an den Zaren, wie es heißt. Die beiden Bände Golownins von seiner Gefangenschaft in Japan erhält Muschgs Löwenstern postalisch von Goethe, der sie ihm zum Lesen empfiehlt und ihn zugleich ermuntert, seinen Schmöker „Gulliver bei den Japanesen“ zu Papier zu bringen, wenn auch als nachgestelltes Reiseabenteuer anhand der Erlebnisse eines anderen. Zuletzt müssen noch Löwensterns Unsicherheit und seine Sinnkrise therapiert werden, wofür eine nicht mehr junge, ehemalige Prostituierte aus Petropawlowsk zuständig ist.

Was den Autor dazu bewogen hat, seinen ohnehin schon stark befrachteten Roman im vorletzten Abschnitt noch mit einem kruden esoterisch-pornographischen Brei aus Seelen- und Selbsterfahrungskunde zu beschweren, bleibt sein Geheimnis. Das ist der Absturz der modernen „Gulliver-nade“. *Dagmar Jestrzemski*

Adolf Muschg: „Löwenstern“, Verlag C.H. Beck, München 2012, gebunden, 331 Seiten, 19,95 Euro



Europatour

Als die alten Dessauer reisten

Das Reisen bildet sehr; es entwöhnt von allen Vorurteilen des Volkes, des Glaubens, der Familie, der Erziehung“, schrieb Immanuel Kant, obwohl er selbst Königsberg nie verlassen hat. Andere Zeitgenossen zog es dagegen fast pflichtgemäß in die Ferne. Mit dem neuen Band 32 der Publikationen der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz liegt nun eine weitere Quelle zu den beliebten Bildungsreisen im 18. Jahrhundert vor: „Die Grand Tour des Fürsten Franz von Anhalt-Dessau und des Prinzen Johann Georg durch Europa“.

Als Fürst Franz von Anhalt-Dessau 1765 zu seiner Reise nach Italien, Frankreich und zum zweiten Mal nach England aufbrach, befand er sich in Begleitung seines Bruders Prinz Johann Georg, seines Freundes Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff und Georg Heinrich von Berenhorsts. Berenhorst, ein unehelicher Sohn des Fürsten Leopold I. von Anhalt-Dessau, der als „Alter Dessauer“ zu den legendären Gestalten der preußischen Militärgeschichte zählt, organisierte die Reise und führte detailliert das Reisetagebuch, wobei er es dem Architekten Erdmannsdorff überlassen hatte, auf die Bauten und Kunstobjekte einzugehen.

Nach der Veröffentlichung des Reisejournals des Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff sowie den Aufzeichnungen der Fürstin Louise von Anhalt-Dessau, die ihren Gatten Franz 1755 auf seiner dritten Englandreise begleitete und von 1795 bis 1796 eine eigene Reise nach Italien unternahm, rundet die jetzt vorliegende Übersetzung von Berenhorsts französischsprachigem Original die Dokumentation über die Reiseleidenschaft der Dessauer ab. Berenhorst erlaubt – nicht ohne Augenzwinkern – einen Einblick in das persönliche Empfinden der Reisegesellschaft. Nützliche sachliche Ergänzungen liefert dazu der umfangreiche Anmerkungsapparat. *Helga Schnehagen*

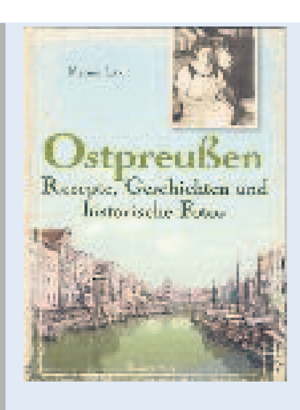
„Die Grand Tour des Fürsten Franz von Anhalt-Dessau und des Prinzen Johann Georg durch Europa“, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2012, 45 Farbabbildungen, 720 Seiten, 49,95 Euro



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.

Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95



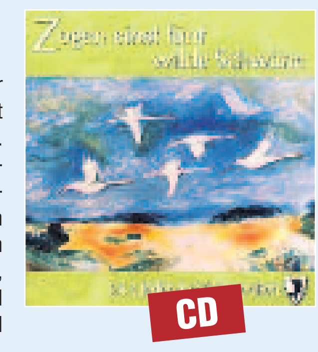
Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.



Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite

€ 12,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



statt € 20,00 nur € 9,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354

Der Deutsche Osten in alten Bildern



Eine einzigartige filmische Reise führt uns nach Masuren, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Bessarabien, Ostpreußen und ins Sudetenland.
Die ehemaligen deutschen Ostgebiete gehören heute zu Polen, der tschechischen Republik, Litauen, Rußland und Moldawien. In zum Teil noch nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition dieser Regionen wieder lebendig. Über viele Jahrhunderte haben Deutsche die Landschaft, die Arbeit und das kulturelle Leben geprägt, haben Dörfer und Burgen,
Kirchen und Schlösser errichtet. Vor 700 Jahren kamen die deutschen Ordensritter, um das Land zu christianisieren. Ihre stolzen Ordensstitze sind stumme Zeugen dieser längst vergangenen Zeit.

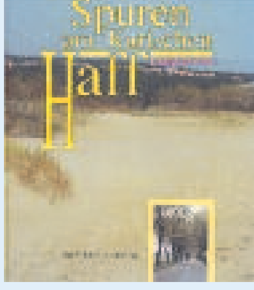


Der Zweite Weltkrieg hat die Landschaft jedoch für immer verändert. Millionen flohen in Richtung Westen. Viele Häuser wurden zerstört, Kunstschätze und Monumente sind unwiederbringlich ausgelöscht. Die Filmaufnahmen dokumentieren ein Stück unvergessener deutscher Heimat im Osten und sind zugleich ein Zeugnis für die wechselvolle Geschichte Osteuropas.

Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207

€ 9,95

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/Textband in einfühlsamer Text- und Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.

Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.

€ 19,80

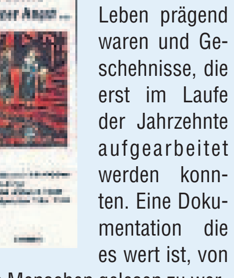
Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13



€ 17,95

22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Christel Wels
Wir hatten immer Angst



Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.

Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze





Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickten Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.
Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragenen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »…sing, sing, was geschah….« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.



€ 12,95

1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees anderer Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habs erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e scheener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ich eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'm Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schloap, mien Kindke, lange 1:55 min
Gesamt: 66 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203

Elchschaufel-Manschettenknöpfe





Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95



statt € 6,90 nur noch € 3,95

Herbert Martin Taday
Unbeschwerte Kindertage in Masuren
Ferienerinnerungen an die Kruttina
Kart., 94 Seiten, Best.-Nr.: 5260



statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 49/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Lotterie um Arbeitsplätze

Rom – Die italienische Supermarktkette „One Time" verlost unter ihren Kunden Arbeitsplätze. Wer für mindestens 30 Euro einkauft, nimmt an einem Gewinnspiel teil, bei dem als Preis ein befristeter Teilzeitjob als Assistent im Supermarkt winkt, melden die „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten". Italien leidet mit elf Prozent unter der höchsten Arbeitslosenrate seit 13 Jahren. *H.H.*

Noch einer von Goldman Sachs

London – Erneut hat ein ehemaliger Manager der US-Investmentbank Goldman Sachs einen hochrangigen Posten in Europa ergattert. Mark Carney, der neue Präsident der britischen Notenbank, war zuvor bei dem New Yorker Haus angestellt. Auch EZB-Chef Mario Draghi, Italiens Ministerpräsident Mario Monti und Griechenlands Interims-Premier Loukas Papadimos blicken auf viele Jahre bei der wohl einflussreichsten Bank der Welt zurück. *H.H.*

ZUR PERSON

Der fleißigste EU-Abgeordnete

Andreas Mölzer ist einer von zwei Abgeordneten der nationalliberalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im EU-Parlament. Ursprünglich schien sein Lebensweg mehr in die publizistische und intellektuelle Richtung zu deuten. Als 1986 mit Jörg Haider erstmals ein Nationalliberaler Vorsitzender der FPÖ wurde, gehörte Mölzer jedoch zu den entscheidenden Leuten hinter ihm. So begann der Aufstieg der Partei von der Nischenkraft, die kaum fünf Prozent erreichte, zur gleichberechtigten Formation neben der SPÖ und der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Später kam es zum Bruch zwischen Haider und Mölzer. Mölzer wendete sich nun erfolgreich dem Journalismus zu. Er wurde Chefredakteur der Österreich-Ausgabe der „Jungen Freiheit", die später in der Wiener Wochenzeitung „Zur Zeit" aufging. Die Gründung des „Bündnisses Zukunft Österreich" (BZÖ) durch ausgetretene FPÖ-Politiker um Jörg Haider im April 2005 verhinderte einen offenen Machtkampf zwischen Mölzer und ihm. Da war Andreas Mölzer aber schon EU-Parlamentarier.



Als die 2005 scheinbar am Boden liegende FPÖ mit Heinz Christian Strache einen neuen Vorsitzenden wählte, galt Mölzer als einer der Architekten des Neuanfangs. 2007 war er maßgeblich daran beteiligt, im EU-Parlament eine europaweite Rechtsfraktion zusammenzubringen, die sich im November 2007 wegen Streitigkeiten zwischen italienischen und rumänischen Abgeordneten wieder auflöste. Sein Israelbesuch mit Strache Weihnachten 2010 und die dort verfasste „Jerusalemer Erklärung" gilt als Schlag für Kritiker, die Mölzer immer wieder Antisemitismus vorwarfen. Mölzer, der am 2. Dezember seinen 60. Geburtstag feierte, ist nach „Vote Watch" der fleißigste österreichische Europaabgeordnete. *T.M.*



Zeichnung: Mohr

Geld und Macht

Wie die EU die Jugendarbeitslosigkeit abschafft, was der Reichstag 1914 versäumt hat, und warum Politiker doch die Wahrheit sagen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Endlich wird gehandelt: EU-Sozialkommissar László Andor will die Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union verbieten. Wer unter 25 Jahre alt und arbeitslos ist, soll spätestens vier Monate nach Ende seiner Ausbildung oder nach der Entlassung aus seiner vorherigen Stelle eine neue Beschäftigung bekommen. Er denkt dabei vor allem an Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen sowie an Praktika, die vom EU-Sozialfonds bezuschusst werden sollen.

Offenbar hat der Herr Andor noch nicht alles vergessen von seiner Jugend in der Ungarischen Volksrepublik. Sein Muster zur Problembewältigung wurde in den sozialistischen Ländern jahrzehntelang erfolgreich erprobt: Wenn's Schwierigkeiten gab, kam eine Kommission, plante die Probleme einfach weg und schon waren sie (so gut wie) verschwunden. Zumindest aus der Öffentlichkeit, denn das Ganze war stets begleitet von einer überaus kritischen Presse, die sich gar nicht satt sabbeln konnte vor Begeisterung über die sagenhaften Fortschritte in Folge der Beschlüsse des letzten Parteitags.

Die Jugendlichen werden Andor den Ausflug in den realen EU-Sozialismus danken. Ihnen winkt eine strahlende Karriere als unbezahlter Praktikant, der Akten von A nach B und anschließend wieder von B nach A schleppen darf, wobei er wertvolle Berufserfahrungen sammelt für sein nächstes Praktikum.

Deutschland könnte Vorreiter sein, denn bei uns existiert bereits ein großartiges Netz von Einrichtungen für Andors Vorhaben. Da werden beispielsweise arbeitslose Friseurinnen zu Maurern umgeschult, auch Theatergruppen für Arbeitslose gibt es, wo deren Kreativität befreit wird. Die deutsche Umschulungs- und Weiterbildungsindustrie kommt auf einen Gesamtumsatz, der den Verteidigungshaushalt übertrifft, sagen Schätzungen – zahlt alles der Steuerzahler.

Steuerzahler sind Leute, die das Glück haben, den Fängen der Weiterbildungsindustrie entwischt zu sein. Vor Jahren will ein übler Verräter bei einer Untersuchung nämlich herausgefunden haben, dass Arbeitslose, die einfach nur arbeitslos sind, höhere Chancen auf eine richtige Stelle haben als solche, die die leere Zeit mit Umschulungen und ähnlichen „Wiedereingliederungsmaßnahmen" gefüllt haben. Für die Weiterbildungskonzerne eine schöne Sache, denn auf diese Weise gehen ihnen die Kunden niemals aus.

Der eigentliche Clou von Andors Arbeitslosigkeitsverbot liegt indes woanders: Nach sehr kurzer Zeit wird sich nämlich herausstellen, dass die Mittel des EU-Sozialfonds für Millionen solcher Maßnahmen viel zu knapp bemessen sind. Schon haben wir wieder einen Grund, den EU-Haushalt kräftig aufzublähen. Da Geld Macht ist, wächst so auch erneut der Einfluss der Brüsseler Zentrale gegenüber den Nationalstaaten: „Mehr Europa!"

Nicht umsonst war EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy so beleidigt, als einige Nordländer jüngst eine Verschlankung des EU-Beamtenapparates verlangten, um Geld zu sparen. Daraus wurde zum Glück nichts, was insbesondere dem gerissenen Ratspräsidenten zu verdanken ist. Mehr noch: Mit feiner Regie hat es Van Rompuy so hingebogen, dass in den Augen der Öffentlichkeit nicht er, sondern London schuld war am Platzen der EU-Haushaltsberatungen. Respekt!

Der Beschluss zum Verbot der Jugendarbeitslosigkeit reiht sich ein in eine lange Kette zukunftsweisender Vereinbarungen auf europäischer Ebene. Erinnern Sie sich noch an den „Lissabon-Prozess"? Im Jahre 2000 hatten die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Lissabon beschlossen, die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und innovativsten Wirtschaftsregion auf der ganzen Welt zu machen. Fürwahr: Wer auf das Europa des Jahres 2000 blickt und dies mit seinem heutigen Zustand vergleicht, der erkennt den alten Kontinent kaum wieder. Auf den Straßen von Madrid, Lissabon und Athen ist richtig Leben eingekehrt!

> Wunderbar: Hellas kann gar nicht pleitegehen, weil deutsches Haushaltsrecht das verbietet!

Die launige Stimmung in Athen hat einen guten Grund. Aus Berlin kam die frohe Kunde, dass alles Gerede über die Möglichkeit eines griechischen Staatsbankrotts hohles Geschwätz ist. Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, hat nämlich herausgefunden, dass ein Staatsbankrott der Griechen mit dem deutschen Haushaltsrecht gar nicht vereinbar und daher gesetzlich verboten sei. Er meinte das nicht etwa als Witz, sondern vollkommen ernst. Hätten sie auf der „Titanic" die Unsinkbarkeit doch bloß in die Hausordnung aufgenommen – nichts wäre passiert. Und hätte der Reichstag 1914 die Kriegskredite nur unter der „strengen Auflage" gewährt, dass Deutschland auch gewinnt, wäre Kaiser Wilhelm 1918 als Sieger durchs Brandenburger Tor geritten, und Hitler wäre der Name einer Familie geblieben, die unter anderem einen durchschnittlichen Künstler des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hat, mehr nicht.

Wie beruhigend, dass wir heute in Europa so viel vorausschauender handeln als diese fahrlässigen Idioten damals. Gut, bleiben wir fair. Nach Eisberg, Marne-Schlacht und Stalingrad ist man immer schlauer. Und so unglaublich es klingt: Einiges spricht dafür, dass wir demnächst sogar noch schlauer sein werden als jetzt.

Woher wir das wissen wollen? Von Angela Merkel höchstpersönlich! Ganz sanft bereitete uns die Großmeisterin der Salamitaktik kurz vor dem CDU-Parteitag auf eine unerwartete Neuigkeit vor: Ein weiterer „Schuldenschnitt" (von Hetzern Bankrott oder Pleite genannt) für Hellas sei vielleicht doch nicht ganz auszuschließen. Das deutsche Haushaltsrecht? Ach, das legen wir zu den anderen Regeln und Verträgen, die aus dem Mülleimer für gebrochene Gesetze quellen. Auf so eine Krise muss man flexibel reagieren und darf sich „innovativen Lösungen" (Lissabon-Prozess!) nicht verschließen. Jetzt schimpfen wieder einige: Die Politiker hätten uns nicht die Wahrheit gesagt und so.

Stimmt gar nicht, Politiker drücken sich heute nur anders aus als in früheren Epochen. Wer ihre Worte korrekt deutet, ist immer auf dem Laufenden. Als sie Anfang 2010 sagten, sie seien „zuversichtlich, dass Griechenland seine Probleme ohne fremde Hilfe lösen" könne, meinten sie: Leute, der Zug ist abgefahren, die schaffen das nie und nimmer. Als Angela Merkel und Wolfgang Schäuble beim ersten Rettungspaket für Athen im Mai 2010 dann versprachen, es werde „kein zweites Rettungspaket geben", meinten sie bloß „zweites Rettungspaket". Als sie beim zweiten Rettungspaket versprachen, es werde „keine Dauerrettung geben", meinten sie bloß „Dauerrettung". Als sie verkündeten, es werde „keinen Schuldenschnitt für Athen" geben, meinten sie nur „Schuldenschnitt für Athen". Und als sie schließlich feierlich schworen, es werde „keinen zweiten Schuldenschnitt ..." – Sie wissen schon. Wenn uns Angela Merkel also eines Tages verspricht, es werde „keinen Atomkrieg in Europa geben", sollten wir zusehen, dass wir hier wegkommen.

Das Beste am Schuldenschnitt ist, dass die Schulden dann weg sind. Endlich aufatmen! Die „Gläubiger" sind ohnehin finstere Gesellen. Oder? Na ja, Gläubiger sind auch die griechischen Pensionsfonds, die gesetzlich verpflichtet waren, 77 Prozent ihrer Anlagen in griechische Staatsanleihen zu stecken. Nach einem weiteren Schnitt wird ihnen nicht viel bleiben.

Daher drängen Europas Linke ja so eilig auf die Einführung „gemeinsamer europäischer Sozialnormen", von denen, Sie ahnen es, „die Deutschen am meisten profitieren würden". Irgendeiner muss die griechischen Altersruhegelder schließlich berappen, wenn die dortigen Pensionsfonds skalpiert worden sind. Da ist es doch wie immer das Günstigste, wenn wir das „im Rahmen der europäischen Solidarität alle gemeinsam schultern". Bis auch Deutschland pleite ist? Aber nein, das verbietet ganz gewiss unser deutsches Haushaltsrecht.

MEINUNGEN

***Younes Ouaqasse**, CDU-Jungpolitiker (24) mit marokkanischen Wurzeln, hält nichts von **Islamunterricht** an deutschen Schulen und kritisiert den mangelnden **Integrationswillen** von Zuwanderern. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" (2. Dezember) zitiert ihn:*

„Wir leben in einem christlich geprägten Land, und deswegen gibt es christlichen Religionsunterricht. Alle anderen können in den Ethik-Unterricht gehen.



Nennen Sie mir ein muslimisches Land, wo an staatlichen Schulen christlicher Religionsunterricht angeboten wird. Das ist typisch Deutschland: Man stellt tausend Programme auf. Aber jetzt müssen sich die Leute auch mal integrieren."

*Wirtschaftsjournalist **Frank Meyer** amüsiert sich auf seinem Internetblog „rottmeyer.de" bitter über den Vorschlag der EU-Kommission, die EU-Regierungen sollten eine **„Jobgarantie" für junge Menschen** unter 25 Jahren erlassen:*

„Probleme lösen kann so einfach sein. Demzufolge wird die EU-weite (Jugend-) Arbeitslosenquote in Kürze von 55 Prozent in Spanien auf erfreuliche null Prozent sinken und dort auf Ewigkeiten verharren. Wie bekommt man aber die im Oktober in den EU-Ländern 25,9 Millionen Arbeitslosen oder die 18,7 Millionen in der Eurozone aus der Statistik? Verbieten! Und am nächsten Sonntag, zum zweiten Advent verbietet die EU dann die Altersarmut. Zum Weihnachtsfest, so erfuhren wir heute schon aus Brüsseler Kreisen, werden jegliche Pleiten verboten. Das wird ein Fest! Nicht nur für Schleckerfrauen."

*Der Journalist und Mitbegründer des Netzportals „perlentaucher.de", **Thierry Chervel**, moniert die maßlosen **Gebührenforderungen** der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und macht deren Versagen am Niedergang der **Dritten Programme** deutlich:*

„Endlose Wiederholungen des ‚Tatorts', Kutschfahrten durchs Weserbergland, die Lieblingswitze der Hessen, und ein Gesundheitsmagazin pro Ländersender, als wären nicht alle Ländersender in allen Ländern gleichzeitig zu empfangen. Über Monate hinweg kann man ein und demselben Spielfilm dabei zusehen, wie er durch die Anstalten gereicht wird, wie in jenen Zeiten, als die Kraft der Antennensignale nur hundert Kilometer weit reichte!"

*Der frühere **Verfassungsrichter Dieter Grimm** kritisiert im Deutschlandradio den neuen Anlauf zum **NPD-Verbot** aus grundsätzlichen Erwägungen:*

„Hinter den Antragstellern – Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung sind die möglichen Antragsteller – stehen ja auch wieder politische Parteien. Das heißt also, es unternehmen Parteien es, einen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen."